

Stenographisches Protokoll.

68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 7. Dezember 1951.

Inhalt.

1. Personalien.

- a) Krankmeldung (S. 2497);
- b) Entschuldigungen (S. 2497).

2. Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres (Fortsetzung).

Redner: Ludwig (S. 2497), Huemer (S. 2503) und Dr. Gschnitzer (S. 2505).

Gruppe IV: Kapitel 9: Inneres, und Kapitel 26, Titel 2: Übergangsmaßnahmen.

Spezialberichterstatter: Horn (S. 2508);

Redner: Honner (S. 2509), Dr. Strachwitz (S. 2525), Bundesminister Helmer (S. 2525), Staatssekretär Graf (S. 2530), Czernetz (S. 2531), Dr. Pfeifer (S. 2541),

Machunze (S. 2547), Dr. Stüber (S. 2552) und Frühwirth (S. 2555);

Ausschußentschließung, betreffend Streichung der Kosten für die Zensur (S. 2509).

Gruppe V: Kapitel 10: Justiz.

Spezialberichterstatter: Mark (S. 2559);

Ausschußentschließung, betreffend Novellierung des § 192 der Strafprozeßordnung (S. 2559).

Abstimmungen:

Annahme der Gruppen I und II (S. 2505);

Annahme der Ausschlußentschließungen zu den Gruppen I und II (S. 2505);

Ablehnung des Entschließungsantrages Dr. Pfeifer zu Gruppe I (S. 2505).

Eingebracht wurde:

Antrag der Abgeordneten

Hillegeist, Wilhelmine Moik, Weikhart, Mark, Kysela, Schneeberger u. G., betreffend Änderungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung (99/A).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet hat sich der Abg. Weindl.

Entschuldigt haben sich die Abg. Böck-Greissau, Dr. Josef Fink, Grubhofer, Hattmannsdorfer, Kapsreiter, Dr. Maleta, Sebinger und Dr. Tončić.

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein: Fortsetzung der Spezialdebatte über die **Gruppe III** des Bundesvoranschlages mit dem Kapitel Äußeres.

Abg. **Ludwig**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits vorgestern hat in die parlamentarische Debatte Außenpolitik sehr stark hineingespielt, als der Herr Abg. Fischer anlässlich der Erörterung der Festhaltung eines Mitgliedes dieses Hauses den Versuch unternahm, heftige und, wie ich annehme, unbegründete Angriffe gegen die westlichen Okkupanten damit zu verknüpfen. Daß natürlich, wenn ein Vertreter der Fünften Kolonne hier das Wort ergreift, immer wieder auch Friedensschalmeien eingeflochten werden, ist selbstverständlich; man brauchte auf diese Dinge nicht näher einzugehen. Faktum ist: Wir haben es hier immer wieder mit einer Schwarz-Weiß-Malerei zu tun. Wenn ein

Vertreter der Fünften Kolonne das Wort ergreift, so heißt das: Wir sind die Freunde des Friedens, alle anderen sind Gegner, sie sind, wenn sie sich nicht restlos fügen, unter den Begriff Aggressoren einzureihen. Diese propagandistische Welle läuft ununterbrochen. Es werden diese Argumente, die wir gerade in den letzten zwei Tagen wieder einmal gehört haben, ununterbrochen wiederholt, so daß der vernünftige Teil der Menschheit sich die Ohren zu verschließen beginnt. Aber außer diesem Teil der Menschheit gibt es immerhin Kreise, die, durch den ständig tönenden Propagandalärm verwirrt, allmählich nicht mehr zu wissen scheinen, wo die Wahrheit und wo die Lüge liegt. Ohne hier eine besondere Stellung beziehen zu wollen, kann man ohne Übertreibung behaupten: Die Lüge liegt hier bei den Fünften Kolonnen, die diese Propaganda unter dem Namen Stockholmer Deklaration zu decken suchen. Sie wollen sich vielfach nicht einmal als das bekennen, was sie in Wahrheit sind, als kommunistische Propagandatrupps. Denn würden sie sich offen deklarieren, so würden sie noch katastrophaler abschneiden, als dies heute schon der Fall ist.

Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wieviel hunderttausend, wieviel Millionen Unterschriften die kommunistische Friedenspropa-

2498 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

ganda bisher erzielt haben will. Denn selbst die Angaben in der kommunistischen Presse sind mehr als variabel.

Wenn der Vertreter der Kommunistischen Partei in einer seiner letzten Reden darauf verwies, daß die Friedensidee — er hat die Satellitenstaaten nicht besonders angeführt — von nicht weniger als 700 Millionen Menschen, 500 Millionen Chinesen und 200 Millionen Russen, getragen würde, so hat er damit bestimmt den Zweck verfolgt, einen besonderen Eindruck hervorzurufen. Gewiß, 700 Millionen Menschen stellen ein wertvolles Kriegspotential dar. Wenn diese 700 Millionen Menschen nur von der Friedensidee getragen wären, dann würde man diese Ziffer nicht provokatorisch in die Welt werfen müssen, dann würde man diese Ziffer nicht unter einem mit den schwersten Angriffen gegen die europäische Denkungsart verbinden müssen, wie es in diesem Falle getan wurde, sondern man müßte sich geradezu darüber freuen, daß sich so viele Menschen, genau so wie die gesamte Welt des Westens, von friedlichen Erwägungen tragen lassen. Das ist aber bestimmt nicht der Fall, und als Beweis, daß es nicht der Fall ist, braucht man doch nur eine Tatsache anzuführen: die ununterbrochenen Säuberungsmethoden, die gerade in diesen Staaten vorgenommen werden müssen. Das heißt, wir sehen eine subkutane schwere oppositionelle Strömung, und diese Strömung zeitigt naturgemäß auf seiten der gegenwärtigen Regierungen der Volksdemokratien, der kommunistischen Staaten, ein weitgehendes Bestreben, diese Opposition unter allen Umständen überhaupt zum Verschwinden zu bringen.

Die Fünften Kolonnen dürfen es nur selten wagen, sich in voller ungeschminkter kommunistischer Uniform zu zeigen. Das sehen wir schließlich und endlich auch hier in Österreich. Wir können aber immer wieder den Versuch einer an sich lächerlichen — und wenn Sie wollen, auch dummen — Infiltration entdecken, und ich sage es ganz offen: Ich bedaure es, daß sich gewisse intellektuelle Kreise in Österreich für diese Infiltration hergeben und daß es Herrn Fischer in manchen dieser Kreise unseres Staates gelingt, Mitgliedschaft und Wortrecht zu erhalten.

Natürlich ist auch diese Infiltrationspolitik auf dem geistigen Sektor ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Aber wenn man immerhin hört, daß im Pen-Klub der Herr Nationalrat Fischer nach wie vor seine Rolle weiter spielen kann, wenn in der einen oder anderen mit dem Staat in Verbindung stehenden Institution Leute kommunistischer Denkart in die normale geistige Entwicklung unseres Staates östliche Phraseologie hineinragen,

dann muß man — da ja diese Bestrebungen auch das Gebiet der Außenpolitik in hervorragender Weise beeinflussen — gerade bei der Behandlung der österreichischen Außenpolitik verlangen, daß hier endlich reiner Tisch gemacht wird, selbst wenn sich die Träger und Förderer einer derartigen Infiltrationspolitik formal zur bürgerlichen oder sozialistischen Denkungsweise zu bekennen scheinen. Daher sagen wir es ganz offen: Man muß diesen destruktiven geistigen Elementen ihr mehr oder weniger bequemes Dasein in Österreich etwas verkürzen. Denn ich glaube nicht, daß es irgendwelchen Ausländern in den Satellitenstaaten oder, wenn Sie wollen, in Rußland oder in China erlaubt wäre, Reden zu halten, wie wir sie hier täglich immer wieder hören müssen.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß es für den einen oder anderen österreichischen Staatsbürger infolge seiner dienstlichen Gebundenheit — nehmen wir hier nur den Fall RAVAG — schwer sein mag, Widerstand zu leisten, aber hier muß eben die österreichische Staatsgewalt die Schritte unternehmen, die zur Säuberung auf dem Gebiete dieser Infiltrationspolitik beitragen. (*Abg. Koplénig: Es spricht der Pressechef der Heimwehrdiktatur!*)

Wir haben leider keine unabhängige österreichische Sendestation, wenn aber die einzige österreichische Sendestation — soweit man den Namen „österreichisch“ überhaupt noch gebrauchen kann — beinahe ausschließlich ein Propagandainstrument der Fünften Kolonne geworden ist, wenn die österreichischen Steuergelder dazu verwendet werden, um staatsfeindlicher Propaganda, ununterbrochenen Angriffen gegen die österreichische Regierung das Feld zu eröffnen, so muß schließlich und endlich eines Tages der österreichischen Bevölkerung die Geduld reißen, und ich kann nicht umhin zu erklären: Es wäre vielleicht besser, man würde diese ganze Institution den russischen Okkupanten übergeben, weil dann in den Augen auch heute noch unwissender Kreise volle Klarheit geschaffen werden könnte.

Man spricht ununterbrochen vom Kontrollabkommen, und leider müssen wir hier konstatieren, daß dieses Kontrollabkommen unter dem Einfluß der Fünften Kolonne täglich, ja beinahe stündlich, verletzt wird, daß die Okkupation jede Gelegenheit benützt, um in die gesunde österreichische Innenentwicklung einzugreifen. Aber es wäre verfehlt, zu glauben, daß wir es hier nur mit diesen Eingriffen zu tun haben. Wir sehen mit Bedauern, daß Wien zum Zentrum des Weltgewerkschaftsbundes geworden ist. Geben wir uns gar keiner Täuschung hin: Die Einflüsse, die von dieser, mit reichsten Geldmitteln versehenen Zentrale ausstrahlen, sind von starker Bedenklichkeit.

Man hat zur Unterbringung der Mitglieder dieser kommunistischen Organisation Villen und Häuser beschlagnahmt, um den Angestellten und ihren Dirigenten in Wien und Umgebung ein möglichst bequemes Leben zu schaffen. Die Kosten zahlen wieder einmal die österreichischen Staatsbürger.

Der Kommunismus spricht sehr häufig vom Potsdamer Abkommen. Dieses Potsdamer Abkommen wird von der russischen Politik in den Ländern, wo sie an der Okkupation Anteil hat, dazu benützt, um möglichst große wirtschaftliche Vorteile zu gewinnen. Die Frage des Deutschen Eigentums hat in einem Teil Österreichs der russischen Politik unendlichen Anreiz gegeben, die Infiltration auch auf die Wirtschaft auszudehnen. So sehen wir den Begriff der USIA-Betriebe entstehen. Es wird zwar von der Fünften Kolonne geleugnet, daß diese USIA-Betriebe sich bewußt außerhalb österreichischen Rechtes stellen. Das ist ein formaler Streit. Tatsache ist, daß die USIA-Stellen, die USIA-Politik für Österreich sich allmählich zu einem unhaltbaren wirtschaftlichen Zustand entwickelt, und man wird nicht oft genug die Forderung nach Bereinigung dieses Zustandes erheben können. Die kommunistische Propaganda sucht jedes Abkommen Österreichs mit dem Westen als einen Verklavungsvertrag darzustellen. Auf diese kindlich skurrile Taktik soll hier nicht näher eingegangen werden, aber wenn in der Schwarz-Weiß-Malerei die Ostpolitik immer als die Möglichkeit einer Hebung Österreichs bezeichnet wird, dann muß man sich schließlich und endlich fragen: Ja warum hat denn Rußland bis heute nicht den geringsten Versuch unternommen, um den Österreich betreffenden Teil des Potsdamer Abkommens außer Kraft zu setzen und damit den schwerwiegenden wirtschaftlichen Eingriffen in die österreichische Entwicklung endlich einmal ein Ende zu bereiten?

Ich habe heute schon einmal das Wort Infiltration gebraucht. Wir hatten hier in Wien eine Sitzung des Friedensrates, wir haben — allerdings mehr als bescheidene — Aufmärsche erlebt. Nun hören wir, im Februar solle wieder eine Jugendtagung unter kommunistischem Vorzeichen stattfinden; gegenwärtig findet ein hauptsächlich von Kominformstaaten besuchter Kongreß der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft statt. Das sind nur Beispiele, denn die Infiltration ist eine Tageserscheinung. Es ist — ich wiederhole es — höchste Zeit, daß die österreichische Bundesregierung dieser Infiltration dort, wo sie die Macht hat, sowohl in ihrem Beamtenkörper als auch auf kulturellem Gebiet ein Ende setzt.

Die Propaganda dieser Fünften Kolonne hat sich aber gestern noch ein besonderes Kunststück geleistet, indem ihr Wortträger hier erklärte, es wäre viel besser gewesen, Österreich wäre annektiert worden. Das scheint — ich nehme es zunächst an — ein Denkfehler gewesen zu sein, vielleicht spielt auch völkerrechtliches Nichtwissen hinein, es kann aber auch anders sein, daß hier nämlich dieses Wort Annexion als Vorspiel einer neuen russischen Politik oder einer Politik der Fünften Kolonne angewendet wurde.

Da aber hier im offenen Hause von dem Begriff Annexion gesprochen wurde, wird es doch notwendig sein, mit einigen Worten die internationale Stellung Österreichs von 1938 bis 1945 zu definieren, da sowohl die Provisorische Staatsregierung wie die nachfolgende Bundesregierung das Prinzip der Rechtskontinuität vertrat und sich an diesem Standpunkt bis heute nichts geändert hat. Der österreichische Standpunkt ist in der letzten Erklärung einer handlungsfähigen österreichischen Regierung am 11. März 1938, in der ersten Erklärung der von der deutschen Okkupation befreiten, wieder handlungsfähigen österreichischen Regierung und in wiederholten Erklärungen und diplomatischen Noten sowie im amtlichen Rot-Weiß-Rot-Buch eindeutig und unveränderlich festgehalten worden. Österreich ist nach fünfjährigem Widerstand gegen den Nationalsozialismus im März 1938 vom nationalsozialistischen Deutschland kriegsmäßig besetzt worden. Diese Okkupation wurde von Deutschland in der Absicht einer endgültigen Annexion Österreichs vorgenommen. Großbritannien, Frankreich, Rußland sowie einzelne Völkerbundmitglieder haben dagegen protestiert, mußten aber den Bruch des allgemeinen Völkerrechtes und verschiedener internationaler Verträge infolge ihrer mangelnden Rüstung hinnehmen, wie sie auch gegen die ein Jahr auf die Okkupation Österreichs folgende Besetzung der Tschechoslowakei nur protestiert haben, ohne zu Zwangsmaßnahmen gegen den Angreifer zu schreiten. Erst der Überfall auf Polen löste den Krieg und damit den bewaffneten Widerstand gegen die deutschen Rechtsbrüche aus.

Die Okkupation Österreichs erfolgte nicht nur unter Verletzung des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechtes, sondern auch unter Verletzung von nicht weniger als sieben internationalen Verträgen, an die Deutschland gebunden war. Ich will sie kurz aufzählen: das Haager Abkommen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle vom 29. Juli 1899, das Haager Abkommen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907, das Haager Abkommen

2500 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Nr. 3 über die Eröffnung der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907, der Friedensvertrag von Versailles, der Kellogg-Pakt, die Erklärung Hitlers namens der Reichsregierung vom 21. Mai 1935 über die Anerkennung der Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit des Bundesstaates Österreich und siebentens das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936. Als eindeutiger und in jeder Hinsicht völkerrechtswidriger Akt hat die Okkupation Österreichs nur die Bedeutung einer Tatsache. Sie schuf völkerrechtlich keinen neuen Rechtszustand. Erst bei Verstreichen einer längeren Frist und durch die De-jure-Anerkennung durch die übrigen Staaten wäre dieser rechtswidrige Zustand faktischer Okkupation zu einer Einverleibung in völkerrechtlichem Sinne geworden, wie etwa die völkerrechtswidrige Annexion von Hannover, Hessen und Frankfurt durch Preußen im Jahre 1866 auch erst im Laufe der Jahre von den übrigen Mächten anerkannt worden ist. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch dieser auf einem Rechtsbruch beruhende Zustand rechtliche Folgen hatte. Das Völkerrechtssubjekt Österreich war ohne handlungsfähige Regierung, das heißt zwar rechtsfähig, aber nicht handlungsfähig. Während und unter der Okkupation wurden Millionen Rechtsgeschäfte rechtmäßig abgeschlossen, um den Bedürfnissen des täglichen Lebens zu genügen. Andere Rechtsgeschäfte wieder erfolgten unter Gewalt und Zwang der Okkupation und sind anfechtbar. Die Frist von eineinhalb Jahren von der Okkupation Österreichs bis zum Kriegsausbruch genügte aber nicht, damit der deutsche Rechtsbruch die internationale Duldung, die De-jure-Anerkennung gefunden hätte, nach der die deutsche Regierung so außerordentlich strebte.

Während des Krieges haben alliierte Staatsmänner wiederholt erklärt und ihrer Meinung dahingehend Ausdruck gegeben, daß sie die von Deutschland beabsichtigte Annexion Österreichs niemals anerkennen würden. So hat im Sinne der Atlantic Charter, der Konferenzen von Moskau und Jalta der Sieg der Alliierten nicht nur den im Krieg von Deutschland besetzten Ländern die Freiheit gebracht, sondern auch den noch im sogenannten Frieden und ohne ausdrückliche Kriegserklärung besetzten Ländern Österreich und Tschechoslowakei.

Diese kurze völkerrechtliche Darstellung ließe sich naturgemäß erweitern. Warum ich aber auf sie zu sprechen komme, ergibt sich aus der Behauptung des Herrn Abg. Fischer, der meinte, es wäre besser, wenn Österreich annektiert worden wäre. Man kann nicht zeitlich genug einer derartigen Theorie entgegentreten; denn eine derartige Theorie

kann unter Umständen auch eine beabsichtigte Änderung der gegenwärtigen offiziellen Meinungen in sich schließen, und das hieße, die Rechtsgrundlage des Staates einer neuen Bedrohung auszusetzen. Denn die gesamte Gesetzgebung seit dem 27. April 1945 ist im Sinne der verschiedenen Proklamationen dahin zu verstehen, daß man es in Österreich ausschließlich mit einer Okkupation zu tun hatte und daß diese Okkupation im Wesen nichts anderes bedeutet als die Aufnahme und Vertretung des Prinzips der Rechtskontinuität. Die internationale Politik hat auch eine Annexion Österreichs und ihre Konsequenzen nie anerkannt.

Ich habe schon einmal — gestern — davon gesprochen, daß den Fünften Kolonnen jederzeit die Möglichkeit gegeben wäre, an notwendigen österreichischen rekonstruktiven Werken mitzuarbeiten. Aber da herrscht gerade auf diesem Gebiet wenig Neigung. Noch immer haben wir gerade im russisch besetzten Gebiet eine bedeutend größere Anzahl besetzter Häuser und Villen. Erst vor kurzem hat sich wieder der Fall ereignet, daß man in der Nähe Wiens ein Haus der kommunistischen Jugend zum Geschenk machte. Ich habe hier eine kleine Statistik, die zumindest die Hotels erfaßt.

Wie die hier erscheinende „Wirtschaftskorrespondenz“ meldet, sind in Wien noch immer 20 Hotels mit insgesamt 2125 Betten von den Besatzungsmächten beschlagnahmt. Von den unmittelbar nach Kriegsende beschlagnahmten 47 Hotelbetrieben wurden erst 27 wieder freigegeben. Derzeit sind von der amerikanischen Besatzungsmacht noch vier, von der britischen noch eines, von der französischen vier und von der russischen Besatzungsmacht noch 11 Hotels beschlagnahmt. Von den beschlagnahmten 20 Wiener Hotels befinden sich die bekannten, für den internationalen Fremdenverkehr so außerordentlich wichtigen Hotels Bristol, Regina, Park Hotel Schönbrunn, Hotel de France, Kummer, Grand Hotel und Hotel Imperial noch immer unter dem Einfluß der betreffenden Besatzungsmächte. Das sind mehr als betrübliche Erscheinungen.

Wenn von kommunistischer Seite hier wahre Brandreden dagegen gehalten werden, daß die westlichen Mächte in irgendeiner Form Österreich — und hier natürlich nur Westösterreich — als militärische Basis ausbauen wollten, so sind auch das Vorwürfe, über die man bei normaler Denkweise hinweggehen könnte. Aber wir hören seit Wochen und Monaten propagandistisches Geschrei, daß in Salzburg, Steiermark und Kärnten militärische Basen entstünden. Im Alliierten

Rat haben wiederholt Unterhaltungen stattgefunden. Die Westmächte richteten auf Grund der von der Fünften Kolonne entfalteten Propaganda und auf von offizieller russischer Seite erhobene Anwürfe die Einladung, Kommissionen in die von den westlichen Ländern besetzten Gebietsteile zu entsenden, um sich von der Nichtigkeit dieser Propaganda zu überzeugen. Bis heute erfolgte von diesem Teil der okkupierenden Mächte keinerlei Antwort, aber die Propaganda läuft immer wieder und wird nicht zuletzt auch im sogenannten österreichischen Sender beinahe täglich zur Grundlage neuer Angriffe gegen die angebliche Servilität der österreichischen Bundesregierung gemacht, die sich nicht schäme, sich zum Büttel westlicher Aggressionspläne zu machen.

Wir haben aber in all diesen rein propagandistisch aufzufassenden geistigen Attacken eigentlich sehr wenig von der Tatsache gehört, daß es schließlich und endlich möglich sein sollte, der russischen Propaganda aus ihren Verlegenheiten dadurch zu helfen, daß sie sich selbst für den Abschluß eines österreichischen Staatsvertrags — in Wirklichkeit müßte man den Ausdruck Friedensvertrag gebrauchen — einsetzt. In demselben Moment, wo man auf das Thema Staatsvertrag zu sprechen kommt, wird der täglich sich erhebende Propagandalärm sofort wesentlich ruhiger. Ja man kann es erleben, daß sogar die Triester Frage mit dem Staatsvertrag in einen engeren Kontakt gebracht wird, man kann es erleben, daß die sogenannten Erbsenschulden als wirklich bedeutende finanzielle Verpflichtung Österreichs gegenüber Rußland dargestellt werden, die es unmöglich machen, über dieses lächerliche Kapitel endlich zu einer Einigung zu kommen.

Dabei muß ganz offen gesagt werden, daß die gegenwärtige Form des Entwurfes eines Staatsvertrages in vielem und vielleicht sogar zur Gänze nicht den österreichischen Wünschen entspricht; aber ich glaube sagen zu können, daß gerade der Druck, der von den Okkupationsstellen auf diesen Staat ausgeübt wird, es der österreichischen Regierung opportun erscheinen läßt, endlich zum Abschluß dieses Staatsvertrages und zur Befreiung gerade von dieser einen Okkupationsmacht zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann der österreichischen Regierung ein Zeugnis ausstellen, daß sie es trotz der vierfachen Okkupation zustandegebracht hat, in besonderer Weise und mit besonderem Erfolg an den Wiederaufbau heranzugehen. Wir hören sogar hie und da Auslandsstimmen, die diesem Kampf eines an Freiheit gewohnten Volkes vollkommene Anerkennung zollen, aber trotz-

dem wollen die Dinge nicht weitergehen. Sie weisen Ruhemomente auf, bei denen man befürchten muß, es würde sich aus ihnen eine Art Starrkrampf entwickeln. Deshalb muß man dem Außenminister dankbar sein, daß er dieses Thema mit nie erschlaffender Energie immer wieder auch in der Tagesordnung der großen internationalen Konferenzen nach vorne zu stellen vermag. Hoffen wir, daß der Erfolg seiner letzten Bemühungen zumindest eine Erleichterung der gegenwärtigen österreichischen Situation bringen möge.

Was internationale Verträge heute wert sind, das sehen wir gerade in der Frage des Kontrollabkommens. Im Art. 14 dieses Kontrollabkommens, das ja leider noch immer als die Magna Charta der Verfassung und, wenn Sie wollen, sogar der Verwaltung dieses Staates betrachtet werden muß, wird ein von den vier Mächten gegebenes feierliches Versprechen registriert, daß nicht später als sechs Monate nach dem Unterzeichnungstage, das ist der 28. Juni 1946, bezüglich seiner Abänderung gemeinsame Beratungen stattfinden sollen. Heute haben wir Ende 1951, und dieses eigentlich in völkerrechtlich bindender Form gegebene Versprechen wurde nicht erfüllt. Ja man kann sagen, es ist bewußt sabotiert worden.

Auf der anderen Seite waren wir ja schon einige Male dem Abschluß eines Staatsvertrages, besser gesagt Friedensvertrages, näher. Auch hier mußten wir leider immer wieder offenkundige Sabotage feststellen, um den offiziellen Eingang Österreichs in die Völkergemeinschaft oder — sagen wir es mit anderen Worten — in die „Freiheit ohne Furcht“ zu hindern. Dabei haben wir doch die wunderbaren Bemerkungen der Moskauer Erklärungen über Österreich vom 30. Oktober 1943 — sie wurden am 1. November 1943 veröffentlicht —, in denen dem feierlichen Wunsch Ausdruck gegeben wird, „ein freies, unabhängiges Österreich wiedererrichtet zu sehen und dadurch ebenso sehr den Österreichern selbst wie den Nachbarstaaten, die sich ähnlichen Problemen gegenübergestellt sehen werden, die Bahn zu ebnen, auf der sie die politische und wirtschaftliche Sicherheit finden können, die die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist.“ Auch diese Moskauer Deklaration ist ein drastisches völkerrechtliches Beispiel, was heute internationale Verträge und, wenn Sie wollen, internationale Deklarationen wert sind.

Aber die Moskauer Deklaration hat doch für uns Österreicher einen bestimmten Wert: sie hat in unserer Bevölkerung Anklang gefunden, und Österreich hat auf Grund dieser Deklaration aus eigener Kraft die Wiederaufbau-

arbeiten begonnen. Wir können heute mit Genugtuung sagen, daß große Teile des Wiederaufbaues unseres Staates trotz aller entgegenstehenden Sabotageakte vollendet sind. Daß dabei der österreichischen Außenpolitik eine bestimmende Rolle zukam, sei als Selbstverständlichkeit nur am Rande erwähnt.

Wenn das österreichische Parlament angesichts der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten, Österreich in die Völkergemeinschaft, soweit die UNO als Völkergemeinschaft aufscheint, einzuführen, auch andere Versuche unternahm, um seine Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis in entsprechender Form zu unterstreichen, so wird dieses Streben von der erdrückenden Majorität des österreichischen Parlamentes und damit der österreichischen Bevölkerung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Ich spiele hier auf den vom Herrn Präsidenten des Hauses zur Verlesung gebrachten Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Straßburger Konsultativversammlung, Herrn Spaak, und dem Präsidium dieses Hauses an. Es ist zum erstenmal, daß Österreich in der Lage ist, durch offizielle Beobachter an den Beratungen des Straßburger Parlaments teilzunehmen. Der Weg herauf war ziemlich lang und schwierig; das österreichische Parlament hat aber kaum eine Minute gezögert, diesen Weg immer weiter zu trassieren, und heute können wir feststellen, daß hier ein bedeutender, auch von der Regierung unterstützter Erfolg der österreichischen Außenpolitik vorliegt.

Ich glaube, die Zustimmung des Hohen Hauses zu finden, wenn ich als Vorsitzender des Österreichischen parlamentarischen Rates der Europabewegung erkläre, daß diese Bemühungen fortgesetzt werden. Sie müssen auch fortgesetzt werden, denn ein Abgehen von ihnen hieße nichts anderes als eine Absage an europäisches Denken und Fühlen. Das bedeutet in keiner Weise irgendeine feindliche Einstellung gegenüber unseren Nachbarstaaten, wenn Sie wollen, gegenüber der russischen Weltmacht. Das ist lediglich die Wiederholung der österreichischen Symphonie, und aus dieser Symphonie erstand die Lebenskraft, die es einem von vier Mächten besetzten Staat ermöglichte, fünf Jahre lang beinahe allein auszuhalten und in dieser mehr als trostlosen Situation bedeutende Aufbauhandlungen zu setzen.

Daß wir gerade in dieser Arbeit eine Unterstützung vor allem der Vereinigten Staaten gefunden haben, sei mit selbstverständlichem Dank hier registriert. Es ist bedauerlich, daß infolge einer Änderung der amerikanischen Politik auch die Hilfeleistungen für Österreich eine gewisse Restringierung erfahren sollen.

Aber das hindert ja nicht, daß die wirtschaftlichen Beziehungen weiter einen merklichen Ausbau erfahren können, daß durch den Ausbau dieser Beziehungen die geringere Hilfeleistung in einer anderen Form wettgemacht werden wird.

Das sind nur einige der Themen, zu denen man bei der Behandlung der österreichischen Außenpolitik kommt.

Ich habe schon einmal in meinen heutigen Darlegungen den Träger der österreichischen Außenpolitik erwähnt, und es ist eine Verpflichtung des Anstandes, bei einem weiteren Kapitel, bei der Erörterung der unangenehmen stagnierenden Arbeiten des Außenpolitischen Ausschusses, zu erklären, daß an dieser Stagnation keinesfalls der Herr Minister für Äußeres die Schuld trägt, sondern daß an dieser Stagnation in erster Linie gewisse formale geschäftsordnungstechnische Schwierigkeiten schuld sind. Ich glaube, so wie es gestern schon der Abg. Dr. Koref erklärte, ohne Widerspruch des Hohen Hauses hier sagen zu können, daß es wahrscheinlich schon im Laufe des Jänners gelingen wird, diese geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten zu beseitigen und dem österreichischen Außenpolitischen Ausschuss die Stellung zu geben, die diese Kommission in allen übrigen Staaten — ich möchte sagen — als Zentrale des öffentlichen Lebens einnimmt.

Es ist des weiteren als Aktivum unserer Außenpolitik mit Genugtuung zur Kenntnis zu nehmen, daß im zwischenstaatlichen Verkehr, vor allem mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich, eine Hebung der außenpolitischen Stellung unseres Staates insofern gelungen ist, als wir in den oben erwähnten Staaten von nun an durch Botschafter vertreten sind. Man mag über diesen Formalakt diese oder jene Meinung vertreten, Faktum ist es, daß es notwendig war, auch im Protokoll Österreich für seinen Verkehr mit den wichtigsten Staaten endlich die ihm zukommende Stellung zu geben.

Wenn von der einen oder anderen Seite schon in früherer Zeit und auch jetzt wieder an der Tätigkeit der Außenhandelsstellen Kritik geübt wurde, so ist es nicht notwendig, dieses Thema, das im übrigen volle Freiheit der Betrachtung in Anspruch nehmen darf, hier näher zu erörtern. Das wird bei einem anderen Kapitel der Fall sein. Faktum ist, daß jede Gesandtschaft selbstverständlich offizielle Handelspolitik zu observieren hat, daß aber dieses Observieren in erster Linie die Einleitung und Durchführung von Verträgen zum Gegenstand hat, während den sogenannten Außenhandelsstellen wesentlich andere Aufgaben zukommen.

Es wurde gestern zu wiederholten Malen hier in der Debatte des Hohen Hauses auch die Frage des sogenannten Deutschen Eigentums angeschnitten. Da möchte ich doch an einen der Redner ein Ersuchen richten. Das Ersuchen ist einfach zu definieren: Er soll hier im Hause einen Antrag einbringen und er soll in diesem Antrag mitteilen, welche Teile des sogenannten Deutschen Eigentums wir ohne weitere Entschädigung zurückstellen sollen. Ich glaube, wenn er diesen Antrag hier einbringt und sich selber darüber klar wird, was in einem solchen Antrag enthalten ist, nämlich eine unerhörte wirtschaftliche Schädigung dieses Staates, so dürfte er höchstwahrscheinlich über den Begriff des Deutschen Eigentums zu wesentlich anderen Auffassungen kommen.

Ich möchte auch hier nur ganz kurz feststellen, daß Österreich auf das österreichische Eigentum in Jugoslawien nie verzichtet hat. Auch das sind Behauptungen, für die ja kaum irgendeine ordentliche Grundlage zu erbringen ist.

Und was schließlich und endlich den Vertrag Gruber-De Gasperi anbetrifft, so hat irgendein Redner offenkundig auch hier eine Tatsache übersehen: Gerade dieses Südtiroler Abkommen bildet ja einen Teil des Pariser Abkommens des italienischen Friedensvertrages. Man sollte sich also, bevor man derartige Äußerungen in die Welt setzt, beiläufig darüber orientieren, wie die tatsächlichen Grundlagen gegeben sind.

Wenn wir nun abschließend die Gesamtheit der außenpolitischen Momente, wie wir sie heute vor uns haben, überblicken, so können wir mit einiger Genugtuung sagen: Trotz des einen oder anderen Rückschlages ist unser Staat im Vorwärtsschreiten, und es wäre — ich glaube auch das hier offen sagen zu können — ein Versäumnis, wenn wir dem Minister und dem von ihm aufgebauten Beamtenstab in diesem Zusammenhang nicht den Dank dafür ausdrückten, daß es ihm gelungen ist, hier wieder ein schlagkräftiges Instrument zu schaffen. Ich bin überzeugt, daß über kurz oder lang diese vielleicht anderen als Kleinarbeit erscheinende Tätigkeit uns in die volle Freiheit führen wird.

Ich möchte diese Überzeugung abschließend als die Idee der „magischen Macht“ bezeichnen. Diese „magische Macht“ hat diesem Staat über die Jahre 1938 bis 1945 hinweggeholfen. Sie hat ihm überdies die Kraft gegeben, trotz vielfacher Okkupation alle formalen Freiheitsmöglichkeiten zu nützen, und ich bin überzeugt, daß auch weiter diese Freiheitsmöglichkeiten genützt und ausgebaut werden können.

Wenn ich abschließend an die Bundesregierung und nicht zuletzt an unseren Bundesminister für Äußeres die Bitte richte, die bisherigen Arbeiten fortzusetzen, so glaube ich, kaum von der historischen Wahrheit abzuweichen, wenn ich hier vor dem Hause erkläre: Diese Arbeit wird über kurz oder lang den von unserem ganzen Volk heiß herbeigesehnten Erfolg zeitigen! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Huemer: Verehrte Damen und Herren! Nichts erweist sich als gefährlicher, als wenn man ein außenpolitisches Konzept auf Gefühle der Sympathie oder Antipathie, auf Ressentiments oder Vorurteile aufbauen will. Ein typisches Beispiel dafür lieferte die Außenpolitik des Dritten Reiches, des Nationalsozialismus. Auf der einen Seite Ressentiments, Haß gegen den Osten, daher die unsinnige Ostraumpolitik mit dem ganzen Wahnsinn der Besatzungspolitik im Osten, auf der anderen Seite die Sympathien für England, daher beispielsweise das Unterlassen einer Invasion zu einem günstigen Zeitpunkt, eine Unterlassung, die den Ausgang des Krieges maßgeblich beeinflußt hat.

Wenn man die gestrige Debatte aufmerksam verfolgt hat, so hat man den Eindruck gewinnen müssen, daß es sehr schwierig ist, die richtige Mitte zu finden. Besonders interessant war das Rededuell zwischen unserem Herrn Außenminister Dr. Gruber und dem Herrn Abg. Fischer: auf der einen Seite ein einseitiges Parteiergreifen für den Westen, auf der anderen Seite ein einseitiges Parteiergreifen für den Osten. Ein Satz eines Redners, den ich noch besonders herausgreifen möchte, hat ungefähr folgendermaßen gelaute: „Wir können das System von einem unglücklichen, großen Volk nicht beseitigen, das diesem Volke aufgezwungen worden ist.“ Ich glaube, daß es nicht sehr klug war, diesen Satz an dieser Stelle auszusprechen, denn es ist eine politische Realität, daß unser Land von vier Besatzungsmächten besetzt ist, und darunter befindet sich nun einmal auch die sowjetische Besatzungsmacht. Unser Volk hat schon infolge des Kalten Krieges ungeheure Schikanen von allen vier Besatzungsmächten zu erleiden, wir Politiker sollten daher alles unterlassen, was diese Schikanen für unser Volk noch vergrößern könnte.

Heute wurde auch von der „Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft“ gesprochen. Ich kann mich erinnern, daß es in Österreich auch eine „Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft“ gibt. Und wenn die „Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft“ in Österreich eine Infiltrationsgesellschaft für sowjeti-

2504 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

sches Gedankengut sein soll, ist die „Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft“ dann vielleicht eine Infiltrationsorganisation für kapitalistisches Gedankengut. Noch mehr, ich weiß, daß namhafte ÖVP-Politiker Mitglieder der „Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft“ waren und auch heute noch sind. Aus Oberösterreich ist mir wenigstens ein derartiger Fall bekannt.

Im Verlaufe der Debatte wurde wiederholt auch von Christentum und Abendland gesprochen. Verehrte Damen und Herren! Wenn ich aus dem Munde gewisser Kreise die Worte „Christentum“ und „Abendland“ vernehme, dann höre ich Bomben fallen und vernehme das Jammern tödlich getroffener Frauen und Kinder. Man soll also die Worte „Christentum“ und „Abendland“ weniger häufig gebrauchen, sondern sollte lieber christlich handeln und abendländisch denken.

Das möchte ich nur zur bisherigen Debatte gesagt haben. Aber ich glaube, daß wir uns alle in zwei Punkten einig sind: erstens, daß die Einheit Österreichs erhalten werden muß, und zweitens, daß wir uns die Unabhängigkeit unseres Landes bewahren müssen, jene Unabhängigkeit, die schließlich und endlich ihren sichtbaren Ausdruck im Abschluß eines Staatsvertrages finden muß.

Vorerst zur Erhaltung der Einheit des Landes. Sie ist — wie schon gestern einmal ganz richtig betont wurde — enge mit der Sicherung des sozialen Friedens im Innern verbunden. Jeder, der die innerpolitische Lage in der Gegenwart aufmerksam verfolgt, wird sich über den Verlauf der Betriebsratswahlen einigermaßen Gedanken machen. Der Kampf gegen den Kommunismus und Bolschewismus ist für jeden, der anderer Meinung ist, eine Selbstverständlichkeit, genau so wie der Kampf gegen den Kapitalismus, aber die Entwicklung gerade bei den bisherigen Betriebsratswahlen hat gezeigt, daß nicht jene Leute diese Entwicklung so ungünstig beeinflussen, die für eine strikte Neutralität eintreten, die heute noch in Organisationen sitzen, in denen — wie zum Beispiel im Pen-Klub — ebenfalls ein kommunistischer Vertreter tätig ist, jene Leute, die Sie so gerne als Krypto-Kommunisten bezeichnen. Das Wort „Krypto-Kommunist“ ist übrigens ein sehr billiges Schlagwort. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß Sie vor wenigen Jahren erst mit waschechten Kommunisten in einer Koalitionsregierung gesessen sind. Ich glaube, daß damals die Herren Dr. Altmann, Honner und Fischer auch schon Kommunisten waren. Ich möchte Sie daran erinnern, daß einmal sogar der Herr Bundeskanzler mit dem Herrn Abg. Fischer beisammengesessen ist. Ich

glaube nicht, daß sich die beiden Herren damals über Weinsorten unterhalten haben. Ich will Sie auch daran erinnern, daß Sie einmal in der Redaktion einer Tageszeitung zusammengearbeitet und sich den Gewinn aus dieser Zeitung brüderlich geteilt haben. Heute aber geraten Sie in Weißglut, wenn ein paar Universitätsprofessoren in einer Organisation sitzen, in der auch Kommunisten vertreten sind. (*Abg. Dr. Strachwitz: Sie haben zuerst für die Engländer geredet und reden jetzt für die anderen!*) Diese Leute haben bestimmt die Betriebsratswahlen nicht so ungünstig beeinflusst.

Ich will Ihnen die Wegbereiter des Kommunismus und der kommunistischen Idee in Österreich nennen: sie sitzen auf den Höfen jener Großagrarien, die nicht begreifen wollen, daß Eigentum verpflichtet, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen und auf die Konsumenten einen Druck ausüben wollen, um damit höhere Preise zu erreichen. Die Wegbereiter des Kommunismus sitzen in den Büros jener nimmersatten Wirtschaftsgewaltigen, die Handelsspannen verlangen, die himmelschreiend sind. Ich könnte Ihnen aus meinen beruflichen Erfahrungen als Finanzbeamter einige sehr aufschlußreiche Erläuterungen dazu geben. (*Abg. Scheibenreif: Dieses abgedroschene Werkel hat er sich vom Dobretsberger geholt!*) Schauen Sie, hier spricht der Abg. Huemer und nicht der Universitätsprofessor Dobretsberger. (*Ruf bei der ÖVP: Aber er unterscheidet sich in nichts von ihm! — Abg. Dr. Gorbach: Sowjetsberger!*) Dort also sitzen die Wegbereiter des Kommunismus und nicht bei jenen Leuten, die vor einer einseitigen Orientierung warnen und für eine strikte Neutralität unseres Landes eintreten. Darum ist es notwendig, daß man diesen Leuten einmal die Maske des frommen Biedermannes vom Gesicht reißt.

Das erste außenpolitische Ziel ist also die Erhaltung der Einheit unseres Landes, das zweite ist die Wahrung der Unabhängigkeit. Vor einigen Tagen hat ein Minister bei einer Versammlung in Niederösterreich das Gleichnis vom Landvogt und vom Geßlerhut gebraucht; ich glaube jedoch, wir haben in unserem Land vier Landvögte, denn es ist für mich als Österreicher gleichgültig, ob sich der Landvogt mit Towarisch, Mister oder Monsieur betiteln läßt. Ich werde zum Beispiel immer erklären: Es ist ein Unrecht, daß uns das Öl von Zistersdorf vorenthalten wird, das doch aus österreichischem Boden fließt! — wobei es mir nicht einfällt, die imaginären Ansprüche irgendwelcher Aktionäre zu verteidigen. Ich werde immer betonen, daß es ein Unrecht ist, wenn ein vom Volk gewählter Abgeordneter un-

gerechtfertigt verhaftet wird. Ich werde immer wieder betonen, daß es ein Unrecht ist, wenn man bei Schießübungen die friedliche Zivilbevölkerung bedroht. Aber ich werde auch immer wieder betonen, daß es ein Unrecht ist, wenn auf der anderen Seite unsere Wirtschaft und unser Land für einseitige Zwecke mißbraucht wird.

Was wir brauchen, ist eine Politik der strikten Neutralität, also keinesfalls irgendeine einseitige Orientierung, sondern immer nur eine Orientierung auf die Interessen Österreichs. Es mag sein, daß es in Österreich Politiker gibt, die einen gewissen Ehrgeiz besitzen, einmal entweder auf der einen oder anderen Seite in „Befreiungskomitees“ tätig zu sein oder vielleicht mit den letzten Mohikanern in einem Reservat angesiedelt und dort bestaunt zu werden. Doch ich glaube, das österreichische Volk besitzt diesen Ehrgeiz nicht. Das österreichische Volk besitzt nur einen einzigen Wunsch, endlich einmal ohne Sorgen um das Morgen seiner friedlichen Arbeit nachgehen zu können.

Bei der Gelegenheit dieser außenpolitischen Debatte halte ich es für meine Pflicht, das traurige Kapitel der Kriegsgefangenen anzuschneiden, die sich noch in russischer Kriegsgefangenschaft befinden. Herr Außenminister! Sie waren beispielsweise auf einer Vortragsreise in den USA. Fahren Sie doch auch einmal persönlich nach Moskau, nehmen Sie sich eine Abordnung von Volksvertretern aus allen Parteien mit! Fahren Sie nur zu dem Zwecke dorthin, um den letzten österreichischen Kriegsgefangenen freizubekommen. Erreichen Sie das nicht, dann haben Sie das moralische Recht, darauf hinzuweisen, daß Rußland die Kriegsgefangenen nicht freigeben will, dann haben Sie das Recht, den österreichischen Müttern und Frauen zu sagen: „Ich habe alles, auch das Letzte unternommen! Moskau trägt die Schuld, daß die Kriegsgefangenen nicht freikommen!“ (*Zwischenrufe.*) Tun Sie das, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie dann auch von gewissen Kreisen als „Krypto-Kommunist“ bezeichnet werden!

Zusammenfassend möchte ich also sagen: Das erste Ziel der österreichischen Außenpolitik muß lauten: Erhaltung der Einheit des Landes, die enge mit der Sicherung des sozialen Friedens verbunden ist. Die zweite Forderung muß lauten: Wahrung der Unabhängigkeit, also strikte Neutralität. Weder Ost noch West, nur Österreich!

Präsident **Böhm** (*den Vorsitz übernehmend*): Ich unterbreche nunmehr die Beratungen zur Abstimmung über die Gruppen I und II und ersuche die Spezialberichterstatter, bei der Abstimmung beim Rednerpult Platz zu nehmen.

Bei der Abstimmung wird den Gruppen

I: Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidialkanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3 a: Rechnungshof, sowie

II: Kapitel 7: Bundeskanzleramt, Kapitel 26, Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, und Kapitel 28, Titel 6: Staatsdruckerei, in der beantragten Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Die Ausschlußentschliefungen I zu Gruppe I (S. 2430) und 1 bis 4 zu Gruppe II (S. 2432) werden angenommen.

Der Entschließungsantrag Dr. Pfeifer zu Gruppe I (S. 2444) wird abgelehnt.

Präsident **Böhm**: Wir fahren nun in der Spezialdebatte über die Gruppe III fort.

Abg. **Dr. Gschnitzer**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Debatte über das Kapitel Äußeres ist des langen und breiten geführt worden. Aber es wäre ein Mangel dieser Debatte, wenn das Kapitel Südtirol dabei nicht behandelt würde. Es ist bereits von dem Redner der Sozialistischen Partei und auch von dem Redner unserer Partei kurz gestreift worden. Aber es ist wichtig genug und verdient eingehende Darstellung.

Es sind mehr als fünf Jahre her, seit das Pariser Abkommen geschlossen wurde, das — ein Bestandteil des Friedensvertrages mit Italien — eine Garantie für die friedliche Entwicklung der österreichischen Volksgruppe in Südtirol werden sollte. Freilich hat die Durchführung dieses Pariser Abkommens viel mehr Zeit in Anspruch genommen, als wir uns vorstellten und als wir billigerweise hätten erwarten dürfen. Sie ist auch heute noch nicht vollendet.

Nehmen wir nun die einzelnen, wenigstens die wichtigsten Punkte durch. Die Amtssprache ist einer dieser entscheidenden Punkte, die Garantie dafür, daß die deutsche Volksgruppe in Südtirol mit den Ämtern in ihrer Muttersprache verkehren kann. Aber nicht nur das. Gleich schließt sich ein zweiter Punkt an, bei dem noch Bedenken obwalten. Wird es ihr auch gestattet sein, im zwischenamtlichen, im inneramtlichen Verkehr sich der deutschen Sprache zu bedienen, wie es unbedingt notwendig ist, wenn das Pariser Abkommen dem Geist nach erfüllt sein soll? Werden endlich in Südtirol die Gemeindewahlen abgehalten werden können, die allein die genügende Grundlage für eine demokratische Entwicklung bieten? Sie sind immer noch hinausgeschoben worden.

2506 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Eine zweite wichtige Frage ist die Schulfrage. Nun ist gegenwärtig die Schule für die deutsche Minderheit eine deutsche Schule, und wir sind froh darüber. Wir müssen aber bemerken, daß dieser Schule noch immer die rechtliche Basis fehlt, und solange eine solche rechtliche Basis, eine dauernde Basis nicht geschaffen ist, müssen wir immer die Angst haben, daß man das, was man heute zugesteht, morgen verweigern könnte. Es wird sich auch darum handeln, daß nicht nur die Südtiroler selbst, also die italienischen Staatsbürger deutscher Zunge, deutsche Schulen besuchen können, sondern daß auch andere Deutsche, Österreicher und Schweizer, die in Südtirol leben und die deutsche Muttersprache haben, in diese Schulen gehen können.

Nun komme ich zu einem sehr wunden Punkt schon des Pariser Abkommens und auch des jetzigen Zustandes: es ist die Mißachtung der ladinischen Minderheit. Wir haben in der Schweiz das Vorbild für Respektierung verschiedener Nationalitäten. Es ist dort eine Selbstverständlichkeit, daß die rätoromanische Gruppe genau so wie die deutsche, die italienische und französische das Recht auf ihre Muttersprache und Erziehung in dieser Muttersprache hat. Dieses Recht für die ladinische Volksgruppe will die italienische Regierung nicht anerkennen. Sie wollen die Ladinen kurzweg zu Italienern machen, was sie aber weder nach wissenschaftlicher Erkenntnis sind, noch nach ihrem Inneren sein wollen. Auch diese Minderheit hat ein Recht auf ihre Muttersprache und auf die Erziehung in dieser Muttersprache. Wenn sie daneben den Wunsch hat, auch in der deutschen Sprache ausgebildet zu werden, weil sie in engster Beziehung mit Deutsch-Südtirol steht, so muß man, wenn schon nicht nach dem Wortlaut, so doch nach dem Geist des Pariser Abkommens und überhaupt nach dem europäischen Geist diesen Wunsch erfüllen.

Die Optionsfrage! Sie ist noch immer ein Schmerzenskind. Gewiß, die nichtabgewanderten Optanten, jene also, die in Südtirol verblieben sind, obwohl sie im Gefolge des Hitler-Mussolini-Abkommens für Deutschland optiert hatten, sind zum größten Teil wieder eingebürgert. Nach unserer Auffassung haben sie die italienische Staatsbürgerschaft überhaupt nicht verloren. Nur verhältnismäßig wenige Gesuche sind hier abschlägig entschieden worden. Freilich ist hier auch die Ablehnung dieser Gesuche zu tadeln. Noch mehr aber war es zu tadeln, daß Italien zu einer Beschlagnahme des Vermögens dieser Menschen schritt, mit der Behauptung, es seien deutsche Staatsbürger.

Erst nach Rückfrage bei der Bonner Regierung und nach Einschreiten der Alliierten wurden diese Beschlagnahmen wieder aufgehoben, weil sich dann eben herausstellte, was vom Anfang an nicht zu bezweifeln war, daß diese Leute nicht als Reichsdeutsche betrachtet werden können.

Was aber ist mit jenen, die im Gefolge des Hitler-Mussolini-Abkommens abgewandert sind, eine beträchtliche Zahl, deren Rückführung nach Südtirol doch eine der Hauptaufgaben, ich möchte sagen, Sinn und Zweck des Pariser Abkommens war? Diese Frage ist bisher immer wieder verschoben, vertagt und wegen wirklicher und vorgewendeter Gründe mit dem unverkennbaren Zweck hinausgezögert worden, dadurch die Rückwanderung zum größten Teil wieder illusorisch zu machen, weil Menschen, die sich einmal in einem anderen Land eingelebt haben, nicht gerne und leicht dort ihre Zelte wieder abbrechen. Auch heute noch ist es so, daß der größte Teil dieser Menschen nicht in seine Heimat zurückgekehrt ist. Wie konnten sie auch? Es ist doch erst in allerletzter Zeit das Abkommen zwischen Österreich und Italien über den Empfang von Pensionen und Renten vor den Ministerrat gebracht worden, was aber noch lange nicht heißt, daß es auch durch die gesetzgebende Körperschaft durchgegangen sei. Man hat also tatsächlich viele dieser Leute zu einer Rückkehr, zu einer Option ins Blaue gezwungen, ohne daß man die Grundlage dafür schuf, ohne daß man ihnen eine Gewähr dafür bieten konnte, daß sie wieder Arbeit und Brot finden würden, daß sie in Italien in ihre alten Stellungen als Staatsbeamte einrücken würden, daß sie ihre Pensionen und Renten bekämen. Wenn wir zum Beispiel damit gerechnet haben, daß im Jahre 1951 5000 bis 7000 solcher Rückwanderer sein würden, und dann feststellen mußten, daß bis zum September des Jahres 1951 nur 400 zurückgewandert sind, dann sieht man, wie katastrophal die Lage hier ist, weil der gute Wille, diese Leute wieder aufzunehmen, ihnen wirklich ihre alte Heimat zurückzugeben, nicht im vollen Maß vorhanden ist.

Auch die Frage der akademischen Titel ist noch nicht befriedigend gelöst. Dies ist nicht eine Frage der Titel, sondern es ist eine Frage der Berufsausübung für Akademiker, also gerade der Ausübung des Berufs durch jene Südtiroler, die die oberen, die geistig führenden dieses Volksstammes darzustellen haben. Es wird für die Zukunft auf das Kulturabkommen verwiesen, aber das Kulturabkommen ist bisher noch nicht abgeschlossen worden, sodaß wir gegenwärtig vor allem

die bedauerliche Erscheinung haben, daß Südtiroler nicht mehr in Österreich Hochschulstudien obliegen können, weil sie nicht wissen, unter welchen Bedingungen ihnen diese Semester zählen.

Ich habe Ihnen jetzt nur einige Punkte aufgezählt, in denen ich die Durchführung des Pariser Vertrages bisher noch für unbefriedigend erachte. Die Ursache für diese mangelhafte Durchführung erblicken die Südtiroler selbst und müssen auch wir in dem Grenzzonenamt erblicken, das gegenüber den Südtirolern nicht immer eine freundliche Haltung eingenommen hat. Aber die letzte Verantwortlichkeit dafür liegt bei der Regierung Italiens selbst.

Während wir uns noch um die endliche Durchführung dieses Abkommens bekümmern, dämmert eine neue und nach meinem Erachten die allergrößte Gefahr herauf, eine Gefahr, die auf einer ganz anderen Linie liegt. Ich darf daran erinnern, daß es durch eine Ausdeutung des Pariser Abkommens nicht gelungen ist, Bozen und dem deutschen Teil Südtirols eine eigene Autonomie zu verschaffen, sondern daß man es mit Trient zu einer Region zusammengeschlossen hat, damit die Mehrheit der Region doch eine italienische sei. Umso wichtiger ist es, daß innerhalb der Provinz Bozen auch heute noch eine im Verhältnis zu früher freilich schon viel schwächere, aber immerhin noch eine Mehrheit deutsch ist. Wenn diese deutsche Mehrheit verlorengeht, dann ist alles verloren, dann helfen uns die Paragraphen und Bestimmungen des Abkommens nicht. Es ist doch völlig klar, daß der Sinn des Pariser Vertrages der sein sollte, die deutsche Bevölkerung in der Provinz Bozen in Südtirol in ihrem Bestand zu sichern. Da hören wir nun plötzlich Stimmen in Italien und lesen Nachrichten in Blättern — ich zitiere jetzt den „Corriere della Sera“ —, die fordern „den wirksamen Anstoß der gesamten hydroelektrischen und mechanischen Industrie, um sie fähig zu machen,“ — und nun geben Sie acht! — „heute die ganze existierende Arbeitskraft aufzunehmen und morgen eine Einwanderung neuer Elemente aus dem Innern Italiens zu fordern, eine Einwanderung, die dazu bestimmt ist, das numerische Mißverhältnis zwischen italienischer und deutscher Volksgruppe zum Teil auszugleichen.“ Das heißt also — man braucht es nicht mehr viel deutscher zu sagen —: künstliche Förderung der Einwanderung aus Altitalien, um in Südtirol selbst eine italienische Mehrheit zu erhalten. Das Weitere können wir uns dann vorstellen. Wir können nicht früh genug gegen solche Pläne auf das entschiedenste auftreten. Wir

können versichern, daß wir die Entwicklung im Auge behalten werden, weil wir genau wissen, daß ein Vertragsinstrument allein noch keine Garantie ist, wenn man nicht fortwährend seine Augen offen hat.

Ich glaube hier auch sagen zu müssen, daß wir in einer solchen Bestrebung, in einer solchen künstlich geförderten Zuwanderung — vielleicht sogar noch mit ausländischem Kapital, wie einmal angedeutet wurde —, in einer Zuwanderung und Industrialisierung, für die natürliche Bedingungen nicht gegeben sind — man muß sie ja erst künstlich durch Steuererleichterungen, Tarifbegünstigungen und so weiter schaffen —, eine Verletzung des Geistes erkennen würden, in dem der Pariser Vertrag abgeschlossen wurde, wodurch wir geglaubt haben, die Südtiroler Frage mit schmerzlichem Verzicht, aber doch in Frieden bereinigen zu können.

Möge also von der anderen Seite dieser Versuch — hier ist es noch ein journalistischer —, die Beziehungen zweier benachbarter und befreundeter Länder durch einen Dolchstoß in den Rücken zu zerstören, niemals unternommen werden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Böhm**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Debatte über die Gruppe III geschlossen.

Bevor ich zur Gruppe IV komme, bringe ich dem Hohen Hause folgendes zur Kenntnis:

Der Herr Abg. Dr. Pittermann hat an den Präsidenten Kunschak folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! In der „Volksstimme“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei, vom 6. 12. 1951 wurde die lügnerische Behauptung aufgestellt, daß der Abg. Pittermann wörtlich im Parlament erklärt hat:

„Die Sozialistische Partei hat Angst vor dem Frieden“. Ich habe in der Haussitzung vom 6. 12. an Hand des stenographischen Protokolles über die Nationalratssitzung vom 5. 12. d. J. die Unwahrheit des Berichtes festgestellt.

Bei diesem Anlaß warf mir der Abg. Fischer vor: „Sie haben den Bericht korrigiert!“ Ich habe mich gegen diese Ehrabschneidung verwahrt und festgestellt, daß dies auch ein Vorwurf gegen die Leitung des Stenographenbüros sei. Hiebei erklärte der Abg. Fischer neuerlich in einem Zwischenruf: „Nein, das ist ein Vorwurf gegen Sie!“

2508 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Der Vorwurf, die Protokolle der Nationalratsitzung korrigiert und damit die wahrheitsgetreue Wiedergabe der öffentlichen Verhandlungen des Hohen Hauses verfälscht zu haben, zählt zu den schwersten, die gegen einen Abgeordneten erhoben werden können.“
(*Abg. Horn: Die Lügen-Stimme und der Lügen-Fischer!*)

Das ist der Wortlaut der Zuschrift des Abg. Dr. Pittermann.

Auf Grund dieses Briefes wurde nun das Stenographenamt beauftragt, den Sachverhalt zu überprüfen, und das Stenographenamt hat nach Überprüfung der stenographischen Protokolle der 66. und 67. Sitzung des Nationalrates mitgeteilt, daß Abg. Dr. Pittermann an den inkriminierten Stellen keinerlei Korrektur vorgenommen hat.

Daher trifft der Vorwurf des Herrn Abg. Fischer, Dr. Pittermann habe den Bericht korrigiert, nicht zu. Da dieser Vorwurf die Ehrenhaftigkeit des Abg. Dr. Pittermann in Zweifel stellt, erteile ich für diese Äußerung dem Herrn Abg. Fischer den Ordnungsruf.
(*Abg. Dr. Pittermann: Die Lüge der KPÖ ist erwiesen!*)

Wir kommen nun zur Beratung der **Gruppe IV: Kapitel 9: Inneres, und Kapitel 26, Titel 2: Übergangsmaßnahmen.**

Spezialberichterstatter **Horn: Hohes Haus: Meine Damen und Herren!** Das Kapitel 9: Inneres, und das Kapitel 26, Titel 2: Übergangsmaßnahmen, wurden im Finanz- und Budgetausschuß einer eingehenden Beratung unterzogen. Der schriftliche Bericht hierüber liegt dem Hohen Hause vor. Ich möchte hierzu noch ergänzend einiges bemerken.

Wer an die Rechts- und Sicherheitsverhältnisse der Jahre 1945 und 1946 zurückdenkt, muß zweifellos zugeben, daß in unserem Lande auf diesem Gebiet eine wesentliche und erfreuliche Besserung eingetreten ist. Wir sind wieder ein Rechtsstaat geworden, der allen Staatsbürgern die volle Freizügigkeit sowie Recht und Gerechtigkeit garantiert. Der österreichische Staatsbürger kann sich im Lande, allerdings in den von den Besatzungsmächten gezogenen Grenzen, frei bewegen.

In die vielgestaltige Tätigkeit des Innenministeriums planvolle Ordnung zu bringen war oberstes Gebot, und daß die Anwendung der Gesetze nicht starren Regeln folgt, sondern den allgemeinen Grundsätzen der Staatsregierung angepaßt wird, wurde vordringliche Aufgabe.

Die Demokratisierung der Verwaltung und Erziehung der Beamten, bei ihrer Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken in allen

Amtshandlungen des Bundesministeriums den demokratischen Geist wirksam werden zu lassen und größtes Maß an Wohlfahrt für jeden einzelnen zu erreichen, soweit es sich mit dem Wohle des ganzen Volkes vereinbaren läßt, wurde als höchstes Ziel gesetzt.

Wer die Schwierigkeit berücksichtigt, mit der das Innenministerium auch gegenwärtig noch zu kämpfen hat, kann der bisher vollbrachten Organisation seine Anerkennung nicht versagen. Polizei, und Gendarmeriebeamte haben sich seit dem Jahre 1945 redlich bemüht, den Sicherheitseinrichtungen in der Bevölkerung wieder Achtung und Ansehen zu verschaffen. Sie haben ihren Dienst oft unter den schwierigsten Verhältnissen zum Wohle des Staates ausgeübt, und es gebührt ihnen hiefür der einmütige Dank der Bevölkerung.

Was die Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung der Exekutive betrifft, muß festgestellt werden, daß infolge der vielen finanziellen Beschränkungen das gesteckte Ziel, die Exekutive zu einem modernen Sicherheitsapparat auszubauen, leider nicht verwirklicht werden konnte. Der Ausbau der Motorisierung, der Nachrichtenmittel, Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der Exekutive lassen noch viel zu wünschen übrig, und hier wäre eine bessere finanzielle Dotierung unbedingt erforderlich.

Ein für den Dienstbetrieb und für die Dienstfreudigkeit der Sicherheits- und Gendarmeriebeamten wichtiges Problem, nämlich die Schaffung von Wohnungelegenheiten, kann mit den Mitteln, die im Budget eingesetzt sind, nicht gelöst werden. Trotz des Verständnisses vieler Bürgermeister, daß die Unterbringung von Exekutivorganen eine staatspolitische Notwendigkeit darstellt, gibt es noch eine sehr große Anzahl von Exekutivbeamten, die Stunden und Tage brauchen, wenn sie ihre Familien, die oft sehr weit vom Dienstort entfernt wohnen, besuchen wollen.

Es ist zu hoffen, daß sich das Bundesministerium für Inneres weiterhin bemüht, daß alle diese Probleme trotz der gegebenen Schwierigkeiten einer geeigneten Lösung zugeführt werden.

Auch auf allen übrigen Gebieten war das Bundesministerium für Inneres bemüht, den gestellten Anforderungen im Rahmen der Möglichkeiten gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere bezüglich der Rückführung von noch im Ausland befindlichen Österreichern, der Kriegsgräberfürsorge, Ausländerbetreuung, Heimkehrerfürsorge und Rückführung der Kriegsgefangenen.

Die Ansätze der einzelnen Budgetposten sind im schriftlichen Bericht des Ausschusses genau erläutert.

Ich stelle den Antrag, das Hohe Haus wolle dem Kapitel 9: Inneres, und 26, Titel 2: Übergangsmaßnahmen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über die beiden Kapitel die Spezialdebatte zu eröffnen.

Weiters wurde im Ausschuß nachstehende EntschlieÙung angenommen:

Unsere Verfassung besagt:

„Jede Zensur ist als dem Grundrecht der Staatsbürger widersprechend als rechtungültig aufgehoben.“

Da die alliierte Zensur dem demokratischen Denken des österreichischen Volkes widerspricht, wird die Bundesregierung er sucht, die Zahlungen der hierfür auflaufenden Kosten zu verweigern.

Ich bitte das Hohe Haus, auch dieser EntschlieÙung die Zustimmung zu geben.

Präsident **Böhm**: Als erster Redner kontra gelangt der Herr Abg. Honner zum Wort. (Abg. Dr. Pittermann: Jetzt hören wir die versprochenen Hausnummern aus der Favoritenstraße! — Abg. Honner: Die sind längst überholt durch die neuen Mietzins erhöhungen, die ihr beschlossen habt! — Abg. Dr. Pittermann: Nein, ich meine die neuen Hausnummern, die Sie versprochen haben! — Heiterkeit.)

Abg. **Honner**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Innenminister hat bei der Beratung des Kapitels Inneres im Finanz- und Budgetausschuß die Versicherung abgegeben, daß der Aufbau und die Ausrüstung der staatlichen Exekutive bereits in einem solchen Umfang erfolgt ist, daß nunmehr allen Staatsbürgern volle Freizügigkeit, Recht und Gerechtigkeit garantiert werden kann. Die staatliche Exekutive, so sagte er, sei wieder zu einem guten und verläßlichen Instrument der Republik geworden.

Vor einigen Wochen hatte ein Teil unserer Bevölkerung im Westen unseres Landes Gelegenheit, bei den kriegsmäßigen Manövern der Gendarmerieeinheiten die Leistungen des Innenministeriums auf dem Gebiete der Bewaffnung unserer Exekutive zu bewundern, die mit eigenem Geld und mit zusätzlicher Hilfe amerikanischer Dollars, amerikanischer Waffen und amerikanischer Instruktoren im Verlaufe einiger Jahre erreicht werden konnten. Bei diesen Manövern war wirklich alles vorhanden, was zur modernen Ausrüstung einer militärischen Truppe gehört, von der Maschinepistole bis zu den schweren Panzerwaffen. Der österreichische Steuerzahler aber fragt sich, zu welchem Zweck eine so schwere Ausrüstung

der Sicherheitsexekutive notwendig ist. Es ist für den einfachen Menschen klar, daß man eine solche Ausrüstung, wie sie bei den Gendarmeriemänövern im Welser Gebiet und im Gebiet der Packstraße vor kurzem gezeigt wurde, zur Verfolgung von Dieben, Einbrechern und einzelnen Ruhestörern nicht braucht. (Abg. Wallner: Es gibt auch größere Ruhestörer!)

Welchen Sinn also kann diese militärische Ausrüstung unseres Polizei- und Gendarmeriekorps haben? Was hier bei diesen Manövern der österreichischen Bevölkerung vorexerziert wurde, ist nichts anderes als einerseits eine Vorbereitung für den Krieg gegen das eigene Volk, falls es nicht mehr bereit sein sollte, sich von den in- und ausländischen Kapitalisten willenlos aussackeln und ausplündern zu lassen, und andererseits sind es schon sehr weit gediehene Vorbereitungen für die Aufstellung einer österreichischen Wehrmacht, die als ein Bestandteil einer westeuropäischen Aggressionsarmee der amerikanischen Kriegsbrandstifter gedacht ist. (Zwischenrufe.)

Für einen solchen doppelten Krieg, für einen Krieg gegen das eigene Volk und einen Krieg unter amerikanischem Kommando für die Interessen der amerikanischen Monopolkapitalisten, werden die Angehörigen der österreichischen Gendarmerie und Polizei in Sondereinheiten gedrillt und vorbereitet. Das sind die Tatsachen. Unsere wiederholten Behauptungen, daß die österreichische Polizei und Gendarmerie für einen blutigen Krieg gegen das eigene, gegen das österreichische Volk, und vor allem gegen die österreichischen Arbeiter ausgerüstet und vorbereitet werden — und dies alles noch dazu unter einem sozialistischen Innenminister —, hat gestern Außenminister Dr. Gruber in offener Parlamentssitzung bestätigt. Seine Mitteilung, daß der Beschluß der Regierung, die Exekutive mit schwersten Waffen auszurüsten, im Zusammenhang mit dem Oktoberstreik des vorigen Jahres gefaßt wurde, ist unmißverständlich. Wieder wird gegen die Arbeiter gerüstet, und die Regierung, in der auch sozialistische Minister sitzen, wäre bereit, wie in der Ersten Republik, wieder auf streikende und demonstrierende Arbeiter schießen zu lassen. (Zwischenrufe.) Wir werden nicht versäumen, dieses gestrige, sehr wichtige Eingeständnis des Herrn Außenministers Dr. Gruber der Öffentlichkeit bekannt zu machen und ihr auch zu sagen, wie der Herr Außenminister Gruber über die österreichischen Arbeiter denkt und was er in ihnen sieht. (Abg. Wallner: Solche Verdrehungen! Schämen Sie sich!) Ja wir werden die Bezeichnung „Horde“ den Arbeitern Wiener Neustadts und den anderen Arbeitern nicht oft genug wieder-

2510 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

holen können. (*Abg. Scheibenreif: Sie halten eine erbärmliche Haßrede! — Abg. Machunze: Verwechseln Sie sich nicht mit den Arbeitern! — Abg. Dengler: Die glauben es euch ohnehin nicht!*) An diesem Beispiel ist die ganze arbeiter- und volksfeindliche Politik unserer Regierung, in der auch sozialistische Minister sitzen, sehr deutlich erkennbar.

Das Geständnis Dr. Grubers über die innenpolitischen Aufgaben der kriegsmäßig ausgerüsteten Exekutive — es ist interessant, daß über diese Fragen der Außenminister und nicht der Innenminister spricht — mag wohl zum Teil den Nebenzweck verfolgt haben, die Autorität der sozialistischen Minister bei ihren Parteianhängern noch weiter herabzumindern. Aber sein eigentlicher, wirklicher Zweck, den er erreichen wollte, war wohl der, mit dieser seiner Mitteilung von der Tatsache abzulenken, daß unter der Tarnung der staatlichen Exekutive die Kader für eine illegale österreichische Wehrmacht vorbereitet wurden, über die man nicht gerne spricht, weil sie, wie schon gesagt, ein Bestandteil jener westeuropäischen Aggressionsarme sein soll, die unter amerikanischem Kommando und von den amerikanischen Imperialisten gefordert wird. (*Abg. Dengler: Da hast du ja Praxis! Das hast du beim Tito gelernt!*)

Mit dieser Tatsache, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, werde ich mich jetzt etwas ausführlicher beschäftigen, vor allem auch deshalb, weil auch dies eine Ressortangelegenheit des Herrn Innenministers ist, der, wie wir wissen, de facto neben seiner Funktion als Innenminister auch der provisorische Verwalter des kommenden Heeresministeriums ist (*ironische Heiterkeit*), und weil vor allem gestern wieder sowohl vom Außenminister als auch von den Sprechern der Regierungskoalition der aussichtslose Versuch unternommen worden ist, die von uns aufgezeigten Tatsachen abzuleugnen, daß im Westen Österreichs militärische Kriegsvorbereitungen getroffen werden und daß gleichzeitig und in Verbindung damit die Vorbereitungen für die Aufstellung eines österreichischen Bundesheeres schon sehr weit gediehen sind.

Ich werde die Tatsachen aufzeigen und mit Tatsachen Ihre lügnerischen Behauptungen widerlegen. (*Abg. Machunze: Aber nicht mit dem Weißbuch!*) Zunächst stelle ich fest, daß es nicht richtig ist, daß die militärische Ausrüstung der Exekutive erst Ende des vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem Oktoberstreik begonnen wurde, wie gestern der Herr Außenminister irreführenderweise darzulegen versucht hat. Schon bei der Budgetdebatte

über das Kapitel Inneres für das Jahr 1950 habe ich darauf hingewiesen, daß in Österreich nicht nur zügellose Kriegshetze betrieben wird, die für unser Land noch sehr gefährliche Auswirkungen haben könnte, sondern daß auch beschleunigte Vorbereitungen für den Kriegsfall selbst getroffen werden. Das habe ich im Dezember 1949 gesagt. Ich habe damals ferner gesagt, daß die in der Hitler-Zeit geschaffenen militärischen Objekte, wie Flugplätze, Munitionslager und Waffendepots, instandgesetzt, daß neue dazugebaut werden (*Abg. Frühwirth: Sie meinen wohl Döllersheim!*) und daß weiters seit zwei Jahren Vorbereitungen für die Aufstellung einer österreichischen Wehrmacht im Gange sind. Das sind Tatsachen, meine Herrschaften, die wir durch Dokumente und Photokopien belegen und die trotz aller Ableugungsversuche der Regierung und der Regierungsparteien, wie wir sie gestern hier wieder erlebt haben, Tatsachen bleiben.

Der Herr Abg. Dr. Koref hat sich gestern auf eine Einladung des amerikanischen Hochkommissars Donnelly an den sowjetischen Hochkommissar Swiridow berufen, eine Fahrt durch die amerikanische Besatzungszone zu machen. Koref hat daraus entgegen allem besseren Wissen die Schlußfolgerung abgeleitet, daß aus dieser Einladung schon die Tatsache hervorgeht, daß es in Westösterreich in der amerikanischen Zone keine Kriegsvorbereitungen geben kann. Ich stelle hier die Gegenfrage: Warum hat der amerikanische Hochkommissar Donnelly den Vorschlag des sowjetischen Hochkommissars Swiridow abgelehnt, eine Kommission aller vier Besatzungstruppen zusammenzustellen, die in allen vier Besatzungszonen kontrollieren soll, ob in irgendeiner Zone Kriegsvorbereitungen, wie behauptet wird, getroffen werden oder nicht? Warum, so frage ich mich, haben die Amerikaner diesen einleuchtenden Vorschlag abgelehnt, wenn sie nichts zu verbergen hätten? Da sie aber diesen Vorschlag ablehnten, spricht daraus das Gegenteil von dem, was Dr. Koref ableitet, nämlich, daß man ja etwas zu verbergen hat und daß tatsächlich Kriegsvorbereitungen im Westen getroffen werden. Das zeigt also, daß man allerhand zu verbergen hat beziehungsweise verbergen möchte, was an und für sich schon ein Unsinn ist, denn die österreichische Bevölkerung ist ja nicht blind. Sie sieht ja, was ringsherum vor sich geht. Sie hat ja auch die Manöver gesehen, sie sieht zu, wie in den Tiroler und Salzburger Bergen Betonunterstände zunächst zur Anlage von Munitions- und Lebensmittel-lagern gebohrt werden. Sie sieht also sehr wohl, was sich ringsherum tut. Dr. Koref hat gestern, wahrscheinlich als Gegenleistung für seine Amerikareise, eine sehr undankbare Aufgabe zur Erfüllung übernommen, nämlich

Tatsachen in ihr Gegenteil umzufälschen. So hat er auch bei der Budgetdebatte im vorigen Jahr erklärt, daß die österreichische Exekutive nicht einmal einigermaßen bewaffnet ist, daß sie nur über Holzprügel verfüge, die bei der leisesten Berührung zerbrechen und zerschellen. Er bezeichnete vor einem Jahr genau so wie gestern die von uns behauptete Remilitarisierung Westösterreichs und die Aufstellung der Kadertruppen für eine illegale österreichische Wehrmacht als kommunistische Lüge und Verleumdung, obwohl ihm als Eingeweihten die Tatsachen der Existenz einer solchen Truppe sehr wohl bekannt sind. Ich habe im Vorjahr bei der Budgetdebatte festgestellt, daß die zahlreichen Gendarmerieschulen besonders in Westösterreich zur Tarnung und Zusammenfassung militärisch auszubildender Einheiten dienen, daß Waffen, Munition und Kraftfahrzeuge sowie amerikanische Instrukturen für Ausbildungszwecke beigelegt werden, ferner daß in den westlichen Zonen bereits mehrere Bataillone dieser Truppen vorhanden sind, deren Stäbe bei den entsprechenden Gendarmeriekommanden eingebaut sind, und daß der Unterricht dieser Einheiten hauptsächlich auf den Barrikaden- und Straßenkampf, aber auch feldmäßig ausgerichtet ist. Wollen Sie von der Regierungskoalition etwa auch heute noch behaupten, daß diese Tatsachen keine Tatsachen, sondern nur kommunistische Erfindungen und Lügen sind (*Rufe bei SPÖ und ÖVP: Ja!*), jetzt, nach den kriegsmäßigen Manövern, die vor einigen Wochen in Westösterreich mit sehr viel militärischem Tschin-Bum und Trara stattgefunden haben? Daß Sie gestern dennoch den Versuch unternahmen, das Vorhandensein österreichischer militärischer Einheiten zu bestreiten; beweist nur, wie gering bei Ihnen die Wahrheitsliebe im Kurs ist.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Aufstellung eines österreichischen Heeres gehen, wie ich schon sagte, auf Jahre zurück. Schon im Jahre 1948 befaßte sich der der ÖVP nahestehende ehemalige Deutschmeister-Oberstleutnant Seifert mit Plänen für die künftige österreichische Wehrmacht, die nach seiner Meinung aus vielen kleinen beweglichen Einheiten, die in Grenzschutzbrigaden zusammengefaßt sind, und aus einer oder zwei schweren Divisionen in Zentralstellungen bestehen soll. Der General der ehemaligen österreichischen Wehrmacht, des österreichischen Bundesheeres, Otto Wiesinger beschäftigt sich in den „Österreichischen Monatsheften“ der ÖVP im November 1949 ebenfalls mit der Organisation des neuen österreichischen Heeres. (*Bundesminister Helmer: Der ist ja schon gestorben!*) 1949 — so weit geht das nämlich schon zurück — forderte er für die österreichische Armee acht

Divisionen, davon zwei zur unmittelbaren Verfügung der obersten militärischen Führung.

Die unter amerikanischer Lizenz in West-Berlin erscheinende Zeitung „Der Tagespiegel“ — sicherlich keine kommunistische Zeitung, sonst würde sie nicht unter amerikanischer Lizenz erscheinen können — schildert in einem Bericht vom 14. August 1951 aus Wien unter dem Titel „Die Verteidigung Österreichs“ ganz offen die militärischen Vorbereitungen, die von den Amerikanern in Österreich getroffen werden. Diese Zeitung schrieb: „Österreichs Beitrag sind die im vergangenen Jahr eingerichteten Gendarmerieschulen, die in Westösterreich unter den politisch verlässlichen jungen Männern ständig werben. Jede der drei westlichen Zonen hat ein solches Ausbildungslager, und der gesamte Stand der bereits felddiensttauglichen Gendarmerietruppen (neben denen es noch die normalen Sicherheitstruppen gibt)“ — also hier wird ganz genau gesagt, daß es sich um etwas außerhalb der normalen Exekutive handelt — „beträgt immerhin“ — so schreibt die Zeitung — „schon rund 8000 Mann. Die von amerikanischen Instrukturen ausgebildeten Einheiten“ — schreibt diese Zeitung weiter — „haben deutsche und amerikanische Infanteriewaffen, Granatwerfer und amerikanische Panzerspähwagen.“ Bei den Manövern vor einigen Wochen konnte man alle diese Waffengattungen sehen. „Sie sind als integrierender Bestandteil der grundsätzlich bewilligten österreichischen Armee“ — wo grundsätzlich bewilligt? Auf Grund der vereinbarten Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages, der noch gar nicht in Geltung ist? — „anzusehen und sollen trotz dem Protest der Russen für Grenzschaufgaben verwendet werden. Da es sich um Soldaten mit Kriegserfahrung und genauer Ortskenntnis handelt, ist ihr Wert für die Zukunft recht hoch einzuschätzen.“ So diese Zeitung.

Der „Daily Telegraph“ vom 25. April 1950 schreibt — der Artikel stammt von Generalleutnant Martin —: „Ich erinnere daran,“ — so schreibt dieser englische General — „daß in Österreich bis auf den heutigen Tag eine von den Amerikanern mit Waffen ausgerüstete Gendarmerie besteht, die als Stamm für die zukünftige österreichische Armee dienen wird.“

Die westdeutsche Zeitung „Rheinischer Merkur“ läßt sich aus Wien berichten, daß die Aufstellung einer österreichischen Armee mit den Amerikanern vereinbart wurde. Sie schreibt weiter: „Ein österreichisches Sachverständigenkomitee, Keimzelle eines künftigen Kriegsministeriums, hat in aller Stille die

2512 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Vorarbeiten für die Aufstellung eines 50.000 Mann-Heeres vollendet. Die neue österreichische Wehrmacht soll genormtes amerikanisches Kriegsmaterial, Panzeabwehrkanonen, Jeeps“ — und andere schwere Waffen — „erhalten.“ Der „Rheinische Merkur“ verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen „Geheimbeförderungen ehemaliger österreichischer Offiziere in den Generalsrang“, und zwar erfolgen diese Beförderungen unter dem Titel „Hofrat“. (*Abg. Machunze: Generalhofrat! — Heiterkeit.*) Wir werden darüber noch reden. Wir haben schon vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Beförderung hoher Beamter — wir wußten bis dahin nur von den Vorgängen in der Bundesgebäudeverwaltung II — Militärcharakter hatten. Um die Besetzung der Offiziersposten entspann sich zwischen den beiden Parteien der Regierungskoalition ein Kampf, besonders um die oberste Leitung, in den sich auch der VdU einzuschalten versuchte.

So fordert zum Beispiel „Der Alpenruf“ schon am 24. Dezember 1949 in dem Artikel „Rund um das neue Bundesheer“: „Offiziere und Unteroffiziere — das Rückgrat eines Heeres — müssen eine besonders gediegene, vollwertige Vorbildung für den ihnen zukommenden Wirkungskreis haben, charakterlich nach jeder Richtung hieb- und stichfest sein und schließlich, sofern sie Abteilungs-, Truppen- oder gar höhere Kommandos bekleiden sollen, unbedingt persönliche Erfahrungen aus dem letzten Krieg besitzen und ihn“ — diesen letzten Krieg, diesen hitlerischen Raubkrieg — „in Ehren mitgemacht haben. Für die Führer höherer Verbände (Brigade, Division) muß eine gediegene generalstabmäßige Vorbildung oder zumindest eine hervorragende Leistung in der Truppenführung des vergangenen Krieges zusätzlich gefordert werden.“ Die so „vielseitig erprobten“ Offiziere der Hitler-Armee wären demnach nach der Meinung des VdU die geeigneten Kommandeure der neuen österreichischen Wehrmacht.

Vor kurzem hat der Österreichische Friedensrat in einem Weißbuch, das beim Herrn Staatssekretär Graf einen Wutausbruch auslöste, sowohl die kadermäßigen Vorbereitungsarbeiten für das Bundesheer wie auch sonstige militärische Kriegsvorbereitungen im Westen Österreichs an Hand von vielen Dokumenten und Photokopien enthüllt. Wer sich überzeugen will — hier sind die Dokumente, die die gestrigen Behauptungen, daß es im Westen Österreichs keine solchen Kriegsvorbereitungen gäbe, Lügen strafen. Daraus geht hervor, daß die Dienststellen, die sich mit dem Aufbau des Bundesheeres und dem

Bau militärischer Anlagen beschäftigen, auf die verschiedenen Ministerien verteilt sind, selbstverständlich unter Bezeichnungen, die ihren wahren Charakter verdecken sollen.

Mit der Aufgabe der Registrierung der Offiziere und Offiziersanwärter für das kommende Bundesheer wurde die Pensionsabteilung A im Finanzministerium betraut; an der Spitze dieser Abteilung steht Hofrat, früher General, Liebitzky. Mit den Fragen der inneren Organisation der kommenden Armee ist im Innenministerium zur besonderen Verwendung Hofrat, früher General, Anton Sichelstiel betraut. Außerdem beschäftigen sich noch mehrere Abteilungen des Innenministeriums mit der Aufstellung des Bundesheeres. Die Fragen der Truppenunterkünfte und Militärbauten unterstehen der Abteilung 5 a im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau; an der Spitze dieser Abteilung steht Ministerialrat Josef Salvaberger, Ing.-General im alten Bundesheer. Dieser Abteilung unterstehen die Bundesgebäudeverwaltungen II, die es in jedem Bundesland gibt; an der Spitze der Bundesgebäudeverwaltung II steht Hofrat General Arnold Bodenstein, Wien. (*Abg. Dr. Gorbach: Generaloberst!*) Der Bundesgebäudeverwaltung II sind die einzelnen Gebäudeverwaltungen untergeordnet; diese werden ausschließlich von ehemaligen Militärbeamten der österreichischen und der Hitler-Wehrmacht geleitet. (*Abg. Dr. Gorbach: Trotzdem ist noch kein Marschall dabei! — Abg. Ernst Fischer: Der Europa-Marschall!*) In den einzelnen Gebäudeverwaltungen der Bundesländer befinden sich geheime Abteilungen unter dem Titel „Planarchiv“. In diesen Planabteilungen werden die Pläne für die künftigen Kasernen, Truppenübungsplätze und Kraftfahrparks verfertigt. Dort werden auch die detaillierten Anweisungen ausgearbeitet, welche Truppenkörper in den einzelnen Objekten unterzubringen sind. Die Kader für das neue Bundesheer werden in den sogenannten Gendarmerieschulen vorbereitet, von denen es, wie ich schon sagte, im Westen Österreichs in jedem Bundesland mehrere gibt, deren Insassen von amerikanischen Instruktoren in der Handhabung der verschiedensten Waffen ausgebildet werden.

Nach der Standesübersicht des Bundesministeriums für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zahl 208.150/5/51, beträgt der Systemisiertenstand der Gendarmerie 10.747 Mann; dazu kommen noch rund 500 Vertragsangestellte. Das ist die legale Gendarmerie, für deren Erhaltung im Bundesvoranschlag auch Vorsorge getroffen worden ist. Außerhalb dieses Systemisierten-

standes jedoch wird die von den Amerikanern geforderte Übergangswehrmacht im Umfang von annähernd 8000 Mann aufgestellt. (*Abg. Machunze: Einschließlich der berittenen Gebirgsmarine! — Heiterkeit.*) Schauen Sie, Sie werden ja alles bestreiten. Das ist ja Ihre Aufgabe, die Sie Ihrem Auftraggeber gegenüber zu erfüllen haben. Die Angehörigen dieses Mannschaftsstandes sind keine Angehörigen des Beamtenstandes, sondern sie sind Vertragsbedienstete mit einem zehnjährigen Vertrag, der dem des ehemaligen österreichischen Bundesheeres entspricht. Sie erhalten eine rein militärische Schulung. (*Abg. Geisslinger: Wieviel Marschälle sind dabei? — Abg. Ernst Fischer: Graf bereitet sich schon vor! Der Marschall von Europa! Der Marschall des Antikommunismus!*) Eine Ausbildung im Strafrecht oder in der Verkehrsregelung erhalten sie nicht. Sie wissen selbst, daß sie keine Gendarmen sind, denn es wird ihnen von ihren Instruktoren ja immer wieder eingepaukt, sie seien die Elite des zukünftigen Bundesheeres. Die im geheimen durchgeführte Aufstellung des österreichischen Bundesheeres ist seit Jahren, mindestens seit 1949, im Gange. Die Gendarmerie in Westösterreich ist die Keimzelle, mit Salzburg als organisatorischem Zentrum. In der Führung dieser geheimen Wehrmachtsteile spielt der Landesgendarmerie-Kommandant Oberst Dr. Mayr, der in den USA eine mehrmonatige Ausbildung erhalten hat, eine große Rolle. Ein Ministerkomitee ... (*Bundesminister Helmer: Nicht ein Wort ist wahr!*) Ihr werdet alles bestreiten! Ihr bestreitet ja auch das, was hier dokumentarisch festgehalten ist. (*Abg. Ernst Fischer: Der Helmer möchte am liebsten die eigene Existenz bestreiten! — Weitere Zwischenrufe.*) Schrittweise ist die österreichische Bundesregierung auf dem Wege der Aufstellung eines Schwarzen Bundesheeres, einer illegalen Wehrmacht immer weiter gegangen. Dabei ist der Plan jener Offizierskreise zur Anwendung gelangt, der den Aufbau des Bundesheeres in drei Phasen vorgesehen hat.

Als am 2. Oktober dieses Jahres die ersten vollmilitärischen Manöver in Wels unter den Augen der amerikanischen Beobachter durchgeführt wurden, konnte man die erste Phase im Aufbau des Bundesheeres als abgeschlossen ansehen. (*Abg. Geisslinger: War der Herr Honner dort als Beobachter?*) Der Charakter dieser Manöver wird deutlich durch einen Bericht der „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 3. Oktober dieses Jahres, in dem es heißt: Gestern vormittag störten „plötzlich Gewehrschüsse, Maschinengewehrfeuer und das knappe Bellen der 3·7 cm-Geschütze die friedliche Ruhe des herbsthlichen

Landes“. (*Abg. Geisslinger: Wie in Niederösterreich!*) „Das Alarmbataillon Oberösterreich und Salzburg der Bundesgendarmerie, bestehend aus Mitgliedern der Gendarmerieschulen Linz, Ebelsberg, Stadl-Paura und Steyr, hatte seine erste feldmäßige Übung durchgeführt.“ Sämtliche Gendarmen bei diesen Manövern waren in voller Feldausrüstung. (*Abg. Frisch: Na, was denn, soll'n's im Frack kommen? — Heiterkeit.*) Über 90 Fahrzeuge amerikanischer Herkunft, und zwar Jeeps, Transportfahrzeuge, Geländewagen mit Funkgeräten und Panzerspähwagen, nahmen an diesen Übungen teil.

Welcher Geist bei den Kadertruppen für das kommende österreichische Bundesheer gezüchtet wird, darüber geben die Berichte über die Fahnenübergabe an das Alarmbataillon Oberösterreich-Salzburg Aufschluß, die vom Innenminister Helmer selber vorgenommen wurde. Da heißt es: „Über dem Wächterhaus am Lagereingang ist die Lagerwache mit Stahlhelm und ‚Bajonett auf‘ — vorne mit dem Wachkommandanten und Hornisten — aufgestellt. Als das Auto des Innenministers eintraf, blies der Hornist den altösterreichischen Generalsruf“ (*Rufe: Bravo! Bravo! Recht so! — Heiterkeit*) „und die Wache präsentierte das Gewehr — ganz wie in den Zeiten der Monarchie.“ So wird es hier festgestellt. (*Abg. Ernst Fischer: Gott erhalte, Gott beschütze den Oskar Helmer! — Heiterkeit.*)

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Gleißner, sagte in seiner Ansprache an die paradierende Truppe: „Ihr seid die Grenadiere Österreichs und das Sturmbataillon für die Zeiten, wenn es wieder gewittert.“ Deutlicher kann man die Funktion schon nicht mehr umschreiben.

Der Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Klaus, erklärte (*andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen*): „Die Gendarmerie ist heute der Träger der österreichischen Tradition,“ (*Rufe: Jawohl! Jawohl!*) „des Schutzes des Vaterlandes und der altösterreichischen Tapferkeit.“ (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Minister Helmer selbst gab offen zu, daß es sich bei dieser Gendarmerie um die Kerntruppe einer österreichischen Armee handelt, und hob hervor, daß uns niemand verwehren könne, rechtzeitig vorzusorgen (*Rufe bei den Regierungsparteien: Sehr richtig!*), „daß die Truppe sowohl für den Grenzschutz“, so sagte Helmer, „aber auch,“ — und das muß festgehalten werden (*andauernde Zwischenrufe*) — „wenn es die Regierung für nötig hält, im Innern eingesetzt werden soll.“

Hier haben wir also die zweite Bestätigung — neben der des Außenministers nun

auch die vom Innenminister — dafür, daß die Exekutive nicht zuletzt zur Niederknüpfung der um Lohn und Brot kämpfenden Arbeiter eingesetzt werden soll. (*Andauernde Zwischenrufe.* — *Abg. Reismann: Glaubt ihr, wir lassen uns von eurem Werkschutz niederschlagen?* — *Abg. Geisslinger: Zwischen Arbeitern und Straßenräubern ist ein Unterschied!*)

Ja, wir kennen euch (*erregte Zwischenrufe und Gegenrufe*), wenn ihr könntet, wie ihr möchtet, dann würdet ihr die Demokratie heute lieber denn morgen zu Grabe tragen! (*Heftiger Widerspruch bei den Regierungsparteien.*) Wir kennen euch, sehr verehrte Brüder, aus einer nicht allzu fernen Vergangenheit! (*Andauernde heftige Zwischenrufe und Gegenrufe.* — *Abg. Koplénig: Dafür müssen die Arbeiter Lohnsteuer zahlen!* — *Präsident Böhm gibt wiederholt das Glockenzeichen.* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

Abg. Honner (*fortsetzend*): Sie werden sich angewöhnen müssen, auch die Meinungen anderer anzuhören. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Sie glauben, nur Sie können hier reden und andere sollen schweigen. Da werden Sie sich aber täuschen! (*Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe.* — *Rufe: Gott erhalte!*) Das „Gott erhalte“ kennen Sie sicher noch sehr gut aus Ihrer Jugendzeit! (*Abg. Geisslinger: Natürlich!* — *Heftige Zwischenrufe und Gegenrufe.* — *Abg. Altenburger: Gott schütze uns vor euch und euren Kohorten! Gott schütze uns vor der Kolonne Honner!* — *Abg. Ernst Fischer: Das glaubt ihr doch selber nicht!* — *Abg. Koplénig: Sie braucht Gott nicht schützen!* — *Lebhafte Zwischenrufe.*)

Die kriegerischen Reden, wie sie bei der Fahnenübergabe in Ebelsberg bei Linz gehalten wurden, fügen sich ausgezeichnet in den Rahmen der sonstigen militärischen und kriegerischen Vorbereitungen ein, die im Westen unseres Landes — entsprechend dem Plane, Österreich zur „Alpenfestung“ eines dritten Weltkrieges auszubauen — getroffen werden. (*Heftiger Widerspruch bei den Regierungsparteien.*) Ich stelle dies fest und ich werde es immer wieder feststellen, auch wenn Sie es tausendmal zu leugnen versuchen!

Dr. Koref und Dr. Gruber wie auch einige andere Redner der Regierungskoalition haben sich gestern und schon vom ersten Tag der Budgetdebatte angefangen sehr angestrengt, die Existenz solcher Pläne zu leugnen, obwohl amerikanische Zeitungen und amerikanische Politiker ganz offen darüber schreiben und

reden. (*Zwischenrufe.*) Sie wollen eben päpstlicher sein als der Papst, von dem Sie die Aufträge empfangen.

In den Rahmen der psychologischen Kriegsvorbereitungen gehören neben der Russenhetze und den Haßgesängen gegen die Volkdemokratien auch die Reden diverser politischer und sogenannter unpolitischer Persönlichkeiten, wie sie anlässlich der vielen Kriegerdenkmal-Enthüllungen und Helden Ehrungen auf Kameradschaftsabenden gehalten werden — Veranstaltungen, die im Westen Österreichs sehr zahlreich sind. Es sind Reden, die durchwegs mit sehr lauten Appellen an den „Frontgeist“, an die „Frontkameradschaft“, an „soldatisches Heldentum“ und sonstige kriegerische Tugenden verbunden sind.

Sie finden ihre Ergänzung — ihre würdige Ergänzung, möchte ich sagen! — durch solche Erklärungen, wie sie der Herr Abg. Raab, der Chef der Österreichischen Volkspartei, auf dem steirischen Landesparteitag der Österreichischen Volkspartei offenbar zur Beruhigung der erregten Gemüter abgegeben hat, daß nämlich die Österreicher im Waffenrock der Hitler-Wehrmacht nichts anderes als ihre Pflicht getan haben. Die Resonanz, die diese Erklärung des Herrn Ing. Raab in den Kreisen des Neofaschismus und der Kriegshetzer gefunden hat, ist ein Beweis dafür, daß die Erklärung Raabs so verstanden wurde, wie sie auch gemeint war. (*Abg. Dr. Gorbach: Na und?*) Na und! (*Abg. Seidl: Wenn aber der SS-Mann zur Kommunistischen Partei geht, das rührt euch gar nicht!* — *Gegenrufe beim Linksblock.*) Ein sehr wertvolles Eingeständnis! Wir wissen, was sie damit beabsichtigen, und wir wissen ganz genau, daß sich die Regierungserklärungen in den allgemeinen Rahmen der allgemeinen Vorbereitungen einfügen. (*Abg. Altenburger: Siehe Nationale Liga!*)

Zu den Vorbereitungen für den Kriegsfall gehört auch die Tätigkeit des Staatssekretärs Graf, der sich, wenn er nicht gerade mit Hetzreden gegen die Sowjetunion und die Volkdemokratien beschäftigt ist, mit der Organisation von Kameradschaftsbünden und Soldatenbünden befaßt, die ihrer ganzen Zielsetzung nach nichts anderes als eine Reservearmee für den Ernstfall darstellen. (*Abg. Dr. Gorbach: Klare Fronten!*)

Alle diese Dinge zusammengenommen: die Militarisierung der Exekutive, der Aufbau einer österreichischen Wehrmacht unter amerikanischer Kontrolle und unter amerikanischem Oberbefehl, der beschleunigte Ausbau Westösterreichs nach den Plänen des Hitler-Generals zur Alpenfestung der imperialistischen Kriegsbrandstifter, die Erklärungen des Herrn

Staatssekretärs Graf über die Ergebnisse seiner jüngsten Romreise zusammen mit seinem Parteichef Raab, gerade zur Zeit der Tagung des Rates der Atlantikstaaten — auf diese Erklärung werde ich noch zurückkommen — und die gestrigen provokatorischen Ausfälle Dr. Korefs wie die heutigen des Abg. Ludwig gegen die Sowjetunion zeigen klar und eindeutig, daß sich die österreichische Regierungskoalition mit Haut und Haaren der Kriegspolitik der amerikanischen Kriegsprovokateure verschrieben hat. (*Abg. Geisslinger: So ein Vaterlandsverräter! Ein Hetzer gegen die eigene Heimat! — Abg. Ernst Fischer: Ihr seid nicht die Heimat! — Abg. Koplenig: Ihr habt die Heimat zugrunde gerichtet!*)

Der Abg. Dr. Pittermann hat diese Tatsache ... (*Anhaltende Zwischenrufe bei den Regierungsparteien. — Gegenrufe beim Linksblock. — Abg. Koplenig: Ihr wart schon einmal die Totengräber Österreichs! — Abg. Ernst Fischer: Ihr seid die Verderber Österreichs! — Abg. Altenburger: Ich würde mich schämen!*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (*Abg. Altenburger: Der Sohn eines Generals! Das ist eine Schande!*)

Abg. **Honner** (*fortsetzend*): Der Abg. Doktor Pittermann... (*Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Herr Kollege Altenburger, Sie wird noch einmal der Schlag treffen! (*Zwischenrufe.*) Abg. Dr. Pittermann hat diese Tatsache am ersten Tag der Budgetdebatte nicht nur bestätigt, sondern durch seinen kategorischen Appell zur Fortführung der Politik des Kalten Krieges nur noch unterstrichen. Der frenetische Beifall, den dieser Appell in den Bänken der Regierungskoalition und des VdU gefunden hat, zeigt mit aller Klarheit, welcher Geist in diesem Hause herrscht. (*Zwischenrufe.*) Für das österreichische Volk ist es ein Warnungssignal, den Vorgängen im Hause der Gesetzgebung von nun ab eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Wenn ihr Sozialisten in diesem Hause noch vernünftigen Erwägungen zugänglich wäret, dann müßte euch zumindest die bereitwillige Zustimmung des Dr. Kraus vom VdU und des ehemaligen SS-Offiziers Grafen Strachwitz (*Abg. Strachwitz: Sie irren!*) zu einem gemeinsamen Vorgehen mit euch in der Front des Kalten Krieges in dieser Frage sehr nachdenklich stimmen. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Angesichts dieser Tatsache bleibt uns nichts anderes übrig, als nochmals mit aller Eindringlichkeit die Regierung und die Regierungsparteien vor einer Fortsetzung dieser ameri-

kanischen Kriegspolitik zu warnen, die nur ein Ergebnis haben könnte: Österreich und sein Volk in eine fürchterliche Katastrophe, ins Verderben zu stürzen. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, was selbst amerikanische Politiker bereits offen zugeben, daß nämlich Amerika den Kalten Krieg heute bereits verloren hat. (*Abg. Geisslinger: Armes Amerika!*) Nicht nur, weil, wie Dr. Koref gestern sagte, das amerikanische Volk keinen Krieg, sondern den Frieden will, sondern auch, weil die Völker der Atlantikstaaten nicht bereit sind, sich für die Interessen der amerikanischen Mammutkonzerne dem Verderben auszuliefern. (*Abg. Geisslinger: Also warum die Aufregung?*) Sie nehmen ja diese Tatsache noch nicht zur Kenntnis, Sie glauben ja noch immer, daß die Zeit vom vorigen Jahr da ist! (*Abg. Altenburger: Und Sie glauben, daß die Zeit von 1945 wieder kommen wird!*) Daß unter diesen Umständen die amerikanischen Imperialisten bei einem Heißen Krieg, auf den Sie von der Regierungskoalition offenbar Ihre letzten Hoffnungen setzen (*lebhaftes Zwischenrufe*), Ihre letzten Hoffnungen aufbauen, denn nur so und nicht anders ist Ihr warmes Eintreten für die Fortführung und Steigerung der Politik ... (*Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: Ihr wollt wieder eine Villa! — Abg. Koplenig: Nach 1945 war die Zeit der „Krauländer“! — Abg. Geisslinger: Warum tut euch die Villa so weh? Wie schön ist das für einen Proletarier, eine Villa!*)

Präsident **Böhm** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (*Anhaltende lebhaftes Rufe und Gegenrufe.*)

Abg. **Honner** (*fortsetzend*): Denn nur so, meine Herren, ist die Politik der Fortführung und Steigerung des Kalten Krieges verständlich. (*Neuerliche Zwischenrufe bei ÖVP und Linksblock.*) Wenn es aber zum Heißen Krieg kommt, ist es klar, daß diesen die Amerikaner ebenso verlieren werden, wie ihn das Deutschland Hitlers verloren hat.

Das österreichische Volk will weder den Kalten noch den Heißen Krieg, weil es sehr genau weiß, daß Österreich das erste Schlachtfeld und das österreichische Volk das erste totale Opfer in einem solchen dritten Weltkrieg sein würde! (*Abg. Altenburger: Nur mit eurer Politik!*) Österreichs Jugend und Männer haben keine Lust, für die Interessen der amerikanischen Monopolkapitalisten den „Heldentod“ auf fremden Schlachtfeldern in fremden Ländern zu sterben. (*Ruf bei der ÖVP: Aber für andere auch nicht!*) Unsere Mütter haben andere Sorgen als die Sehnsucht, mit ihren Kindern im Bombenhagel und in zusammenstürzenden Mauern elend ihr Leben

2516 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

auszuhauchen! (Abg. Geisslinger: Das brauchen Sie uns nicht zu erzählen, Herr Honner! — Weitere Zwischenrufe.)

Deshalb ist die große Mehrheit unseres Volkes auch gegen die Aufstellung eines österreichischen Bundesheeres, das auch ein Heidengeld kostet; es ist der Meinung, daß man dieses Geld besser zur Erhöhung der Renten der Opfer des zweiten Weltkrieges, unserer Alters- und Arbeitsinvaliden, für Mutter- und Säuglingsschutz, für Kinder- und Jugendfürsorge und nicht zuletzt auch zur Erhöhung der Hungergehälter der Staatsbeamten und der Angehörigen der staatlichen Exekutive verwenden soll.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurde von seiten der Sozialistischen Partei und der Volkspartei in beredten Worten Klage über die schlechte Entlohnung der Männer der Exekutive geführt. Ersparen Sie das Geld für den Ausbau eines österreichischen Bundesheeres (Abg. Geisslinger: Das würde euch passen!), verwenden Sie es für die Zwecke, die ich vorhin genannt habe! Aber dafür haben Sie kein Geld. (Ständige Zwischenrufe.) Wir fürchten euch auch mit dem Bundesheer nicht. Wir haben auch samt dem Bundesheer keine Angst vor euch. (Abg. Geisslinger: Alle 14 Tage machen wir einen Oktober 1950!)

Jetzt wird den Arbeitern und Angestellten wohl auch klar werden, warum sie heute, mehr als sechs Jahre nach Beendigung des Hitler-Krieges und dem Untergang dieses verurteilten Mörderregimes, noch immer die Nazi-Steuer bezahlen müssen: weil ein erheblicher Teil dieser Einnahmen eben für diese unnützen Zwecke verausgabt wird. (Ruf bei der SPÖ: Zum Beispiel für die Besatzungskosten! — Weitere erregte Zwischenrufe.)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Aber meine Herren!

Abg. Honner (fortsetzend): Wenn Sie von der Regierungskoalition entgegen dem klaren Willen des österreichischen Volkes ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Es ist dem Redner unmöglich, sich verständlich zu machen. (Neuerliche Zwischenrufe der Abg. Altenburger und Geisslinger.) Ich möchte bitten, Herr Abg. Altenburger! (Abg. Geisslinger: Was ist mit der Besatzungssteuer? — Abg. Koplénig: Wo kommen die Steuern hin? Zur Aufrüstung und in die Taschen der „Krauländer“!)

Abg. Honner (fortsetzend): Herr Geisslinger und Herr Altenburger, ich möchte Ihnen etwas sagen. Wir hören uns die gemeinsten und niederträchtigsten Beschimpfungen an. Hören Sie auch, was wir zu sagen haben!

(Neuerliche erregte Zwischenrufe des Abg. Altenburger.)

Präsident Böhm: Herr Abg. Altenburger!

Abg. Honner (fortsetzend): Ihn wird noch der Schlag treffen. Ich fürchte sehr, er überlebt die Budgetdebatte nicht! (Abg. Ernst Fischer: Der Altenburger ist ja nervenkrank, er braucht ja eine Behandlung! — Abg. Altenburger: Sie haben ja keine Nerven mehr! Eine Schande, daß so etwas da sitzt!)

Wenn Sie, meine Herren von der Regierungskoalition, entgegen dem klaren Willen des österreichischen Volkes von der Politik der Eingliederung unseres Landes und des österreichischen Volkes in den amerikanischen Kriegsblock nicht ablassen werden, wenn Sie, statt einer Völkerversöhnung und einer Völkerverständigung das Wort zu reden, in die Haßgesänge der Kriegshetzer weiter einstimmen werden, dann ist Ihnen nicht zu helfen. Dann müssen Sie aber auch gewärtig sein, daß das österreichische Volk Sie eines Tages für Ihre volksfeindliche und antiösterreichische Politik zur Verantwortung zieht. (Abg. Altenburger: Sie sind schon zur Verantwortung gezogen worden!)

Nun zu einigen anderen Fragen des Ressorts des Innenministeriums. In den Presseveröffentlichungen über die Beratungen des Kapitels Inneres im Finanz- und Budgetausschuß wurde gesagt, daß vom Wachmann bis zur Preissenkung alle Fragen von Bedeutung behandelt worden sind. Ich greife nun einige davon heraus.

Zu den entscheidenden Aufgaben des Innenministeriums gehört die Sicherung der demokratischen Entwicklung unseres Landes und als Voraussetzung dafür die Liquidierung der Überreste des Faschismus und der faschistischen Ideologie (Ruf: Einschließlich der KPÖ), der Schutz der Gesinnungs- und Meinungsfreiheit und der verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger überhaupt. Die Vertreter der Regierungskoalition reden zwar sehr viel von Demokratie und über die Demokratie, aber die Praxis schaut wesentlich anders aus. Wie die Praxis unserer parlamentarischen Demokratie aussieht, darüber hat der Herr Präsident Kunschak, dessen Objektivität und Autorität auch wir vom Linksblock anerkennen, ein Urteil abgegeben, das allerdings für die Regierungskoalition nicht ganz schmeichelhaft ist.

Was weiter noch zu diesem Kapitel zu sagen war, hat gestern schon mein Parteifreund Fischer gesagt, und wenn es noch eines weiteren Beweises für die Richtigkeit der Kritik an der von Ihnen so gepriesenen Parlamentsdemokratie in Österreich bedurft hätte, dann

haben Sie diesen durch Ihr unqualifizierbares Verhalten im bisherigen Verlauf der Budgetdebatte geliefert. Sie reden von Demokratie und Meinungsfreiheit, aber das hindert Sie nicht im geringsten, auch die sachlichste und berechtigste Kritik an Ihrer Politik mit einem Wutgeheul und mit den unflätigsten persönlichen Beschimpfungen der Abgeordneten des Linksblocks zu beantworten. Sie klagen darüber, daß die Tätigkeit der Volksvertreter im Volk selbst so wenig Resonanz findet, aber Sie selber entwürdigen deren Ansehen durch die Art, wie Sie sich hier benehmen. Den Zuhörern auf den Tribünen muß ja die Schamröte ins Gesicht steigen (*Abg. Altenburger: Über Ihre Rede! — heftige Zwischenrufe — Präsident Doktor Gorbach, der den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen*), wenn sie sich das anhören und wenn sie sehen, wie es hier zugeht! Dann wundert ihr euch, wenn diese Art von Demokratie, wie ihr sie versteht, im Volk selbst auf immer größere Ablehnung stößt! (*Zwischenrufe.*)

Wenn ihr aber glaubt, meine Herren von der Regierungskoalition, daß wir Abgeordneten vom Linksblock uns durch euer ohnmächtiges Wutgeheul und durch eure perfiden Beschimpfungen einschüchtern lassen, dann befinden Sie sich in einem großen Irrtum. (*Abg. Geisslinger: Und ihr befindet euch in einer Demokratie, sonst könntet ihr euch das nicht erlauben!*) Sie können, Herr Abg. Geisslinger, brüllen, wie Sie wollen (*Abg. Geisslinger: Ihr könnt ja unverschämt sein, wie ihr wollt, euch geschieht ja nichts!*), das wird uns keineswegs abhalten, Ihnen die verdienten Wahrheiten ins Gesicht zu schleudern! (*Erneute Zwischenrufe.*) Ich verstehe, meine Herren, daß im Lager der Regierungskoalition und auch auf den Bänken des VdU die Nervosität herrscht, die euch schon am ersten Tag der Budgetdebatte ergriff und scheinbar nicht mehr losläßt. (*Abg. Ernst Fischer: Der Altenburger ist ja nervenkrank, er gehört behandelt!*)

Wir wissen zum Beispiel um die Vorgänge in der Sozialistischen Partei und wir wissen, daß der Druck von unten gegen die Parteiführung immer stärker, immer energischer wird. Wir hörten auch von den Vorgängen auf den diversen Landesparteitagen der ÖVP und von dem in Graz und anderswo heraus hörbaren Schrei nach Verjüngung der Führung der ÖVP. Und beim Bundesparteitag des VdU, der vor einer Woche stattgefunden hat, konnte der gegenwärtige Vorsitzende Doktor Kraus nur mit vielen Schiebungen und dem Einsatz verschiedener Kräfte noch eine knappe Mehrheit erringen. (*Abg. Geisslinger: Bei*

euch vier Manderln ist das nicht so tragisch, die bringt man leichter unter!) Wir verstehen, daß Sie sich in Ihrer Haut nicht wohl fühlen. Deswegen seid ihr alle nervös. Aber ich kann euch versprechen, daß wir dafür sorgen werden, daß sich eure Aufregung noch steigern wird! (*Abg. Altenburger: Kominform gelenkt, müßt ihr dafür sorgen!*)

Die Betriebsratswahlen, die jetzt angegangen sind, haben zur Dezimierung vieler Positionen der ÖVP und zur Halbierung und oft mehr des VdU geführt. Wir werden dafür sorgen, daß die Vorgänge in der gegenwärtigen Budgetdebatte bei den noch bevorstehenden Betriebsratswahlen den Arbeitern bekannt werden, insbesondere auch das, was gestern Gruber über den Zweck der Exekutive gesagt hat, und die Schimpfnamen, die er gegen streikende Arbeiter anwendete. (*Abg. Altenburger: Nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die von Ihnen Irreführten! — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Ja, wir wissen, ihr streitet es nachher ab! (*Abg. Altenburger: Die Sie denunziert haben!*) Ihr glaubt wohl, daß wir in dem Wirbel, den ihr inszeniert, nicht hören, was ihr hier sagt! (*Abg. Altenburger: Die von Ihnen Irreführten!*) Und ihr habt während dieser Tagung vieles gesagt, was euch unangenehm ist. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: Die ihr nach Rußland verschleppt habt! Die heute noch draußen sind! — Abg. Ernst Fischer: Sie kleine Atombombe, explodieren Sie nicht! — Abg. Altenburger, der seinen Platz verlassen hat und in drohender Haltung auf den Abg. Ernst Fischer zugeht: Die heute noch in Rußland sind! Die Sie denunziert haben!*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abg. Altenburger! Wo ist der Klubordner? (*Zwischenrufe.*) Ich bitte den Klubordner, die Ordnung herzustellen. (*Ordner Abg. Seidl führt Abg. Altenburger, der weitere heftige Zwischenrufe macht, zu seinem Platz zurück. — Unruhe. — Abg. Ernst Fischer: Zahlt ihm einen Nervenarzt! Der gehört doch ins Sanatorium! — Abg. Altenburger, der neuerlich auf den Abg. Ernst Fischer zugeht: Sie werden bald im Sanatorium sein, aber von mir! — Abg. Geisslinger und andere Parteigenossen beruhigen den Abg. Altenburger und führen ihn wieder auf seinen Platz.*)

Abg. Honner (*fortsetzend*): Ich muß, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch einiges zu der Art der Kritik sagen, die gestern der sozialistische Abg. Eibegger an uns geübt hat und die nur von persönlichen Beschimpfungen getragen war. Der Abg. Eibegger, von dem selbst manche seiner eigenen Parteigenossen sagen, daß man, wenn man

2518 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

das „Ei“ von seinem Namen wegläßt, den Menschen vor sich hat, der mit einer bestimmten Krankheit behaftet ist, hat gestern in seinen Ausfällen gegen die Kommunisten eine Theorie entwickelt, und diese Theorie wurde heute von Herrn Professor Ludwig weiterentwickelt und auf das internationale Gebiet übertragen. Auch andere haben diese Theorie entwickelt, die — ich möchte es offen sagen — eines Tages für unseren Staat nicht weniger nachteilige Folgen haben könnte als die Mißachtung der internationalen Regeln und Verpflichtungen. Die Theorie von Eibegger und anderen ist die Theorie von den kommunistischen Hochverrätern, die nicht von dem Willen des österreichischen Volkes, sondern von dem einer auswärtigen Macht abhängig sind, so daß sie eigentlich in diesem Hause nichts zu suchen hätten.

Der Abg. Ludwig hat heute geglaubt, er kann uns provozieren, wenn er an jeden Satzbeginn die Worte „Fünfte Kolonne“ setzt. Wir lassen uns, meine Herrschaften, von Ihnen nicht provozieren, wir werden Ihnen sachlich gegenüberreten und Ihnen die Wahrheit sagen, das, was notwendig ist, um Sie zur Besinnung zu bringen. (Abg. Seidl: *Ihr habt das zu sagen, was ihr aufgetragen bekommt!*) Ich werde mich, meine verehrten Damen und Herren, nicht gegen den Vorwurf „Hochverräter“ zur Wehr setzen, denn man braucht ja nur einige Jahre in der Geschichte unseres Landes zurückblättern, um herauszufinden, wer die Hochverräter sind und auf welchen Bänken in diesem Hause sie sitzen. (Ständige Zwischenrufe des Abg. Altenburger.)

Wir Kommunisten haben unsere Liebe zu Österreich (*ironische Heiterkeit*) in den Jahren des schwarz-grünen und des braunen Faschismus unter Beweis gestellt! (Stürmische Zwischenrufe.) Wir haben sie unter Beweis gestellt zu einer Zeit, meine Herrschaften, als manche von Ihnen die Annexion unserer Heimat durch Hitler-Deutschland mit freudigem Herzen bejaht haben! Wir Kommunisten haben unsere patriotische Gesinnung durch unseren unentwegten Kampf in- und außerhalb des Landes bewiesen. Sie mögen von der Emigration reden, wie Sie wollen, wir haben in- und außerhalb der Gefängnisse und der Konzentrationslager in der Dollfuß-Schuschnigg-Ära und ebenso in der Hitler-Ära diese unsere Gesinnung unter Beweis gestellt! (Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Doktor Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: *Anzeigt, denunziert und in die Gefängnisse gebracht!*) Herr Altenburger, hören Sie mich jetzt ruhig an. Manche von Ihnen, selbst Mitglieder der heutigen

Bundesregierung, würden heute nicht mehr da sein, wenn sie in den Konzentrationslagern und Marterhöhlen des Dritten Reiches nicht von den Mitgliedern meiner Partei unter eigener Lebensgefahr verteidigt und geschützt worden wären. (Abg. Frisch: *Über die kommunistischen Capos werden wir noch einmal reden! — Ruf bei der ÖVP: Das ist doch die höchste Frechheit! — Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen.*) Herr Abg. Frisch, wir haben von diesen Verdiensten der Kommunisten nie gesprochen, wir haben nie auf sie gepocht. Aber es ist Zeit, daß diese Tatsache einmal hier ganz offen ausgesprochen wird. (Abg. Altenburger: *Der spricht im Namen der Roten Armee und vergleicht die kommunistische Vier-Mandl-Partei mit uns! — Abg. Scheibenreif: Das kann man sich ja nimmer anhören!*)

Ich möchte Ihnen nur noch eines sagen. (Abg. Scheibenreif: *Sie reden doch immer das Gegenteil von dem, was die Wahrheit ist!*) Die staatliche Existenz, die staatsrechtliche Grundlage der zweiten österreichischen Republik beruht nicht nur auf dem internationalen Kontrollabkommen, sondern auch auf der Dreiparteienproklamation vom 27. April 1945, die vom Alliierten Rat anerkannt worden ist. Sie trägt namens der Kommunistischen Partei, die eine von diesen drei Parteien war, die Unterschrift des Vorsitzenden des Klubs des Linksblocks, des Abg. Johann Kopleng. Untergraben Sie, meine Herrschaften, nicht diese Grundlage, hören Sie also, Herr Abg. Eibegger, endlich einmal auf, solchen Unsinn zu reden, daß wir Kommunisten eine Gefahr für die Demokratie sind; das glaubt Ihnen ja doch kein vernünftiger Mensch! (Widerspruch.) Wenn es überhaupt Gefahren für die zweite demokratische Republik Österreich gibt, dann nur von Seite jener Leute, die schon einmal die Totengräber der ersten demokratischen Republik Österreich gewesen sind, die sich heute als die besten Demokraten, als die lautesten Schreier einer demokratischen Gesinnung vorstellen möchten, aber, wie ich schon sagte, lieber heute als morgen die Demokratie wieder zu Grabe tragen möchten, wenn es in ihrem Ermessen und in ihrer Kraft läge. (Zwischenrufe bei den Regierungsparteien.)

Daran, an diesen Tatsachen, sollt gerade ihr Sozialisten nicht achtlos vorbeigehen. Ihr sollt daran denken, ob es auf die Dauer mit eurer Gesinnung vereinbar ist, statt gegen die Feinde der Demokratie eine Mauer zu errichten, mit ihnen um die Wette gegen die Kommunisten zu heulen und die Kommunisten, wie ihr es immer sagt, als den Hauptfeind zu betrachten. Diese Einstellung hat euch schon einmal Schaden zugefügt. Die Schreier

des Antikommunismus, die Apostel der faschistischen, antimarxistischen Bewegung sind aber mit ihren Plänen bis heute nicht durchgekommen.

Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß und auch hier im Hause Klage geführt über den Terror in den USIA-Betrieben und über die systematische Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht in die inneren Angelegenheiten unseres Landes. Sie haben sich dabei auch wieder wie immer als die konsequentesten Verfechter der Meinungs- und Gesinnungsfreiheit präsentiert. Ihr Geschrei über den angeblichen USIA-Terror ist nichts anderes als ein schäbiges Ablenkungsmanöver von den Terrorhandlungen, die Sie selber in den Ämtern und in den verstaatlichten Betrieben ausüben.

Wenn es tatsächlich den von Ihnen in den USIA-Betrieben behaupteten Terror gäbe, dann gäbe es in diesen schon längst keine sozialistischen Positionen mehr. Um zu zeigen, wo Gesinnungsterror herrscht, genügt es, auf die Terrorakte in den verstaatlichten Betrieben hinzuweisen, auf die Vorfälle im Königreich Waldbrunner im Zusammenhang mit den Oktoberstreiks des Vorjahres und jetzt im Zusammenhang mit den Betriebsratswahlen. Sie haben in den Steyrwerken nach dem von Ihnen organisierten Streikbruch 270 Arbeiter, darunter viele Familienerhalter, lediglich wegen ihrer kommunistischen Gesinnung, oder weil sie klassenbewußte Arbeiter waren, bedenkenlos brotlos gemacht. Sie haben aus demselben Grund kommunistische und fortschrittliche Betriebsräte und Funktionäre ins Gefängnis werfen lassen. Sie haben Vertrauensmänner der Grazer Bauarbeiter, weil sie eine Deklaration der Bauarbeiter um mehr Brot einbrachten, vor Gericht gestellt und verurteilen lassen.

Sie haben gegen streikende Arbeiter Polizei und Gendarmerie eingesetzt nach dem Vorbild eines Vorfahren in der Polizeiverwaltung, des Geßler, auf den Sie sich in einem anderen Zusammenhange auch im Finanzausschuß berufen haben.

Und all dies geschah und geschieht unter der Verantwortlichkeit dreier sozialistischer Minister, des Innenministers Helmer, des Justizministers Tschadek und des Ministers für verstaatlichte Betriebe Ing. Waldbrunner.

Sie, meine Herren auf den sozialistischen Bänken, haben das geringste Recht, sich über Gesinnungsterror zu beklagen. Der sozialistische Innenminister läßt Polizeibeamte ihrer kommunistischen Gesinnung wegen, und weil sie Verständnis für die Lage der streikenden Arbeiter aufbrachten, einfach mit gekürzten

Bezügen pensionieren, und immer wieder angespornt von seinem Adlatus Graf und den verschiedenen Dienststellen der westlichen Besatzungsmächte, möchte man am liebsten die noch im Polizeidienst verbliebenen kommunistischen Beamten entfernen und durch reaktionäre ersetzen; denn diese sind für die Durchführung solcher Pläne, wie sie gestern der Herr Außenminister Dr. Gruber entwickelt hat, am besten geeignet. Ein solcher Versuch wurde vor kurzem gegen die kommunistischen Leiter der Bezirkspolizeikommissariate von Brigittenau und Wieden in Wien unternommen.

Für die Leiter des Innenministeriums, Helmer und Graf, würde es sich empfehlen, sich einmal um die Zustände im Innenministerium selbst zu kümmern und zu schauen, ob nicht noch Überreste der verpesteten Luft — wie sich der Staatsanwalt im Prozeß Rambousek ausgedrückt hat — vorhanden sind und ob es nicht notwendig wäre, dort etwas zu lüften.

Seit längerer Zeit ist gegen den Leiter der Bezirkshauptmannschafts-Expositur Lilienfeld ein Kesseltreiben im Gange, dessen Ziel seine Entfernung ist. Als Grund hiefür wird angeführt, daß er einem Hausierer, der KZ-Häftling war, eine Identitätskarte ausstellen ließ — ein ungeheuerliches Verbrechen im Vergleich zu der Kleinigkeit, die zum Beispiel der Bezirkshauptmann von Tulln, Sykora, begangen hat! (*Bundesminister Helmer: Der ist ja verurteilt worden!*) Dieser hat nämlich Identitätskarten nicht zu einem Stück, nicht zu Dutzenden, sondern zu Hunderten — man weiß überhaupt nicht, in welcher Anzahl — bedenkenlos an alle möglichen Ausländer, Schieber und sonstige Banditen zur Verteilung gebracht. Wenn er nicht vom Gerichte schwer angeschlagen den Gerichtssaal verlassen hätte, würde er heute wahrscheinlich noch an dieser Stelle sitzen.

Aber der Leiter der Expositur Lilienfeld, Franz Starka, dem man mit allen Mitteln das Genick zu brechen versuchte, indem man eine Kontrollkommission nach der anderen in diese Expositur schickte — es nützte nichts, weil man immer wieder feststellen mußte, daß diese Expositur am besten von allen Bezirkshauptmannschaften Niederösterreichs geführt ist (*Widerspruch und Heiterkeit bei der ÖVP*) —, soll lediglich deswegen weg, weil er Kommunist ist. Wäre er Mitglied der Österreichischen Volkspartei oder der Sozialistischen Partei, könnte er noch viel mehr Dinge begangen haben — er würde die Unterstützung und den Schutz höchster Protektoren aus Ihren Reihen finden. (*Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Starka*)

2520 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

soll einmal die Rechnungen bezahlen, die er Wirtschaftshäusern und Fleischhauereien schuldig ist!)

Da, meine Herren, haben Sie den Mut, von kommunistischem Gesinnungsterror und Gesinnungszwang zu reden. Im Finanz- und Budgetausschuß hat sowohl der Innenminister als auch sein Parteikollege Migsch von der unerträglichen Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht gesprochen. Dr. Migsch hat als Beweis hiefür die Zeitungsverbote, die Beschlagnahme von Büchern, die von österreichischen Behörden über Auftrag der Besatzungsmacht vorgenommen wurden, angeführt. (*Abg. Frisch: Wen verteidigen Sie jetzt?*) Wie verhält es sich damit? Nach dem Kontrollabkommen ist sowohl jede einzelne Besatzungsmacht in ihrem Bereich wie auch die österreichische Regierung verpflichtet, Maßnahmen für die Sicherung der demokratischen Entwicklung und zur Ausrottung der Überreste des faschistischen Ungeistes zu treffen. Wir haben ein NS-Verbotsgesetz, wir haben ein Literaturreinigungsgesetz, vom österreichischen Parlament beschlossen und vom Alliierten Rat bestätigt, aber trotzdem besteht die Tatsache, daß in den Buchhandlungen und bei den Zeitungskiosken in Wien ebenso wie im Westen Österreichs massenweise Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aufscheinen, die ein Faustschlag gegen die Beschlüsse des österreichischen Parlaments sind. (*Abg. Machunze: Am Fleischmarkt werden sie in Massen verkauft!*) Aber die Regierung achtet nicht darauf, sie ergreift keine Maßnahmen, um das Erscheinen solcher Literaturerzeugnisse und ihre Verbreitung zu verhindern. (*Abg. Frisch: Beim „Globus“!*) Es macht ihr nichts aus, daß in den Auslagen der Buchhandlungen „Hitlers Tischgespräche“, Bücher über die verschiedenen ehemaligen Nazigrößen und Naziheerführer angepriesen werden, daß ausländische Zeitungen und Zeitschriften vertrieben werden, in denen die Gespenster des Hitler-Faschismus gepriesen, gegen unsere demokratischen Einrichtungen in der wüstesten Weise gehetzt und der Krieg verherrlicht wird. Es macht ihr nicht das geringste aus, daß zum Beispiel der ehemalige Hitler-Staatsrat und Abgeordnete des Sudetengebietes Wagner in offener Versammlung zum Kriege gegen die Sowjetunion und gegen die tschechische Volksdemokratie aufruft. Die Regierung überhört solche Erklärungen wie des VdU, der sich offen zur Idee der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft bekannt hat.

Wenn nun die österreichische Regierung oder die österreichischen Behörden, weil sie übernommene und übertragene Verpflichtungen vernachlässigen oder überhaupt nicht erfüllen,

von der sowjetischen Besatzungsmacht — und auch von anderen —, die ihre auf Grund des Kontrollabkommens übernommenen Verpflichtungen sehr ernst nimmt, zur Pflichterfüllung ermahnt wird, dann konstruiert man daraus eine Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten.

Einige Abgeordnete haben schon öfter über die Werbemethoden der „Österreichischen Zeitung“, der Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht, Klage geführt. Zu diesen Beschwerdeführern gehörte unter anderen auch der Abg. Heinrich Widmayer. Ich bin nicht der Anwalt der „Österreichischen Zeitung“ (*Heiterkeit*), muß jedoch sagen, daß, wenn die Beschwerden Widmayers über die „Ö. Z.“ stimmen, er anscheinend immerhin einiges von diesen Methoden bei der Werbung für seine Zeitung sehr gern übernommen hat.

Ich habe hier einen Brief des Herrn Abg. Widmayer, einen Werbebrief für den „Waldviertler Wegweiser“, der von ihm persönlich unterzeichnet ist. Ich bringe den Inhalt dieses Briefes dem Hause zur Kenntnis. Er lautet:

„Waldviertler Wegweiser, Redaktion Wien, I., Elisabethstraße 13.

Euer Wohlgeboren! Meine Freunde teilen mir mit, daß Sie bereit wären, den Waldviertler Wegweiser als Posteinzelabonnent ständig zu beziehen. Damit Sie unser Wochenblatt so richtig kennenlernen, erlaube ich mir, Ihnen in den nächsten Wochen je ein Gratis-Probeexemplar zuzusenden, und bin überzeugt, daß Sie an der Vielseitigkeit des Wegweisers Gefallen finden werden. Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie sich ab nächstem Monat zum Abonnement entschließen werden. Der Bezugspreis beträgt derzeit monatlich S 3.50, welcher der Einfachheit halber gleich von der Post direkt einkassiert wird.“

Und jetzt kommt das Interessante:

„Falls Sie wider Erwarten sich zum ständigen Bezug des Wegweisers nicht entschließen sollten, bitte ich, um Ihnen teures Postporto zu ersparen, den Herrn Bürgermeister Franz Pfleger davon zu verständigen“ — daß er den Wegweiser nicht abonnieren will.

„Ihnen auch in Zukunft jederzeit gerne zu Diensten stehend, zeichne ich mit besonderer Hochachtung! Für die Redaktion und Verwaltung Heinrich Widmayer, Nationalrat.“ (*Zwischenruf des Abg. Koplénig. — Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Das nennt sich — ich verstehe schon, Herr Abg. Seidl, daß Sie den Widmayer ver-

teidigen, Sie haben ja allerhand gegenseitig auszumotten! Diese Methode des Abg. Widmayer kann man wahrlich als vorzüglichen Dienst am Kunden bezeichnen. Um Porto zu ersparen, soll der Briefempfänger zum Bürgermeister gehen, falls er die Zeitung nicht abonnieren wollte. Was geht den Bürgermeister die Zeitung Widmayers, Ihre Zeitung, an, und wenn er hundertmal Ihr Parteifreund ist? Sie sagten, daß die Werbemethoden der „Ö. Z.“ erpresserisch seien. (*Ruf bei der Volkspartei: Die sind auch erpresserisch!*) Als was bezeichnen Sie die erpresserischen Werbemethoden des Herrn Abg. Widmayer? (*Heftige Rufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Koplénig: Das ist politische Korruption!*)

Der Herr Innenminister hat im Finanz- und Budgetausschuß als Beweis der Einmischung der Besatzungsmacht in rein österreichische Angelegenheiten die Einmischung einer sowjetischen Kommandantur in die Angelegenheit der Besetzung der Primariusstelle im Krankenhaus Gmünd angeführt. Der jetzige Interimsleiter ist ein gewisser Dr. Uiberreither (*Ruf bei der ÖVP: Der Bruder des steirischen Gauleiters!*), angeblich ein Bruder des ehemaligen Gauleiters Uiberreither von der Steiermark. Das soll kein Vorwurf sein, denn der Bruder Dr. Uiberreither kann nicht für den Bruder Gauleiter Uiberreither verantwortlich gemacht werden (*Ruf bei der Volkspartei: Er war auch ein großer Nazi!*), wie der Vater auch nicht für den Sohn und umgekehrt der Sohn nicht für den Vater verantwortlich gemacht werden kann. Dr. Uiberreither ist übrigens von jedem Verdacht in dieser Richtung frei, denn er ist Parteigenosse des Innenministers Helmer. (*Bundesminister Helmer: Der ist schon zu euch übergegangen! Er ist schon KP-Mitglied geworden!*) Aber gegen Uiberreither ist ein Kesseltreiben im Gange, einerseits von der ÖVP, die ihren Kandidaten gern auf diese Stelle eines Primararztes bringen möchte, und andererseits gibt es innerhalb der SPÖ zwei Gruppen, von denen die eine unter Führung des sozialistischen Bezirksobmannes für die Vergebung der Stelle eines Primararztes an Dr. Uiberreither, also den jetzigen Interimsleiter, eintritt, während die andere Gruppe unter Führung des sozialistischen Bürgermeisters von Gmünd für einen anderen SP-Kandidaten eintritt. Beide streitende Gruppen der SPÖ haben sich an den Herrn Innenminister um Intervention zugunsten ihres Kandidaten gewendet. Es war sicherlich nicht leicht, beiden Gruppen Rechnung zu tragen. Wir sind an der Besetzung der Primariusstelle im Krankenhaus Gmünd nur insoweit interessiert ... (*Abg. Seidl: Dort ist ein Arzt nun*

schon über ein Jahr unter dem Schutz der Besatzungsmacht, obwohl der Verwaltungsausschuß ihn bereits entlassen hat! Er ist nicht wegzubringen! Und zwar ist es ein früherer SS-Arzt!) Jetzt wollt ihr ihn geschwind den Kommunisten anhängen. Sie sind aber ein bissertl zu spät gekommen. (*Abg. Widmayer: Dort hat man die Leute hinausgeschmissen, damit sie die Wohnungen freimachen für Kommunisten!*) Da sagen Sie sich los, da lassen Sie Ihre Parteigenossen im Stich! Wir werden es dem Schwarzmüller, eurem Bezirksobmann in Gmünd, sagen, wie ihr euch zu ihnen verhaltet! (*Abg. Probst: Was hat das mit dem Budget zu tun?*) Ja, weil der Innenminister im Finanzausschuß diesen Fall als einen Beweis für die Einmischung der Besatzungsmächte herausgegriffen hat, nur deshalb spreche ich dazu. (*Abg. Widmayer: Das war auch eine Einmischung der Besatzungsmächte!*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine Zwiesgespräche! Ich kann sie nicht zulassen.

Abg. Honner (*fortsetzend*): Wir sind an der Besetzung dieser Primariusstelle nur insoweit interessiert, als wir wünschen, daß dem Gmündner Spital ein wirklich fähiger Primarius zur Verfügung gestellt wird. Welchen Namen er trägt, ist uns egal; denn einen Kommunisten würdet ihr ja sowieso nicht hinsetzen, und der Streit unter euch kann uns ja ganz gleichgültig sein. Obwohl ich hier den diesbezüglichen Briefwechsel der Gmünder Parteistelle mit dem Herrn Innenminister in der Hand habe, hätte ich davon keinen Gebrauch gemacht, wenn der Herr Innenminister nicht selber diesen Streitfall in seiner eigenen Partei, wobei dann einige Funktionäre der Partei die Kommandantur mit einbezogen haben, als neuen Beweis für die Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht in innerösterreichische Angelegenheiten, zu einem Anlaß für Russenhetze genommen hätte. Dieser Fall beweist nur wieder, auf welcher demagogische und in den meisten Fällen jeder Grundlage entbehrende Art Russenhetze gemacht wird.

Im Finanz- und Budgetausschuß — verzeihen Sie, wenn ich mich des öftern auf ihn berufe; wir sind ja nicht drinnen und sind dementsprechend auf das angewiesen, was die „Parlamentskorrespondenz“ davon veröffentlicht — wurde sehr lebhaft über die Zensurpraxis der Alliierten diskutiert. Es wurde insbesondere vom Abg. Weikhart der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Regierung die Bezahlung dieses Apparates einstellen und die bei dieser Zensurstelle beschäftigten Angestellten einfach abbauen solle. Ein diesbezüglicher vom Abg. Weikhart und Genossen ein-

gebrachter Entschließungsantrag ist dem Ausschußbericht zum Kapitel Inneres beigelegt.

Um Ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, auch diese Frage wieder für eine Kommunistenhatz auszunützen, sage ich Ihnen gleich, daß wir vom Linksblock die vom Alliierten Rat ausgeübte Zensur genau so wenig begrüßen wie ihr, daß wir davon genau so wenig erfreut sind wie ihr und daß wir für diesen Zensurantrag stimmen werden, damit eine einmütige Auffassung des Parlamentes in dieser Frage besteht. (*Abg. Seidl: Er hat umgelernt!*) Aber wohlgemerkt, meine Herren, das bedeutet Abschaffung der Militärensensur in Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck genau so wie in Wien. (*Rufe: Sehr richtig! bei ÖVP und SPÖ.*) Das bedeutet, meine Herren: Schluß mit dem Abhören der Telephongespräche der Parteisekretariate — (*Abg. Widmayer: Auch in Niederösterreich!*) Überall! Ich habe das schon unterstrichen! (*Abg. Koplenig: Schluß mit der Zensur durch die österreichischen Stellen!*) — Schluß mit der Abhörung der Telephongespräche der Parteisekretariate und der Gespräche von politischen und von ganz privaten Persönlichkeiten durch amerikanische Zensurstellen! (*Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt mehrmals das Glockenzeichen.*) Wir wissen, daß unser Parteisekretariat von amerikanischen Zensurstellen ständig abgehört und daß die auf unseren Linien geführten Gespräche auf Tonband aufgenommen werden, und wir wissen, daß dies ebenso bei den anderen Parteien geschieht.

Abschaffung der Zensur bedeutet aber auch Schluß mit der österreichischen Zensur, die über Radio, Kino und über die Presse ausgeübt wird. (*Abg. Widmayer: Schluß auch mit der Zensur bei der RAVAG!*) Jawohl, aber auch Schluß der Zensur bei den Sendern Rot-Weiß-Rot, Schönbrunn, Alpenland, und wie sie alle heißen mögen, und auch bei allen neuen Sendern! (*Abg. Frühwirth: Mach Schluß, du hast dir dein Geld schon durchs Reden verdient!*) Herr Abg. Frühwirth, Sie können hinausgehen, sich ins Buffet setzen und schwarzen Kaffee zur Beruhigung trinken.

Die Zensur der österreichischen Presse durch österreichische Stellen muß ebenfalls aufhören, mag sie auch im Auftrag der Amerikaner erfolgt sein, wie sie anlässlich der Tagung des Weltfriedensrates in Wien kraß in Erscheinung getreten ist, weil die gesamte Presse nichts schreiben durfte, da sie offenbar auf Weisungen von oben her dazu verpflichtet wurde. Macht aber auch Schluß mit der Zensur, wie sie sowohl durch die Presse als auch durch behördliche Organe selbst gegenüber den Diskussionen hier im Hause angeordnet wird. Schluß mit der Zensur

auf allen Gebieten! (*Abg. Altenburger: Schluß mit deiner Rede!*) Das bestimme ich, denn nach der Geschäftsordnung kann ich reden, solange ich will, und wenn es Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie weg! Das sagte ich Ihnen schon einmal. Es fällt niemandem auf, ob Sie da sind oder nicht. (*Zwischenruf: Sie gehen uns auch nicht ab, wenn Sie in Rußland sind!*) Nur durch Ihr Schreien bemerkt man Sie, sonst überhaupt nicht. (*Abg. Altenburger: Und Sie durch Ihre Demagogie und die Verteidigung des Unrechtes und auch des Verrates!*) Man kann die Katze schmeißen, wie man will, sie fällt immer wieder auf die Pfoten. Er kommt immer wieder auf den Verrat zurück.

Eine Frage, worüber wir vom Innenministerium nähere Aufklärung wünschen würden, ist die Frage der Staatsbürgerschaftsverleihung. Uns interessiert vor allem, nach welchen Gesichtspunkten dabei vorgegangen wird (*Bundesminister Helmer: Nach dem Gesetz!*) und wie die soziale Gliederung der neuen Staatsbürger aussieht. Wir hören nämlich immer wieder Klagen aus volksdeutschen Kreisen, aus Kreisen der Sudetendeutschen, daß das Arbeiterelement bei den Verleihungen von Staatsbürgerschaften nicht in dem Ausmaß berücksichtigt wird, wie es notwendig wäre, daß vielfach gerade die Gesuche dieser ärmsten Teufel der Volksdeutschen lange, lange Zeit bis zu ihrer Erledigung brauchen und daß oft Gesuche, die im Ministerrat bereits verabschiedet sind, noch sehr lange Zeit bei den Ämtern der Landesregierungen liegen bleiben, wie es zum Beispiel bei der niederösterreichischen Landesregierung der Fall zu sein scheint.

Der Abg. Grubhofer hat im Finanzausschuß auch die Meinung vertreten, daß man wieder zu der in der Dollfuß-Schuschnigg-Ära eingeführten Praxis der Ausbürgerung österreichischer Staatsbürger zurückkehren möge. (*Abg. Frisch: Honner, das wäre was! — Heiterkeit.*) Er hat auch ziemlich unmißverständlich ausgesprochen, gegen wen sich eine solche Maßnahme vor allem richten müßte. (*Abg. Dengler: Gegen die Hochverräter!*) Sehr richtig! (*Abg. Dengler: Wie du einer bist!*) Gegen die patentierten und lebenslänglichen Hochverräter, wie Sie, Kollege Dengler, einer sind.

Dazu kann man nur sagen, daß der fromme Wunsch des Abg. Grubhofer eben nur ein Wunsch bleiben wird. (*Abg. Dengler: Das kann man nicht wissen!*) Aber immerhin ist dieser Antrag oder diese Auffassung sehr bezeichnend dafür, was im Gehirn manches Abgeordneten der ÖVP herumspukt.

Damit komme ich zur letzten Frage in der Reihe von Fragen vom Wachmann bis zur

Preissenkung. Abg. Dr. Pittermann hat uns vorgestern nach dem Motto „Reden wir von etwas anderem!“ einen Vortrag über die Preiserhöhungen in Ungarn gehalten. Das war eine gute Gelegenheit, vom Schwindel mit der österreichischen Preissenkung, auf den zwar ein ernsthaft denkender Mensch nicht mehr hereinfällt, abzulenken. Aber auch diese Methode, mit Ziffern Schwindelresultate hervorzuzaubern, wenn es gilt, irgendeinem volksdemokratischen Land eins auszuwischen, hat selbst schon in den Reihen Ihrer eigenen Parteianhänger abgewirtschaftet.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat vor einigen Tagen in einer Aussendung gegen die in vielen Betrieben geforderte Überbrückungshilfe erklärt, daß nicht die Höhe des Lohnes, sondern die Frage, was man dafür kaufen kann, das Ausschlaggebende ist. Wenn wir nach diesem Prinzip, zu dem wir uns ohneweiters bekennen — wir sind auch nicht an hohen Lohnziffern interessiert, wenn man sich dafür nichts kaufen kann —, wenn man also nach diesem Prinzip, das der Österreichische Gewerkschaftsbund vertritt, die Löhne und Preise in Ungarn und in anderen Ländern der Volksdemokratie mit den Löhnen und Preisen in Österreich vergleicht, dann wird sich sehr rasch herausstellen, daß sich die arbeitenden Menschen in den Ländern der Volksdemokratie für ihren Lohn und Gehalt um ein Beträchtliches mehr als die Arbeiter in Österreich kaufen können, die, was die Lohnstufe betrifft, an drittletzter Stelle der Arbeiter aller Länder Europas stehen. (*Ruf bei der SPÖ: Wer steht an letzter Stelle?*) Die Griechen und die Spanier, und wir sind nahe daran, auf das Niveau von Griechenland und Spanien zu sinken. (*Ruf bei der Volkspartei: Nach eurer Statistik!*) Dr. Pittermann hat sich begreiflicherweise gehütet, eine solche Untersuchung anzustellen, da sich sonst seine Zahlenakrobatik sehr rasch als Schwindel herausgestellt hätte.

Vor einigen Wochen hat man auf Grund einer Verabredung zwischen der Regierung, dem ÖGB und der Bundeswirtschaftskammer das Manöver der sogenannten Preissenkungaktion gestartet, als dessen erstes Ergebnis die Warenpreise um durchschnittlich 5 Prozent gesenkt werden sollten. In der Tat kann man in allen Auslagen fast aller Geschäfte Ankündigungen lesen, daß eine allgemeine Preissenkung für alle Waren, die in diesem Geschäft erhältlich sind, um 5 Prozent erfolgt sei. Die ganze Aktion beruht aber auf einer sehr raffinierten Täuschung. Bevor man nämlich die Preise um 5 Prozent gekürzt oder begonnen hatte, sie zu senken, wurden die Geschäftsleute von ihren Innungen oder in vielen Fällen direkt

von der Bundeswirtschaftskammer rechtzeitig informiert, sodaß sie die Preise vorher noch schnell genug hinaufnumerieren konnten. Dieses Hinaufnumerieren hat in vielen Fällen ein Ausmaß von 15, 20 und noch mehr Prozent angenommen. (*Ruf bei der ÖVP: Beweise!*) Jawohl, Herr Ing. Raab, glauben Sie es uns, wir kennen auch Ihren Betrieb sehr genau und wir wissen, mit welchen Methoden Sie arbeiten!

Die Preissenkung beträgt im allgemeinen 5 Prozent, aber bei wichtigen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ist überhaupt keine Preissenkung erfolgt, sondern steigen die Preise im Gegenteil noch weiter. Es ist nur traurig, daß die Gewerkschaftsführer diesen Schwindel, der von der Bundeswirtschaftskammer ausgeht, noch decken und verteidigen, statt die Arbeiter zu belehren, wie sie beschwindelt und betrogen werden. (*Abg. Ing. Raab: Sie kennen sich beim Schwindeln sehr gut aus!*) So verhält es sich mit der Preissenkung, besser gesagt, mit dem Preisschwindel; und da glauben Sie, daß Ihnen die Arbeiter darauf hineinfallen werden? (*Abg. Frühwirth: Ihr könnt euch ein Wörterbuch im Schimpfen anschaffen!*)

Dem Innenministerium obliegt die Lenkung und Überwachung der Preise, die Preisgestaltung, und es hat, wenn es Preisüberschreitungen feststellt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Preiswucher entsprechend zu ahnden. (*Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Dem Innenministerium müßte schon längst bekannt sein, daß die Preise der Textilwaren in Österreich um 50 bis 80 Prozent höher als in einer ganzen Anzahl anderer Länder sind. Wollen Sie das, Herr Abg. Frühwirth, bestreiten? (*Zwischenrufe.*) Bestreiten Sie es?

Dem Innenministerium müßte auch bekannt sein, daß die Stahl- und Eisenpreise sowie die Preise für Blechwaren bei uns das Doppelte, ja sogar das Dreifache der Preise in Deutschland ausmachen. (*Ruf: Infolge der polnischen Kohle!*) Womit läßt sich nun dieser Preisunterschied gegenüber anderen Ländern erklären? Ganz einfach mit der Tatsache, daß unsere Warenproduzenten und die Großhändler gewaltige Überprofite einstecken. (*Zwischenrufe.*)

Der Abg. Dr. Koref hat gestern von der Notwendigkeit der Erhaltung des sozialen Friedens gesprochen. Solange aber solche aufreizende Tatsachen bestehen, daß 57 Aktiengesellschaften in unserem Lande einen Bruttoertrag von zusammen 439 Millionen Schilling einstecken, während sie an Löhnen und Gehältern für die Arbeiter und Angestellten ihres Betriebes nur 250 Millionen Schilling auszahlen,

2524 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

muß jeder Versuch, den sozialen Frieden zu erhalten, Schiffbruch erleiden an der unersättlichen Profitgier einiger weniger großkapitalistischer Elemente in Österreich! (*Abg. Ing. Raab: Jetzt wissen wir es!*) Ja, ich werde Ihnen noch manches sagen, Herr Raab! (*Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Es wäre Aufgabe des Innenministers und des Staatssekretärs Graf, ihre Aufgaben zu erfüllen und in dieser Richtung die notwendigen Maßnahmen zu treffen, aber den beiden Chefs des Innenministeriums ist der Kampf gegen die Kommunisten, die Hetze gegen die Volkdemokratie viel wichtiger als die Sorge für einen menschenwürdigen Lebensstandard der arbeitenden Menschen unseres Landes. (*Abg. Altenburger: Was kostet die Kunstseide in St. Pölten?*)

Ich werde mich nun, wie angekündigt, mit der provokatorischen Tätigkeit des Herrn Staatssekretärs Graf, dieser Zierde der österreichischen Regierung, etwas ausführlicher beschäftigen. (*Zwischenrufe.*)

Staatssekretär Graf hat vor einigen Wochen in aller Öffentlichkeit die Behauptung aufgestellt, daß im Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in Wien, in den Kellerräumen dieser Gesandtschaft, Geheimgefängnisse der ungarischen Gestapo eingerichtet wurden, zu deren Bau man eigens Arbeiter aus Ungarn herangezogen habe, die bei dieser Arbeit strengstens überwacht und nach ihrer Fertigstellung durch Gestapoganten wieder nach Hause befördert wurden. Obwohl sich nach der Veröffentlichung dieser Behauptung des Herrn Staatssekretärs Graf im „Wiener Kurier“ sofort ein österreichischer Baumeister meldete, der erklärte, daß diese Behauptung frei erfunden sei, da er selber mit österreichischen Arbeitern die notwendigen Reparaturen durchgeführt habe, daß von Geheimzellen oder Zellen überhaupt keine Rede sein könne, ist diese niederträchtige Lüge des Herrn Staatssekretärs Graf trotz aller Proteste der ungarischen Regierung bei der österreichischen offiziell bis heute nicht zurückgenommen worden.

Meine Damen und Herren! In jeder anderen Regierung würde ein solches provozierendes Verhalten eines Regierungsmitgliedes dessen sofortigen Rücktritt oder seine Ausschiffung zur Folge haben, in Österreich aber darf er weiter im Amte bleiben (*Abg. Koplénig: Ein solcher Minister gehört ins Gefängnis!*), unwahre Behauptungen aufstellen und sich unbekümmert über die primitivsten Regeln einer diplomatischen Fairneß hinwegsetzen, gleichgültig, welcher politische oder wirtschaftliche

Schaden unserem Lande aus einem solchen unqualifizierbaren Verhalten erwachsen kann.

Es ist nur bedauerlich, daß offenbar auch die sozialistischen Minister in der Regierung dieses beschämende Verhalten eines Regierungsmitgliedes decken, oder aber — anders ist es nicht zu erklären — hat der Herr Staatssekretär Graf so mächtige Gönner, gegen die selbst die österreichische Regierung machtlos ist. Man könnte auch das annehmen!

Graf gehört zu jener Sorte von Reaktionären, die am liebsten schon jeden Tag zum Frühstück einen Kommunisten verspeisen möchten. (*Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Altenburger: Da verhungert er lieber, bevor er so etwas schluckt!*) Er ist der Mann, der einmal den Ausspruch tat, daß man den Eisernen Vorhang und den Stacheldraht weit, weit nach dem Osten schieben werde.

Bei Herrn Staatssekretär Graf kann man sicher sein, daß, wenn er irgendwo eine Rede hält, in den folgenden Tagen irgendeine Provokation steigt. Sein pathologischer Haß gegen die Kommunisten, gegen die Russen und gegen die Volksdemokratien prädestiniert ihn besonders als einen Mann, auf den man sich bei der Ausführung bestimmter Aufgaben verlassen kann.

Es ist daher kein Wunder, wenn Staatssekretär Graf im Zusammenhang mit den Gerüchten über eine bevorstehende Umbildung der Regierung als der kommende Mann in Österreich genannt wurde.

Mein Freund Ernst Fischer hat schon gestern auf die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs Graf Bezug genommen, die dieser nach seiner Rückkehr aus Rom im Sender Rot-Weiß-Rot abgegeben hat, die man im vollen Wortlaut im „Kleinen Volksblatt“ vom 5. Dezember abgedruckt nachlesen kann und die man besonders im letzten Absatz im vollen Wortlaut genießen muß.

Er sagte: „Ich bin entschlossen,“ — wer denkt dabei nicht an die verschiedenen Hitler-Phrasen! — „die Initiative zu ergreifen, und hoffe zuversichtlich, daß die nichtkommunistischen Parteien Europas diese Idee“ — nämlich die Idee der Bildung einer gemeinsamen antibolschewistischen Kampffront — „aufgreifen und aus ihr jene starke antikommunistische Abwehrfront Europas schaffen, die neben den militärischen Mächten des Westens bereit sein wird, dem Bolschewismus in Europa auch auf politischem Gebiet ein energisches ‚Bis hierher und nicht weiter!‘ zuzurufen.“

Das ist die Sprache, die Hitler gesprochen hat, als er im November 1941 einige Dutzend Kilometer vor Moskau gestanden ist. In seinem Siegestaumel hatte er sich schon als den Beherrscher der Welt gesehen, und eine ähnliche Sprache

spricht auch unser verehrter Staatssekretär Graf. (*Heftige Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Also sprach der bisher verhinderte Mächtegern Graf: „Das wollen wir, und das wird so geschehen!“

Diese freundliche Einladung zur Teilnahme am antibolschewistischen Kreuzzug war ungefragt auch an die Adresse der sozialistischen Parteien gerichtet, die ja selbstverständlich auch antikommunistisch sind und nach Graf daher in eine solche Front zweifellos hineingehören. Die Sozialistische Partei Österreichs hat aber im wohlverstandenen eigenen Interesse diese hübsche Einladung Graf's bereits abgelehnt. Man darf füglich annehmen, daß es auch andere sozialistische Parteien ablehnen werden, sich ausgerechnet den Staatssekretär Graf als ihren obersten Chef auszuwählen.

Bleibt jetzt noch die Frage, ob es die österreichische Sozialistische Partei als tragbar findet, mit diesem rabiaten Gernegroß noch weiter in einer Regierung zusammensitzen. Dem Herrn Graf würden wir den gutgemeinten Rat geben, sich mit dem wenn auch bescheideneren Amt eines Direktors des Österreichischen Bauernbundes zu begnügen, denn mit seiner weltpolitischen Konzeption, Führer der antibolschewistischen Einheitsfront Europas zu sein, würde er ganz bestimmt Schiffbruch erleiden wie vor ihm schon viel Größere und Mächtigere als der Herr Staatssekretär Graf.

Ein paar Worte noch zu der Erklärung des Abg. Tončić. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weiß ohnedies, daß ihr diese Front gegen uns wollt, aber daraus wird nichts! Es sind schon andere ausgezogen, den Bolschewismus zu vernichten, und sind dabei selbst vor die Hunde gegangen. (*Neuerliche lebhaftige Zwischenrufe.*)

Also noch einige Worte zu der vorgestrigen Erklärung des Abg. Tončić. Er hat sich in der Replik gegen den sozialistischen Abg. Hillegeist, zu den Bänken des Linksblocks gewendet, gegen die Geschmacklosigkeit verwahrt, daß Hillegeist den Finanzminister auf eine Stufe mit „diesen Leuten“, wie er sagte, gestellt hat. Es fällt uns gar nicht ein, uns ausgerechnet mit dem Abg. Tončić auseinanderzusetzen, der in seiner Naivität und Unkenntnis der weltpolitischen Situation und der weltpolitischen Entwicklung in der Vergangenheit, Gegenwart und auch in der Zukunft Dinge nachplappert, die er von anderen hört, ernst nimmt und selbst daran glaubt. Aber falls es der Herr Abg. Tončić und Sie mit ihm noch nicht wissen sollten, dann nehmen Sie gefälligst zur Kenntnis, daß „diese Leute“, wie der Herr

Abg. Tončić verächtlich sagen zu können glaubte, heute in vielen Ländern an der Spitze ihrer Völker stehen. Finden auch Sie, meine Herrschaften, sich damit ab, daß auch in Österreich der Zeitpunkt kommen wird, wo es ebenfalls so sein wird! (*Erneute Zwischenrufe.*)

Ich möchte jetzt nur noch sagen, daß wir das Kapitel Inneres ablehnen, aber für die Entschliebung hinsichtlich der Auflösung der alliierten Zensur stimmen werden. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abg. Strachwitz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strachwitz: Ich hatte nicht die Absicht, zu diesem Kapitel überhaupt das Wort zu ergreifen. Aber dieselbe Atmosphäre, die gestern hier im Parlament herrschte, und derselbe pöbelhafte Ton, der gestern die Beratungen durch die langen Ausführungen des kommunistischen Redners gekennzeichnet hat, hat auch heute hier drei Stunden fröhliche Urständ gefeiert. Ich mußte mich zum Wort melden, weil ein Redner sich zu verschiedenen Lügen hinreißen ließ.

Ich stelle hiemit fest, daß seine Behauptung, daß ich SS-Offizier war, erlogen ist. Ich stelle fest, daß ich weder jemals der zivilen noch der Waffen-SS angehört habe, sondern der deutschen Wehrmacht, in der ich Offizier war. Ich stelle weiter fest, daß ich weder der Hitler-Jugend noch einer anderen Parteiorganisation angehört habe. Ich stelle aber ebenfalls fest, daß es eine Schande ist, daß es einen österreichischen Abgeordneten gibt, der nicht voll Ehrfurcht und voll tiefer Trauer hier steht, wenn er von 350.000 toten Österreichern spricht, die im letzten Krieg gefallen sind, sondern sie als Faschisten und Hitler-Knechte bezeichnet. Ich stelle fest, daß diese Menschen eine Pflicht erfüllt haben; es waren Menschen, vor deren Opfer ich mich verbeuge und zu denen ich stehe! (*Beifall bei ÖVP und KdU.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort hat sich der Herr Minister für Inneres Helmer gemeldet.

Bundesminister für Inneres Helmer: Meine Frauen und Herren! Hohes Haus! Um eine Legendenbildung zu verhindern, halte ich es für notwendig, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Honner gleich zu antworten. Schon während der Beratungen des Voranschlages im Finanz- und Budgetausschuß wurde die Innenpolitik einer eingehenden Erörterung unterzogen. Wenn die innenpolitischen Fragen auch in anderen Kapiteln schon Gegenstand

2526 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

einer Beratung waren und eine gewisse Rolle gespielt haben, dann ist dies nur ein Beweis dafür, daß diesem Ressort innerhalb unseres ganzen staatlichen Lebens eine große Bedeutung zukommt. Es ist richtig, daß alle Sorgen und alle Nöte, von denen unser Land und unser Volk heimgesucht werden, in diesem Ministerium ihren Niederschlag finden. Ob es sich nun um Fragen der Sicherheit von Staat und Volk, um Fragen des Staatsbürgerrechtes, um Ernährungs- und Preisfragen oder um Flüchtlingsangelegenheiten handelt, ob es sich um Verfassungsfragen, um die Wahlen, die Volkszählung oder die Heimschickung der Kriegsgefangenen — die es leider noch immer gibt — handelt, oder ob man sich um die Verschleppten zu kümmern hat, die fern von ihrer Heimat nun schon durch Jahre schmachten, ob es sich schließlich um die Beschwerden über die Besetzung und die Erweiterung der Freizügigkeit handelt: alles, alles, was mit Tagesorgen oder mit Tagesfragen zusammenhängt, findet im Innenressort seinen Niederschlag, muß dort behandelt und womöglich aufrecht erledigt werden. Daß es dabei nicht immer möglich ist, alle auftauchenden Wünsche und Beschwerden aufrecht zu erledigen, liegt in den gegenwärtigen Verhältnissen begründet. So ist es auch nicht anders möglich, als daß es Angriffe gibt, die manchmal ganz danebengehen. Leider werden auch vollbrachte Leistungen wenig gewürdigt. Wie dem auch immer sein mag, das Entscheidende ist und bleibt der Erfolg.

Wenn wir uns die Rechts- und Sicherheitsverhältnisse in unserem Staate betrachten und uns insbesondere jene der vergangenen Jahre in Erinnerung rufen, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß selbst der schärfste Kritiker in diesem Hause zugeben, daß sich die Verhältnisse auf diesem Gebiet doch wesentlich gebessert haben. Es ist schon gesagt worden — und ich betone das mit besonderem Nachdruck —: Die staatliche Exekutive Österreichs ist zu einem guten und verlässlichen Instrument der Republik geworden! (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.*) Ich gebe zu, daß das verschiedenen Herren in unserem Staate nicht recht ist. Der Linksblock ist mit dieser Entwicklung aber schon gar nicht einverstanden. Dazu muß ich betonen, daß mich das freut, denn gerade die Kritik, die von dieser Seite geübt wird, ist ein Beweis dafür, daß sich die Innenpolitik auf der richtigen Linie bewegt. Es wäre schlimm um unser staatliches Gebilde und es wäre schlimm um unser Volk bestellt, wenn es anders wäre.

Seit Monaten wird in der Kominformpresse im In- und Ausland bezüglich der sogenannten Remilitarisierung Österreichs eine gehässige Kampagne geführt. Auch der Abg. Honner

und gestern der Abg. Fischer haben diese Unwahrheit breitspurig behandelt und haben sich zu Interpretieren dieser kominformierten Lüge, dieser kominformierten Verdrehung und Verdächtigung gemacht. Darauf in klarer Sprache zu antworten, halte ich schon deshalb für notwendig, damit unsere Bevölkerung — ich meine auch jenen Teil der Bevölkerung, der sich zu den Kommunisten zählt — sieht, wie planmäßig unser Land verleumdet wird, und vor allem, wie seitens des Linksblocks bewußt die Besatzungsmacht irreführt und zum Vorgehen gegen unseren Staat aufgestachelt wird. (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.*) Diese schnöden Handlangerdienste für die Besatzungsmacht werden aber dem Linksblock, wie ich überzeugt bin, wenig Ehre einbringen.

Die Abgeordneten des Linksblockes reden von der Remilitarisierung. Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Wie steht es denn damit? Es ist richtig: der Stand der Polizei und der Gendarmerie hat sich im Vergleich zu 1937 erhöht. Die Erhöhung der Stände der Exekutive wurde aber in aller Offenheit den alliierten Besatzungsmächten bekanntgegeben und hat dort ihre Zustimmung gefunden. Wir machen also aus der Aufstellung dieser Stände gar keine Geheimniskrämerei, und es ist gar kein Geheimnis dahinter, was da an Gebäuden aufgebaut wurde. Die Vermehrung der Personalstände ist in den besonderen Verhältnissen, die sich seit 1945 in unserem Staate abspielen, voll und ganz begründet. Zunächst muß festgestellt werden, daß nach der Befreiung Österreichs der gesamte Sicherheitsapparat, sowohl in personeller als auch in technischer Hinsicht, unter Verhältnissen neu aufgebaut werden mußte, für die sich in der Geschichte der Exekutive Österreichs keine Vergleiche finden. Die neu eingestellten Polizisten und Gendarmen mußten nach der theoretischen Grundschulung, die sich nur auf die unbedingt notwendige Ausbildung beschränken konnte, sofort in den aktiven Dienst gestellt werden. Ihre Heranbildung für den schweren und verantwortungsvollen Dienst mußte einem späteren Zeitpunkt vorbehalten werden. Dazu mangelte es in den ersten Nachkriegsjahren, wie allgemein bekannt ist, an einem ordentlichen Schulungsbetrieb, zunächst einmal an den notwendigen Gebäuden, an Unterkünften für die Polizei- und Gendarmerieschüler, es mangelte an den notwendigen Schulbehelfen und nicht zuletzt an der Anzahl der Lehrkräfte. Es mußte also darangegangen werden, dieses Versäumnis nachzuholen, damit diese Lücke im Polizei- und Gendarmeriedienst nach und nach geschlossen werde. Da auf diese Weise durch die nachträgliche turnusweise Schulung ein erheb-

licher Teil der Exekutivorgane während der Ausbildungszeit dem aktiven Dienst entzogen wurde, mußte durch Bereitstellung von Reservisten für entsprechenden Ersatz gesorgt werden.

Eine weitere Ursache für die notwendig gewordene Vermehrung der Personalstände war das ungeheure Ansteigen der Kriminalität. Was sich nach Kriegsende gezeigt hat, ist eine Erscheinung, die nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern festgestellt werden konnte. Die Sicherheitsverhältnisse waren in den ersten Jahren in äußerst beklagenswertem Zustand. Schwere Verbrechen waren in Stadt und Land an der Tagesordnung. Ich möchte hier das Hohe Haus nicht mit Ziffern und Zahlen belästigen, einige Ziffern möchte ich aber doch herausheben, weil sie hier die große Veränderung zeigen.

Wir hatten 1947 274 Morde und Totschläge, 1948 227, 1949 155 und 1950 101. 1947 hatten wir 949 bewaffnete Raubüberfälle, 1948 447, 1949 237 und 1950 120. Unbewaffnete Raubüberfälle waren 1947 783, 1948 747, 1949 360, 1950 230 zu verzeichnen. Geschäftseinbrüche hatten wir 1947 5926, 1948 5012, 1949 2781 und 1950 2264. Zum Vergleich dafür sei angeführt, daß Ende 1937 62 Mordfälle und Mordversuche und nur 57 Raubüberfälle im gesamten Bundesgebiet Österreichs registriert wurden.

Daß die Kriminalität im Laufe der Jahre, wie die Zahlen beweisen, bedeutend herabgedrückt werden konnte, ist neben der allmählichen Konsolidierung der Verhältnisse sicherlich auch dem Einsatz vermehrter Kräfte der Sicherheitsexekutive zuzuschreiben. Ich könnte hier anführen, was sonst noch für schwere neue Obliegenheiten für die Exekutive dazugekommen sind. Gerade bei der Gendarmerie, die sich vor 1938 auf die Erfüllung der ihr gesetzmäßig zukommenden Aufgabe, die Sicherheit auf dem flachen Lande aufrechtzuerhalten, beschränken konnte, bedeutet die Erweiterung der Aufgaben die Notwendigkeit einer ganz gewaltigen Personalvermehrung.

Dazu kommt noch, daß sie auch den gesamten Grenzschutz und Grenzkontrolldienst versehen muß und von den Besatzungsmächten — von allen vier, wie ich feststellen will — zu den verschiedensten Diensten herangezogen wird, die manchmal nur sehr, sehr wenig oder gar nichts mit dem Sicherheitsdienst zu tun haben. Die fortdauernde militärische Besetzung Österreichs wird in dieser Richtung leider keine Abhilfe bringen. So stehen im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als 1230 Gendarmerieorgane — das sind rund 11 Prozent des Gesamtstandes von 1951 — im Auftrag der Besatzungsmächte im Wachtdienst

für alliierte Objekte und andere Dienstverwendungen für rein alliierte Zwecke. Außerdem hat die Gendarmerie in erster Linie den vollen Einsatz bei Katastrophen großen Umfanges zu stellen, wie dies bei den Überschwemmungen, Lawinen- und Eisenbahnkatastrophen dieses Jahr in bedeutendem Ausmaß der Fall war und was von der Bevölkerung freudig begrüßt wird. Vor 1938 stand hierfür auch das Bundesheer zur Verfügung.

Die Vermehrung der Personalstände bei der Bundespolizei und bei der Bundesgendarmerie findet neben den gleichen Ursachen ihre Erklärung schließlich auch in der Tatsache, daß das Gebiet von Wien sowie der Städte Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck, bei denen Bundespolizeidirektionen eingerichtet sind, in der Zeit von 1938 bis 1945 durch Eingemeindung von Nachbargemeinden eine räumliche Ausdehnung um ein Mehrfaches erfahren haben. Das hat wieder infolge Erweiterung des örtlichen Wirkungsbereiches dieser Polizeidirektionen und der dadurch erhöhten Bevölkerungszahlen gegenüber 1938 eine Arbeitsvermehrung und dadurch zwangsläufig eine Erhöhung des Personalstandes bedingt.

Mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes wurden in Österreich auch die gesamten technischen Einrichtungen des Sicherheitsapparates vernichtet. Besonders in Wien, in Niederösterreich und im Burgenland hatte jedwede polizeiliche Organisation zu bestehen aufgehört, und es herrschte auf dem Gebiet des Sicherheitswesens ein völliges Vakuum. Alle technischen Einrichtungen der Polizei und Gendarmerie waren zerstört, die Gebäude gesprengt oder ausgebrannt und alle technischen Hilfsmittel fortgeschafft. Es hat Jahre gedauert, um alle diese Schäden einigermaßen zu beheben und für Verlorengegangenes einen halbwegs hinreichenden Ersatz zu schaffen.

Ich kann es mir ersparen, auf Einzelheiten einzugehen. Ich will nicht darlegen, wie schwer es war, die Uniformierung der Gendarmerie und Polizei durchzuführen. Die Ausrüstung mit Waffen ist ein besonderes Kapitel. Die Ausrüstung mit Waffen kann nur mit Zustimmung der Alliierten geschehen. Noch im Jahre 1948 konnte es vorkommen, daß mangels einer genügenden Anzahl von Waffen — sowohl bei der Polizei als auch bei der Gendarmerie — der Beamte, der Außendienst versah, erst dann seinen Dienst antreten konnte, wenn ein anderer vom Dienst eingerückt war und ihm seine Waffe übergeben hatte. Alle Bemühungen, die notwendige Abhilfe zu schaffen, scheiterten bisher an dem Widerstand einer Besatzungsmacht. Es ist klar, daß die Ver-

2528 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

brecher, die nicht selten mit modernen Waffen versehen sind, diesen Übelstand zu ihrem Vorteil sehr zu nützen verstanden. Die Polizeibeamten und Gendarmen, die seit 1945 nicht zum wenigsten die Opfer dieser ungenügenden Ausrüstung in treuer Pflichterfüllung ihres Dienstes an der Allgemeinheit waren, haben vielfach ihr Leben dabei lassen müssen. Dafür gibt es einen eindrucksvollen Beweis.

In diesem Zeitraum sind nämlich 41 Polizisten und 48 Gendarmen getötet und 181 Polizisten und 43 Gendarmen schwer verletzt worden. (*Hört! Hört! - Rufe bei den Regierungsparteien.*)

Über die in einigen Landesgendarmeriebereichen vorhandenen leichtgepanzerten Kraftfahrzeuge wird seitens der kominformierten Presse ein großes Geschrei erhoben. Im sogenannten Weißbuch und auf Plakaten der sowjetrussischen Besatzungsmacht finden diese Kraftfahrzeuge einen besonders breiten Raum.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Herren vom Linksblock! Ich bin kein militärischer Fachmann, ich habe auch keinerlei Ehrgeiz, je einer zu werden. Es kann Ihnen aber bei Ihren guten Beziehungen, die Sie zur sowjetischen Besatzungsmacht haben, nicht schwerfallen, militärische Fachleute über den wirklichen militärischen Wert dieser Fahrzeuge zu befragen. Diese Fahrzeuge, von denen heute soviel die Rede war und die im Ausland als Kriegsausrüstung gelten, diese Fahrzeuge, die auf Plakaten und im Weißbuch breitspurig behandelt werden, haben keinen anderen Zweck als den, unseren Exekutivorganen persönlichen Schutz zu gewähren. Wir haben nun einmal die Pflicht, das Leben der Exekutivbeamten mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen (*Zustimmung bei den Regierungsparteien*), weil diese Beamten bereit sind, ihr Leben im Kampf gegen das Verbrechen einzusetzen. Wir haben die Verpflichtung, die Männer, die bereit sind, ihr Leben einzusetzen, zu schützen und ihren Familien den Ernährer zu erhalten. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und beim KdU.*) Das ist der wahre Grund, warum wir entsprechend vorsorgen.

Daß die Bundespolizei und Bundesgendarmerie die einzigen von den alliierten Besatzungsmächten anerkannten Waffenträger sind und unter den erschwerten Verhältnissen einer Nachkriegszeit ohne Beispiel nicht nur den moralischen und faktischen Rückhalt eines Bundesheeres, das Österreich noch nicht besitzt, entbehren, sondern sogar einem Teil der Aufgaben einer bewaffneten Macht — ich verweise noch einmal als Beispiel auf den Grenzschutz — gerecht werden

müssen, und das in einem Lande mit einmaligen geographischen Grenzen und mit Nachbarländern, die von Waffen starren und in denen sogar das weibliche Geschlecht im Waffengebrauche geschult wird, Herr Abg. Honner, das ist Ihnen alles nicht unbekannt! Ich möchte nun fragen: Wollen die Herren vom Linksblock das etwa abstreiten?

Es ist in der ganzen Öffentlichkeit genügend bekannt, in welcher Weise sich der Aufbau der Bewaffnung in unseren Nachbarstaaten vollzogen hat. (*Abg. Honner: Aber die tun uns nichts! — Ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien.*) Herr Abg. Honner, Sie wissen genau, daß in unseren Nachbarländern neben der Wehrmacht eine militärisch aufgebaute Polizei besteht. Das wissen Sie vor allem von Ihren vielen Reisen in die Länder der Volksdemokratie. Ihre Angriffe und Ihre Angeberei verfolgen aber den Zweck, uns vollständig wehrlos zu machen, damit wir in allem und jedem Ihnen ausgeliefert bleiben, beziehungsweise ausgeliefert werden sollen. Dazu kann ich Ihnen aber nur eines sagen: Das wird Ihnen niemals gelingen, Herr Abg. Honner! (*Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien.*) Nehmen Sie ein für allemal zur Kenntnis: Wir tun nichts in diesem Staate, was dem Kontrollabkommen widerspricht. Um aber das, was uns dort aufgetragen ist, nämlich die Sicherheit des Landes zu verbürgen, Volk und Staat zu schützen, erfüllen zu können, werden wir die uns im Kontrollabkommen eingeräumten Rechte bis zum letzten Buchstaben ausnützen. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.*) Wir werden in dieser Sache gar nichts vernachlässigen, und Ihre Angeberei wird uns nicht abhalten, alles, was wir nur zum Schutze unseres Landes und unseres Volkes tun können, zu tun! (*Neuerlicher starker Beifall.*)

Die Herren Koplenig, Fischer und Honner haben auch viel von der Aufrüstung im Westen gesprochen, von der Remilitarisierung Österreichs und von der angeblichen Aufstellung eines Bundesheeres. Dazu gehört auch die Behauptung von der Eingliederung der Gendarmerie in den Atlantikpakt. Dazu kommt noch eine ganze Reihe von Behauptungen. Alles, was Sie in diesem Zusammenhang behauptet haben, geht daneben. Ich sage Ihnen, Herr Abg. Honner: Sie und Ihre Kollegen haben sich gestern und heute wahrhaftig als üble Märchenerzähler betätigt! (*Abg. Frühwirth: Nein, nein! Als Landesverräter! Landesverräter, Denunzianten, das ist der richtige Ausdruck!*)

Wir sind ein von vier Besatzungsmächten besetztes Land. Noch immer gilt in unseren

Zonen das Kriegsrecht verschiedener Länder. Eine Besatzungsmacht bespitzelt die andere, und wenn ein Österreicher in unserem Lande einem anderen Österreicher das erzählt, was er mit eigenen Augen von den Truppenbewegungen gesehen hat, dann läuft dieser Österreicher Gefahr, als Spion behandelt zu werden. Das ist eine Tatsache, und es ist wahrhaftig eine Schande, daß wir fast sieben Jahre nach Friedensschluß noch so behandelt werden. *(Zustimmung.)*

Sie reden von der Aufrüstung im Westen und stecken vor den Vorgängen in der Sowjetzone den Kopf in den Sand. Sie stellen sich blind, die Herren vom Linksblock, wir aber sind nicht blind! Wir wissen ganz genau, was sich in der Sowjetzone tut. Ich sage hier noch einmal, was hier schon oft erwähnt wurde, daß die westlichen Alliierten das Sowjetelement eingeladen haben, die behaupteten Aufrüstungsbauten im Westen zu besichtigen. Dazu ist es deshalb nicht gekommen, weil die Einladung vom Sowjetelement nicht angenommen wurde. Der Herr Abg. Honner hat heute begründet, warum das nicht geschieht. Sie, meine Herren vom Linksblock, behaupten, in der Sowjetzone gebe es nur Friedenstauben. Es gibt dort nach der Meinung der KP weder Kanonen und Panzer, noch Flugplätze usw. Ich mache Ihnen, meine Herren, einen Vorschlag. Ich mache besonders Ihnen, Herr Abg. Honner, einen Vorschlag, der folgendermaßen lautet: Machen Sie Ihren Einfluß in der Sowjetzone geltend, damit von dort aus die gleiche Einladung an die Westmächte ergeht, die Ostzone zu besichtigen! *(Abg. Honner: Das ist schon längst geschehen!)* Wenn das aber nicht geht, wenn Sie das schon nicht durchsetzen können, weil das Sowjetelement die Amerikaner, Franzosen und Engländer nicht gerne in ihrer Zone sehen will, dann setzen Sie doch wenigstens durch, daß dieses Parlament eine Kommission einsetzt, bestehend aus Vertretern aller drei durch das Sowjetelement zugelassenen Parteien, damit sie feststellt, wie in der Sowjetzone die Verhältnisse liegen und welche Kanonen und welche Panzer es in dieser Zone gibt! *(Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* Das wäre, Herr Abg. Honner, eine Tat! *(Zwischenrufe beim Linksblock.)* Dafür würde Ihnen das ganze österreichische Volk nur dankbar sein! *(Abg. Ernst Fischer: Warum verteidigen Sie die Amerikaner?)* Ich verteidige nicht die Amerikaner! Ich sage Ihnen, meine Herren vom Linksblock: Wir haben nur einen einzigen Wunsch, daß alle Besatzungsmächte unser Land verlassen. Alle vier, ohne daß wir dabei auch nur eine ausnehmen! *(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Hohes Haus! Wir wissen, was sich in unserem Lande tut, und wissen auch um die Vorgänge innerhalb der Sowjetzone ganz genau Bescheid. Sie erheben schon über die Absicht, einen Flugplatz zu erbauen, ein wüstes Geschrei, machen Abstimmungen und belästigen so die Bevölkerung.

Ich frage Sie, meine Herren: Wissen Sie, wie viele sowjetische Flugplätze es in Österreich gibt? Wissen Sie, wie viele Flugplätze neu ausgebaut werden? Dorthin richten Sie Ihre Proteste! *(Beifall.)* Das wäre sehr erwünscht.

Richten Sie Ihre Proteste und Ihre Anklagereden dorthin. Das dürfen Sie aber nicht. Solange Sie das nicht tun, meine Herren, sind Ihre Anklagereden einseitig. Und ich füge hinzu: Solange Sie das nicht tun, sind Ihre Anklagereden nichts anderes als eine eitle Demagogie. *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)* Würden diese Anklagereden echt sein und würden sie ehrlich gemeint sein, dann müßten sie sich auch gegen Ihre Auftraggeber wenden; dann, glaube ich, werden Sie wahrscheinlich vorher einen kräftigen Wink bekommen. Da Sie das nicht tun, erledigt sich Ihre Demagogie und Heuchelei, die Sie hier vorgebracht haben, von selbst.

In einer mehr als sechs Jahre andauernden Besetzung ist unser Volk hart und verbittert geworden. Ich sage es Ihnen, meine Herren vom Linksblock: Hüten Sie sich davor, daß Sie diese Erbitterung einmal zu spüren bekommen, die unser Volk heute beherrscht! *(Zustimmung bei der SPÖ und ÖVP.)*

Nach wie vor — ich weiß es — wird in dieser harten Zeit trotz aller Anklagen das Innenministerium Sachwalter der Interessen von Staat und Volk sein. *(Heftige Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Widmayer: Erster Klasse schacken wir euch gratis bis zum Eisernen Vorhang!)* Kein Angriff, von welcher Seite immer er kommen mag, wird uns an dieser Arbeit hindern. Wir werden in dieser Abwehr umso stärker sein, je mehr Verständnis — um das ich heute namens des Innenministeriums bitte — unsere Arbeit bei unserem Volk und auch bei der Volksvertretung findet.

Der Herr Abg. Honner ist im Laufe seiner Ausführungen auf eine Reihe von Fragen zurückgekommen, die ausführlich im Budgetausschuß behandelt wurden. Dort wurde ich gefragt, und dort habe ich eine Antwort gegeben. Wenn der Herr Abg. Honner aus diesen Antworten, die ich im Budgetausschuß gegeben habe, herauslesen will, daß ich dabei Russenhetze betrieben habe, so weise ich das zurück! Ich habe im Budgetausschuß nichts anderes getan, als auf die Fragen, die mir die Abgeordneten gestellt haben, Antwort gegeben.

2530 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Und wenn Beschwerden über die Entführungen, Verschleppungen, Bedrückung und Willkür der Besatzungsmacht an mich gestellt werden, dann habe ich wahrheitsgemäß zu antworten. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich unterlasse es daher, auf all die Fragen, die der Herr Abg. Honner hier an mich gestellt hat, überhaupt eine Antwort zu geben. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU. — Abg. Dr. Koref: Daß solche Schandbuben sich überhaupt noch hier zu sitzen getrauen! — Abg. Honner: Darüber entscheiden nicht Sie! — Heftige Zwischenrufe. — Anhaltende Unruhe. — Abg. Dr. Koref: Diese Denunzianten!)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte hat sich der Herr Staatssekretär Graf gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Abg. Widmayer: Euer Glück, daß ihr in der Demokratie lebt! — Abgeordneter Altenburger: Wo sind unsere Leute, die Ottillinger? Wo sind sie, wo sind sie, Honner?)*

Ich bitte, Ruhe zu bewahren. *(Anhaltende Unruhe.)*

Meine Herren! Kommen wir wieder zu einer ruhigen und sachlichen Auffassung! Der Herr Staatssekretär Graf hat das Wort.

Staatssekretär Graf: Der Herr Innenminister hat die Ressortfragen beantwortet. Ich hätte auf die Ausführungen der Herren Abg. Fischer und Honner, die erfreulicherweise mit meiner politischen Tätigkeit nicht zufrieden sind, überhaupt nicht geantwortet, wenn nicht einige Feststellungen und Klarstellungen notwendig wären.

Ihr Versuch, meine Herren von der Kommunistischen Partei, uns alle hier der Kriegs- und Russenhetze zu zeihen, ist mehr als eine politische Diffamierung. *(Abg. Honner: Jeden Tag machen Sie es!)* Es ist das ernste Bemühen, Ihre politischen Gegner zu verleumden und sie der Besatzungsmacht ans Messer zu liefern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ihre offenen und versteckten Drohungen ... *(Lebhafter Widerspruch beim Linksblock.)* Herr Abg. Honner, Lautstärke kann Geist nicht ersetzen! *(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)* Ihre offenen und versteckten Drohungen werden uns nicht abhalten, mit Ihnen und Ihrer Partei weiterhin in der Sprache zu reden, die Sie als einzige verstehen, nämlich sehr offen, sehr ehrlich, und wenn es sein muß, sehr rückhaltlos. *(Abg. Honner: So wie wir heute gesprochen haben, werden wir auch in Zukunft mit Ihnen reden!)* Herr Abg. Honner, Sie haben Ihre kriegerische Rolle beibehalten. Als ich Sie kennenlernte, stellten Sie sich mir noch als Offizier des Marschalls Tito vor. *(Hört! Hört! - Rufe.)* Heute würde Sie diese Uniform aller Wahrscheinlichkeit nach in die größte

Verlegenheit bringen. *(Heiterkeit und Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Man könnte über Ihre Bemühungen, die österreichische Regierung der Wiederaufrüstung zu beschuldigen — was Sie in dem sogenannten Weißbuch, das ich lieber als Schwarzbuch der Kommunisten bezeichnen möchte, getan haben —, zur Tagesordnung hinweggehen, wenn Sie diese Lügen nicht in die ganze Welt hinaus verkünden wollten. Wenn es nach Ihnen geht, Herr Abg. Honner, ist jede neugebaute Straße im Westen Österreichs eine Panzerstraße, jeder neue Wohnhausbau eine Kaserne, jeder Traktor ein Panzer und jeder Polizist und Gendarmeriebeamte ein Generalstäbler.

Sie reden immer von Volk, Demokratie, Frieden und Freiheit. Unter Volk verstehen Sie nur Ihre Partei, unter Demokratie verstehen Sie nur Volksdemokratie, unter Frieden verstehen Sie den ewigen Frieden für Ihre politischen Gegner und unter Freiheit verstehen Sie den Staat und die Demokratie hinter Stacheldraht. *(Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU. — Abg. Honner: Ist das keine Hetze?)*

Sie, meine Herren vom Linksblock, reden von Freiheit. Sorgen Sie dafür, daß die politischen Parteien Österreichs in der Ostzone dieselbe Presse- und Redefreiheit genießen, wie Sie sie in Westösterreich Tag für Tag und Jahr für Jahr in Anspruch nehmen. *(Neuerliche Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Wenn Sie für die Freiheit sind, dann sorgen Sie dafür, daß die 700 Österreicher, die auch zum Teil durch Verleumdung nach Rußland verschleppt wurden, in ihre Heimat zurückkehren. *(Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU. — Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Altenburger: Schweigen Sie, Sie sind schuld! — Rufe bei der ÖVP: Wer ist schuld an den vielen, die draußen sind? — Denunzianten! — Abg. Altenburger: Ihr seid schuld, wenn viele Kinder zu Weihnachten ihren Vater nicht bei sich haben können! Ihr seid schuld an der Not vieler Kinder! — Abg. Frühwirth: Wo ist unser Abgeordneter Gruber? — Andauernde Zwischenrufe des Abg. Altenburger.)*

Präsident Dr. Gorbach *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abg. Altenburger! *(Weitere andauernde Zwischenrufe. — Gegenrufe des Abg. Scharf. — Heftige Rufe bei den Sozialisten. — Gegenrufe beim Linksblock.)* Herr Abg. Widmayer, bitte doch wieder zu sich zu kommen und die Kontrolle über sich nicht zu verlieren!

Staatssekretär Graf *(fortsetzend)*: Meine Herren! Wenn Sie für Freiheit sind, dann sorgen Sie dafür, daß Ihre Schutzmacht auf-

hört, sich weiterhin in personelle Angelegenheiten einzumischen, daß sie aufhört, die Betriebe zu Zwangsappellen zusammenzurufen, aufhört, weiterhin Privatautos für sich stellig zu machen, aufhört, den politischen Flüchtling als Freiwillig zu betrachten. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*) Wenn Sie für die Freiheit sind, dann sorgen Sie in erster Linie auch dafür, daß damit ein Ende gemacht wird, daß österreichische Menschen von nichtösterreichischen Gerichten unter Ausschaltung jeder Öffentlichkeit abgeurteilt und außer Landes gebracht werden! (*Neuerlicher lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.* — *Zwischenrufe.*) Als Vertreter der Besatzungsmacht haben wir Sie schon öfters kennengelernt, als Anwalt eines Satellitenstaates heute zum erstenmal.

Nun zu Ihrer Beschuldigung wegen des Angriffes auf einen Satellitenstaat folgendes: Die Volksdemokratie und die Kommunisten sind sehr empfindsam, wenn man ihnen auf die Zehen tritt, sie haben aber eine Elefantenhaut, wenn man uns Österreicher diffamiert. (*Abg. Honner: Lüge!*) Solange Minister und Politiker dieser Satellitenstaaten ohne österreichisches Visum mit der Propustka nach Österreich kommen und hier ihre politische Tätigkeit ausüben, haben Sie, Herr Abg. Honner, wenn Sie sich überhaupt noch als österreichischer Abgeordneter fühlen, nicht das Recht, hier Proteste zu erheben.

Hohes Haus! Die heutige Debatte hat uns gezeigt, daß wir von denen und ihren Leuten in Zukunft nur Terror, Blut und Tränen zu erwarten haben. (*Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.* — *Abg. Ernst Fischer: Sie alberner Prahlhans!* — *Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Diese Erkenntnis ist wichtig. (*Abg. Koplénig: Faschist, du alter! Du Bandit, du!* — *Abg. Ernst Fischer: Sie großwahn sinniger Dummkopf!*) Herr Abg. Fischer, Sie haben nicht nur Ihre Familie verleugnet, sondern auch den letzten Rest Ihrer Kinderstube unter diesen Vieren bereits aufgegeben. (*Abg. Koplénig: Eine Schande, daß ein Faschist hier oben steht!* — *Abg. Ernst Fischer: Sie faschistischer Büffel!*) Diese Erkenntnis ist wichtig, denn sie wird die 160 österreichischen Abgeordneten dieses Hauses zu Einheit und Geschlossenheit zusammenführen. (*Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.* — *Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach: Der Herr Abg. Koplénig hat den Vorredner einen Banditen geheißen. (*Abg. Koplénig: Ein faschistischer Bandit, aber kein Minister!* — *Lebhaftes Zwischenrufe.*) Ich erteile ihm eine Rüge. (*Abg. Koplénig: Ein Strolch, aber kein Minister!* — *Andauernde heftige Zwischen-*

rufe. — *Abg. Altenburger, auf den Abg. Koplénig zugehend: Wenn Dutzende Kinder ihren Vater heute nicht da haben, sind Sie schuld!* — *Andauernde heftige Zwischenrufe.*)

Abg. Czernetz: Hohes Haus! Wir beraten jetzt das Kapitel Inneres und haben dabei über die Verwaltung unserer Republik zu sprechen. Es ist bisher in den zum Teil sehr stürmischen Beratungen eigentlich kaum etwas über die Tatsache gesprochen worden, daß unsere innere Verwaltung in den wenigen Jahren seit der Errichtung der Zweiten Republik außerordentlich sauber und klaglos zu arbeiten begonnen hat. Meine Damen und Herren! Wäre es nicht falsch, einfach darüber hinwegzugehen, daß auch die Mitglieder der Oppositionsparteien keinen Grund gefunden haben, sich über die innere Verwaltung zu beschweren, die unserem Ministerium für Inneres untersteht? Das gilt besonders auch für die Zeiten, in denen das ganze österreichische Volk Gelegenheit hatte, seine Meinung zu äußern. Ich glaube, es gehört auf den Ehrenschild unserer Republik und unserer Verwaltung, daß bei den Nationalratswahlen im Jahre 1949 und bei beiden Wahlgängen der Präsidentenwahl des Jahres 1951 unsere Verwaltung klaglos gearbeitet hat, daß es keine Beschwerden, keine Schwierigkeiten gegeben hat und daß die Oppositionsparteien keinen Grund zur Kritik an der inneren Verwaltung unserer Republik gefunden haben.

Ich möchte noch eine weitere außerordentlich wichtige, wie ich meine, über die Parteien hinausgehende Feststellung machen. Es ist ein Kennzeichen der Diktatur, ein Kennzeichen monarchistischer, absolutistischer Staaten, daß der Beamte ein Repräsentant der Obrigkeit ist. Das Volk steht in solchen Staaten zum Beamten in Unterwürfigkeit. Wir haben es erlebt, und in den Diktaturen erlebt man es heute noch, daß das Volk im Beamten der Diktatur den Feind sieht. Meine Damen und Herren! Wir haben in den wenigen Jahren des Bestandes unserer Zweiten Republik eine Reihe von Verbesserungen erzielt. Ich glaube aussprechen zu können, daß heute die Stellung des Staatsbürgers in unserem Staate zum Beamten anders ist als sechs oder sieben Jahre früher. Mehr als die Hälfte des Volkes in unserem Land hat in den Jahren der Diktatur in jedem uniformierten Vertreter des Staates den Feind gesehen. Das ist vorüber. Wie immer man politisch eingestellt sein mag — heute sieht man in dem uniformierten Beamten des Staates in höherem Maße als jemals zuvor einen Diener des Volkes, einen Staatsbürger mit öffentlichen Aufgaben.

Aber es wäre nicht angemessen, bei dieser Gelegenheit nicht auch freimütig zu sagen, daß wir in der Erziehung der Staatsbürger zu demokratischem Verständnis und in der Erziehung unserer Beamtenschaft zu voller demokratischer Pflichterfüllung noch vieles zu leisten haben. Wir sind eine junge Demokratie, und wir haben die Rechte und Pflichten der Staatsbürger noch sehr zu entfalten. Wir alle, glaube ich, haben da noch viel zu lernen. Aber die Fortschritte, die bereits erzielt wurden, sind besonders deutlich auf dem Gebiete der Exekutive feststellbar; besonders darum, weil es auf diesem Gebiet vorher so schlimm, weil es eben in den Diktaturen so grauenvoll war, weil der Beamte vielfach wider seinen Willen zum Feind des Volkes geworden ist.

Die innere Verwaltung der Republik hat dafür zu sorgen, daß der Staat, die demokratische Verfassung, die Freiheit gesichert sind, daß die Persönlichkeit, das Leben, das persönliche Eigentum geschützt werden. Wir haben vorher aus der Erklärung des Herrn Bundesministers für Inneres von den Schwierigkeiten gehört, von der anwachsenden Kriminalität, die dem Krieg gefolgt ist, von der Verwilderung, der Brutalisierung, vielleicht besonders der jungen Menschen, die durch das grauenvolle Erlebnis des Krieges gegangen sind, und wir haben dazu die furchtbare Erschwerung durch die Einmischung der Besatzungsmächte. An dieser Frage, meine Damen und Herren, brach heute einer der Konflikte und eine schwere Auseinandersetzung in diesem Hause aus.

Da haben wir von dem Herrn Abg. Honner gehört, daß es in den Ämtern und in den verstaatlichten Betrieben einen „schäbigen Terror“ gebe. Er hat erklärt, wenn es bei der USIA Terror gäbe, dann würde es keine sozialistische Positionen mehr in den USIA-Betrieben geben. Nun, meine Damen und Herren, diese Frage kann ich zunächst einmal umkehren und fragen: Gibt es denn in den Ämtern nicht Beamte, die kommunistisch wählen oder der Kommunistischen Partei angehören? Aber umgekehrt, die Beamten, die gemäßregelt werden, weil ihre übergeordneten Organe finden, daß sie ihren Dienst verletzt haben, haben ein ordentliches Untersuchungsverfahren und finden einen Richter. Was geschieht aber mit jenen Arbeitern, die dem kommunistischen Terror in den USIA-Betrieben zum Opfer fallen? Zu welchem Richter können sie gehen? Hilft ihnen die Kommandantura? (*Abg. Koplénig: Zählen Sie auf!*) Gehen Sie doch in die Russenzone, verlassen Sie Ihren Wohnbezirk in der amerikanischen Zone, fragen Sie nach, wie es den

Arbeitern dort geht! Sie haben überall den kommunistischen Terror und den Terror der Besatzungsmacht, und in allen jenen Fällen, in denen von Übergriffen geredet wird ... (*Abg. Koplénig: Namen! Namen!*) Herr Abg. Koplénig, ich werde die Namen früher nennen, als Ihr Parteifreund Honner imstande ist, die Hausnummer des Favoritner Hauses zu nennen. Wir haben in all diesen Betrieben in der Russenzone ... (*Abg. Koplénig: Den Namen!*) Reden Sie doch keinen Unsinn, Herr Abg. Koplénig. Es handelt sich nicht um einen Namen, sondern es handelt sich in diesen Betrieben um Hunderte, die entlassen werden. Aber das Merkwürdigste ist ja nur, daß Sie offenbar nicht als Vertreter der Kommunistischen Partei in diesem Hause sitzen, sondern als der Vertreter der USIA-Zentralverwaltung. Jedenfalls möchte ich in diesem Zusammenhang feststellen, daß jeder österreichische Staatsbürger, gegen den eine vorgesetzte Behörde irgendeine Einwendung hat, seinen Richter findet und auch zu seinem Recht kommt.

Wenn Sie von Übergriffen der Exekutive gesprochen haben, so mußten Sie doch selbst zugeben, daß die Gerichte nachher freigesprochen haben. Es gibt keinen besseren Beweis für die saubere Ordnung unserer Demokratie. Ich wünschte nur, daß in Ihren Heimatländern, daß in den Volksdemokratien jedermann, der von der Polizei verhaftet wird, nachher durch ein ordentliches Gerichtsverfahren freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt wird. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Herr Abg. Honner hat von den Werbemethoden meines Parteifreundes Widmayer für eine Zeitung gesprochen. Es ist nur eine Nebenfrage, aber sie ist symptomatisch. Der Abg. Widmayer hat einen Werbebrief geschickt, in dem es heißt: Wenn Sie die Gratisnummer nicht mehr wollen, dann verständigen Sie meinen Parteifreund; er ist Bürgermeister in diesem Ort. Abg. Honner hat das erpresserisch genannt, und es wurde von einem anderen Linksblockabgeordneten herausgerufen: Das ist politische Korruption! Meine Herren, ich glaube, es gibt ein Ausmaß von Kindlichkeit und Naivität, das Sie besser bleiben lassen. Sie haben sich ja bereits auf andere Dinge spezialisiert. Haben Sie ganz vergessen, daß der Abg. Ernst Fischer zur Zeit seiner Bürgerschaft Chefredakteur des „Neuen Österreich“ war, daß er selbstverständlich in dieser Zeit imstande war, die Werbung für das Blatt — wie hieß es doch damals — der „Demokratischen Einigung“ zu entfalten! Worauf es ankommt, das ist doch, daß die „Österreichische Zeitung“ mit ihren uniformierten Werbepersonen österreichische Amtsstellen und Be-

triebe zum Abonnement zwingt. Das ist der Unterschied. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich möchte wissen, ob sich Ihre Parteiangehörigen vor dem gewählten Bürgermeister in der Ortschaft, die Sie genannt haben — es ist kein Bürgermeister, den die Besatzungsmacht eingesetzt hat, die gehören durchwegs der Kommunistischen Partei an, sondern es handelt sich um einen gewählten Bürgermeister, einen Mann, den man stürzen kann, dessen Partei man ablehnen kann —, ob sie den so gefürchtet haben. Das sind Kinkerlitzchen, über die man nicht ernsthaft zu reden braucht.

Über die Frage der Exekutive wurde gestern und heute sehr ausführlich gesprochen. Es wurde von der ungenügenden Ausrüstung, der ungenügenden Bewaffnung, der ungenügenden Nachrichtenübermittlung, der nicht einheitlichen Bewaffnung und von den Opfern, die diese Exekutive bereits zu beklagen hatte, gesprochen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich in dieser Budgetdebatte, die wenig vom Budget selber handelt, den Jahresvoranschlag zur Hand nehmen, können Sie feststellen, daß für Bundespolizei und Bundesgendarmerie insgesamt ein Betrag von 721,614.000 S ausgeworfen werden soll. Verglichen mit den Gesamtausgaben des ordentlichen Staatshaushaltes sind das 3,8 Prozent. Wenn Sie nachsehen, was unser Staat im Jahre 1952 für Unterricht, Kunst und soziale Verwaltung ausgibt, dann sehen Sie den außerordentlich interessanten Unterschied zwischen den militärischen Auslagen unseres „rüstenden Österreichs“ und unseren kulturellen Leistungen. Für Unterricht und Kunst wurden 1.209,990.000 S, für soziale Verwaltung 3.282,358.400 S veranschlagt. So ergeben sich zusammen — ich nenne die Ziffern zum Vergleich verkürzt — für soziale Verwaltung, Unterricht und Kunst 4492 Millionen Schilling, für Gendarmerie und Polizei dagegen 721 Millionen Schilling. Das ist das typische Beispiel eines „Militärstaates“, eines Staates, der seine Nachbarn bedroht!

Es ist gestern und heute vom Weißbuch des sogenannten Friedensrates gesprochen worden, und wir haben es auch in den Reden der Herren Abg. Fischer und Honner gehört: unsere Gendarmerie wird als getarnte österreichische Militäreinheit, als Schwarzes Bundesheer bezeichnet. Die Gendarmerie in Westösterreich, und nur die, wird als Keimzelle des Bundesheeres bezeichnet. Im Weißbuch des sogenannten Friedensrates wird dann konkret angeführt: Unsere Gendarmerie hat 14 Stück Panzerspähwagen mit leichter Bestückung. Nun muß ich sagen, das ist offensichtlich eine außerordentlich ernste und

schwere „Bedrohung“ unserer Nachbarn, auf die wir heute noch zurückkommen werden.

Zu der Behauptung, in Westösterreich werde das Bundesheer, eine als Gendarmerie getarnte Armee ausgebildet, möchte ich noch auf die Tatsache aufmerksam machen, daß die Tarnung offenbar sehr weit geht. So wird die Zentralschule der Gendarmerie in Horn in Niederösterreich, in der sowjetischen Zone, abgehalten. Sie war zuerst in Mödling und wurde dann auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht nach Horn verlegt, was eine Erschwerung und Verteuerung mit sich bringt. Jedenfalls muß das Ausmaß der „Tarnung“ ungeheuer sein, wenn sie nicht einmal von der sowjetischen Besatzungsmacht durchschaut wird, sodaß die zentrale Schulung dieses „getarnten Bundesheeres“ mitten in der Sowjetzone abgehalten werden kann. Wir hören von Kasernenbauten — Bilder von den Kasernenbauten sind im Weißbuch. Und was stellt sich heraus? Nach den verheerenden Kriegszerstörungen ergab sich die Notwendigkeit, unsere Gendarmen unterzubringen. Nun sind gegenwärtig fünf Neubauten für Unterkünfte im Aufbau. Solche Gendarmerie-neubauten befinden sich in Parndorf im Burgenland, in St. Michael im Burgenland, in Freistadt in Oberösterreich, im Mühlviertel also, in Rottenegg in Steiermark und die fünfte in Krakaudorf in Steiermark. Von den fünf Gendarmerie-neubauten werden drei in der sowjetischen Zone errichtet, ein typisches Beispiel für die „geheime, getarnte Aufrüstung“ unseres Bundesheeres in den westlichen Zonen“!

Wir finden im Weißbuch ein Bild: Kasernenbauten bei Graz aus ERP-Mitteln. Ja, ich muß sagen, wir haben allen Grund, der amerikanischen Besatzungsmacht dafür zu danken, daß sie uns dabei hilft. Wir dürfen unserer Freude und diesem Dank an die amerikanische Besatzungsmacht für die Zuteilung von ERP-Mitteln zum Bau dieser zwei Schulkasernen genau so Ausdruck geben, wie wir der Sowjetunion dafür danken würden, wenn sie den Bau der drei Kasernen in ihrer Besatzungszone auch so unterstützen würde. Aber dies zeigt die Einseitigkeit der Auffassung der kommunistischen Abgeordneten in diesem Hause. *(Abg. Scharf: Wohnungen sind wichtiger!)* Ja, Wohnungen sind wichtiger. Wenn die Wohnungen freigegeben werden, dann wird man mehr Platz für unsere Bevölkerung haben. Wenn man Baden und Mödling und die anderen Plätze nicht bis zum Bersten mit fremden Soldaten überfüllt, die uns um-erziehen sollen, dann wird man mehr Platz für unsere eigenen Beamten haben.

Ich kann aber jedenfalls bei dieser ganzen Betrachtung der österreichischen Gendarmerie

nicht umhin, dem Herrn Bundesminister eine Frage und eine Bitte vorzulegen. Wäre es nicht geraten, den Abgeordneten dieses Hauses oder Vertretern aller Parteien die Möglichkeit einer Besichtigung der furchtbaren „Ausrüstungsstätten“ der Gendarmerie, der Polizei und der Exekutive in ganz Österreich zu geben? Wir haben nichts zu verbergen, von der Zentralgendarmerieschule in Horn bis zu den Gendarmeriekasernen in Westösterreich, und es wäre gut, wenn sich in unserem Staate jeder Abgeordnete davon überzeugen könnte.

Besondere Bedeutung, meine Damen und Herren, gewinnt aber dieses ganze Gerede von der Ausrüstung im Zusammenhang mit dem, was in unseren Nachbarländern geschieht; denn es ist ganz klar, daß man einen Grenzschutz braucht, wenn der andere nicht völlig waffenlos dasteht. Wie schaut es in unseren Nachbarländern — ich spreche nur von diesen — aus?

Die tschechoslowakische Volksdemokratie verfügt gegenwärtig über 15 Infanteriedivisionen, die vollmotorisiert sind, über 5 Panzerdivisionen, die jede 8000 bis 10.000 Mann hat. Jede Division hat ein vollmotorisiertes eingegliedertes Artillerieregiment. Die Panzerdivisionen der Tschechoslowaken sind mit sowjetischen Panzern Type T 34, schweren Panzern Type Stalin III, ausgerüstet. Das ist die halbe tschechoslowakische Panzertruppe. Die zweite Hälfte der tschechoslowakischen Panzertruppe besteht aus den Skoda-Panzern Type 734. Insgesamt, meine Damen und Herren, hat unser friedliebender tschechoslowakischer Bruder- und Nachbarstaat 220.000 Mann in seiner Armee. (*Rufe: Hört! Hört!*) Die Tschechoslowakei hat 600 Jagdflugzeuge, davon 200 Düsenjäger russischer Herkunft und außerdem 100 umgebaute Messerschmidt-Flugzeuge Type Me 109. Ich bitte, das ist für ein friedliebendes Land in der Nachbarschaft Österreichs immerhin einiges.

Ungarn hatte im Jahre 1950 110.000 Mann, es hat jetzt 220.000 Mann. Ungarn hatte schon im Vorjahr eine Gliederung von 8 Infanteriedivisionen, 1 Panzerdivision, 1 Fallschirmjägerdivision und — das spielt für das wehrlose Österreich immerhin eine Rolle — 2 Donaumonitoren und 9 bewaffnete Patrouillenboote, die mindestens so wichtig sind wie unsere Panzerspähwagen bei der Gendarmerie. Aber sie haben 100 Flugzeuge, davon 2 Jagdstaffeln. Dazu gibt es eine große Zahl militärischer Flugplätze.

In der Tschechoslowakei und in Ungarn sind insgesamt 440.000 Mann unter Waffen. Die Volksdemokratien Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Tschechoslowakei und

Ungarn zusammen haben 1,250.000 Mann. Wenn man diese Zahlen hört, dann kann man es verstehen, daß eine Militärausgabe von 3-8 Prozent im österreichischen Budget und die Aufstellung von 21.000 Mann Polizei und Gendarmerie eine schlotternde Unsicherheit auslöst und daß dies natürlich eine „Gefährdung der ganzen volksdemokratischen Positionen“ darstellt.

Aber, meine Damen und Herren, man könnte sagen — und wahrscheinlich werden das die Kommunisten auch tun —: Ja das sind ja alles volksdemokratische Länder, die gegen Hitler gekämpft haben! Bei Ungarn ist dies schon nicht mehr ganz klar, auch bei Rumänien und Bulgarien dürfte es nicht eindeutig sein, aber schauen wir uns doch einmal an, wie es mit Ostdeutschland ist!

In Ostdeutschland gibt es kein Heer, kein Militär. In Ostdeutschland besteht nur eine Volkspolizei. Ostdeutschland hat auch keinen Friedensvertrag, keinen Staatsvertrag, genau so wie Österreich. Wie schaut es jetzt mit den bewaffneten Kräften in der „Deutschen Demokratischen Republik“ aus, wie sich dieses Gebilde nennt? Wie schaut es denn in der kommunistischen Volksdemokratie Ostdeutschland aus? Dort hat man im Frühjahr 1950 einen Bewaffnetenstand von 131.000 Mann Volkspolizei gehabt. Aber worauf es ankommt, das ist die Art der Bewaffnung. Haben sie vielleicht auch — wie hat der Abg. Honner nur gesagt? — „alles vom Maschinengewehr bis zum Panzerspähwagen, die ganze moderne Bewaffnung einer Armee“? Haben vielleicht die ostdeutschen Polizeieinheiten eine ähnliche Bewaffnung? Ich lese hier nicht nur von Panzern, Pistolen und Maschinenpistolen, Karabinern, Schnellfeuergewehren, Sturmgewehren und Maschinengewehren, sondern bloß von Granatwerfern mit 6, 8 und 12 cm, von Handgranaten 24, von Eierhandgranaten, leichten Infanteriegeschützen Kaliber 5-5 cm, schweren Infanteriegeschützen Kaliber 15 cm, leichten Feldhaubitzen 10-5 cm und schweren Feldhaubitzen 15 cm; dann von Kanonen, Kaliber 10-5 cm, Vierlings-Flak Kaliber 2 cm, Flak mit dem Kaliber 8-8 cm und 12-5 cm sowie Panzerabwehrkanonen mit dem Kaliber 3-7 cm und 7-5 cm — also auch von Geschützen! Die volksdemokratische Polizei in Ostdeutschland besitzt Panzer sowjetischer Herkunft vom Typ T 34 (*Abg. Koplemig: Von welchem Spionageapparat haben Sie die Ziffern?*), dann Typ Stalin und Typ Tiger sowie leichte und schwere Panzerspähwagen! (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Rat des Herrn Abg. Fischer, der sich hier als ärztlicher Konsulent dieses Hauses

etabliert hat ... (*Heiterkeit. — Zwischenrufe des Abg. Koplenig.*) Aber, Herr Abg. Koplenig, Ihr Parteifreund Fischer will den Abgeordneten der Regierungsparteien zu besseren Nerven verhelfen. Sie werden sehen, wie er auch Ihnen helfen wird! Ich möchte Ihnen also sagen, die Volkspolizei hat Panzer vom Typ T 34. (*Andauernde erregte Zwischenrufe des Abg. Koplenig. — Der Präsident, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*)

Herr Abg. Koplenig, wir wollen Ihnen helfen. Lassen Sie Ihren Kollegen Fischer holen, damit er Sie beruhigt. Also: Panzer vom Typ Stalin und vom Typ Tiger, deutsche Sturmgeschütze, gepanzerte Munitionsschlepper, leichte und schwere Panzerspähwagen haben sie auch. Wollen Sie vielleicht noch etwas? Da gibt es auch noch eine neue Flotte in der Ostsee, und die Bewaffnung geht dort bis zum Schultorpedo und zu Übungsminen! Das ist für einen Weltkrieg nicht entscheidend, aber es ist jedenfalls kein besonderer Beweis für die extensive Friedensliebe in jenen Ländern, die von Koplenigs, Honners und Fischers regiert werden, und auf der anderen Seite haben wir keinen Beweis für die „wütenden Rüstungen“, die in Österreich betrieben werden.

Nun befaßt sich mit den angeblichen österreichischen Rüstungen außer dem Weißbuch auch eine sowjetische Wandzeitung. Meine Damen und Herren! Diese sowjetische Wandzeitung spielt aus zwei Gründen eine besondere Rolle. Erstens als ein Zeichen dafür, daß es doch beileibe keine Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht in unsere inneren Verhältnisse gibt. Da hat bloß eine Kommandantur von Organen der österreichischen Republik gefordert, daß diese Wandzeitung der Besatzungsmacht in den Amtsgebäuden affiziert wird. Der Beamte unserer Republik ist von dem sowjetischen Kommandanten bedroht worden; er würde abgesetzt und bestraft werden, wenn er diesen Befehl nicht erfüllt. Der betreffende Beamte hat daraufhin erklärt: Ich befolge nur Weisungen meiner vorgesetzten österreichischen Behörde. Dieser Beamte hat die schriftliche Ausfolgung des Befehls sowie die schriftliche Feststellung der Strafe, der er gewärtig sein könnte, verlangt. Es gibt also auch demokratische Österreicher und Beamte, die wirklich Zivilcourage haben, etwas, was den Kommunisten nicht schaden könnte. (*Abg. Koplenig: Namen nennen!*) Sie wollen es wirklich wissen, Herr Koplenig? (*Abg. Koplenig: Solche patentierte Lügner wie Sie werden niemals die Wahrheit sagen!*) Herr Abg. Koplenig, hier ist der Name, der Zeuge selber ist so in der Nähe,

daß Sie vorsichtiger sein sollten. Es war nämlich der Ortsbürgermeister von Schwechat, der Bezirksvorsteher des 23. Wiener Gemeindebezirkes. Sein Name ist Alfred Horn! Außerdem ist er Nationalrat. Er sitzt hier! (*Ruf bei der SPÖ: Koplenig, wo ist nun der Lügner?* — *Abg. Koplenig: Horn, Graf und noch ein paar, die sind eine Gesellschaft!* — *Gegenrufe.*) Es ist erwiesen, Herr Koplenig! (*Andauernde Zwischenrufe.*) Herr Koplenig, die Widerlegungen, die Sie gegen meine Feststellungen ... (*Abg. Koplenig: Die Gesellschaft für Provokationen könnte man sie nennen!*) Ja, aber bitte, wollen Sie sich nicht doch von Ihrem Parteifreund, dem Abg. Fischer, behandeln lassen? Er kann Ihnen durch Ihre Partei ein Parere verschaffen. Hören Sie doch auch andere Meinungen! Es geschieht Ihnen schon nichts. Wir können Ihnen versichern: Sie sind absolut sicher in diesem Haus! (*Heiterkeit.*) Ich möchte also sagen: Die Widerlegung, die Sie hier mit Schimpfwörtern versucht haben, reicht nicht aus, denn der Herr Bezirksvorsteher Nationalrat Horn ist bereit, dafür jeden Beweis anzutreten.

Die sowjetische Wandzeitung spielt aber noch eine andere, sehr bedeutende Rolle. Wir haben gehört, daß es überall im Westen Aufrüstung gibt. Gestern hat nun der Herr Abg. Fischer gesagt, er habe dies in Siezenheim bei Salzburg selbst mit eigenen Augen gesehen. Na, ich muß sagen, wir können dem Herrn Abg. Ernst Fischer gratulieren, daß er dort durch alle Minensperrfelder der Amerikaner durchgekommen ist, daß er dies auskundschaften konnte und daß er dann in voller Sicherheit, ohne vom CIC verschleppt zu werden, in seine in der amerikanischen Zone gelegene Wohnung gelangen konnte. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Da muß ich eine bedauerliche Tatsache feststellen, die jetzt in dieses Haus gehört: Ein guter, uneigennütziger Freund unseres Landes, es war Arne Carlson, der Leiter der Schweden-Hilfsaktion in Wien, ist am 11. Juni 1947 erschossen worden. Auf dem Wege aus Ungarn in die Tschechoslowakei fuhr er über österreichisches Gebiet. Zwischen Kittsee und Berg ist sein Wagen von einem sowjetischen Posten angerufen worden, der dort offenbar Friedenstauben zu bewachen hatte, und als der Wagen dieses Schweden nicht sofort gehalten hat, ist er erschossen worden. Die sowjetischen Stellen haben selbst gesagt, es sei ein unglückliches Mißverständnis gewesen, das möchte ich feststellen. (*Abg. Koplenig: Aber Sie hetzen!* — *Abg. Geisslinger: Gestorben ist er, erschossen ist er worden!*)

2536 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Aber, Herr Koplénig, wo war denn der amerikanische Posten, der auf Ernst Fischer geschossen hat? Darauf kommt es an! (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*) Man kann in Österreich, in diesem befreiten Staat, nicht friedlich durchs Land fahren, weil man dort, wo Friedenstauben herumfliegen, schießt, aber dort, wo angeblich gerüstet wird, die Kasernen besichtigen kann. (*Starker Beifall bei den Regierungsparteien. — Erregte Zwischenrufe des Abg. Koplénig.*) Das ist der Unterschied!

Gestern hat der Herr Abg. Fischer zu der Antwort des Herrn Bundeskanzlers auf das Weißbuch des Friedensrates und die Anfrage des kommunistischen Linksblocks erklärt, die Antwort wäre unwürdig, sie wäre bösartig, sie wäre gehässig und schädlich.

Meine Damen und Herren! Hier habe ich die sowjetische Wandzeitung. (*Zwischenrufe beim Linksblock. — Abg. Koplénig: Mit Ihren Schweinereien!*) Die Schweinereien sind dort, wo auf dieser Landkarte im Osten die leeren Flecken sind, Herr Koplénig. Ich finde hier in den Westzonen eingezeichnet: Befestigungsanlagen, Truppenmassierungen, Munitionsdepots, Radiosender, Verminungen, Flugplätze, Beschlagnahmen, und dann hier ein Wunder — das jungfräuliche Feld der Ostzone. Ich habe keine Spionageinformationen, ich möchte nur das wiedergeben, was mir Abgeordnete dieses Hauses gestern, als ich herumfragte, erklärt haben. Was sie sagten, ist nämlich, Herr Koplénig, daß es in Vöslau-Kottingbrunn, in Münchendorf, Zwölfaxing, Aspern, Wiener Neustadt, Götzensdorf, Parndorf Flugplätze gibt. Das ist keine vollständige Liste. Ich suche gar nicht weiter. Ich suche nur, wo sie hier sind, Herr Koplénig. (*Abg. Koplénig: In Simmering wird einer gebaut!*) Ich suche nur, wo sie hier sind, und ich muß sagen, wer so unverschämt fälscht ... (*Abg. Scharf: Sie haben schlecht zugehört!*) Ich habe nicht schlecht zugehört, aber ich kann gut sehen. Sie können sich überzeugen; wenn Sie die Wandzeitung nicht nur aufkleben, sondern auch halbwegs mit Intelligenz betrachten, werden sogar Sie draufkommen. Es ist nicht unmöglich. Sie werden sehen, daß nur auf der anderen Seite solche Installationen sind, auf der russischen Seite aber nicht.

Ist Ihnen nichts bekannt von den Kommandanturen im Burgenland und in Niederösterreich, von den Hauptquartieren und Garnisonen in Mödling, Baden, Korneuburg, vom Truppenübungsplatz in Döllersheim? Aber ich will nichts anderes sagen. (*Zwischenrufe.*) Machen Sie sich doch nicht lächerlich! (*Abg. Koplénig: Drängen Sie sich nicht auf,*

Sie kriegen ohnehin eine Freikarte nach Amerika! Die Reise ist gesichert!) Schauen Sie, die Freikarte nach Amerika habe ich gehabt. Ich habe mir Amerika angeschaut und bin wieder zurückgekommen. Ich würde mit Vergnügen auch die Sowjetunion anschauen, wenn ich ebenso sicher wüßte, daß ich wieder lebend zurückkomme wie aus Amerika. (*Heiterkeit und starker Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Meine Damen und Herren! Es handelt sich einfach darum, daß man den Dingen nüchtern ins Antlitz sieht. (*Abg. Koplénig: Spione sind in der Sowjetunion unerwünscht! — Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Hohes Haus! Ich bin außerordentlich beunruhigt; denn daß die Herren vom Linksblock über Spionage reden, ist furchtbar peinlich — ich meine nicht peinlich für uns. (*Abg. Koplénig: Ja, wenn man selber mitten drinnen steckt!*) Herr Abg. Koplénig, ich möchte an Ihrer Stelle mit diesem Wort verdammt vorsichtig sein. Mir ist nämlich bekannt, daß höhere Herren als Sie, Ministerpräsidenten, Vizeministerpräsidenten, Außenminister, Innenminister, Kriegsminister, Oberkommandierende kommunistischer Staaten, eine ganze Serie von ihnen wegen Spionage verhaftet worden sind. Und das schlimmste dabei ist: Sie haben nachher gestanden! Sie haben nicht nur gestanden, daß sie im Augenblick der Verhaftung Spionage betrieben haben, sondern sie haben gestanden, daß sie schon zehn Jahre vorher, als sie noch oben in den kommunistischen Regierungen standen, Spione für den Kapitalismus waren. Wissen Sie, meine Damen und Herren, was uns noch passieren könnte? Daß der Koplénig und Fischer eines Tages gestehen, daß sie, während sie hier antiamerikanische Reden gehalten haben, schon Spione für Amerika waren! (*Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Regierungsparteien.*) Keiner von Ihnen ist sicher in den Ländern, wo die Volksdemokratie gesiegt hat. Aber wir können Sie beruhigen: Solange es hier eine Demokratie gibt, wird Ihnen nichts geschehen. Wir bewahren Sie davor, daß auch Sie darankommen, indem wir verhindern, daß Ihre Partei zur Macht kommt. (*Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Koplénig: Ich gebe Ihnen diese Garantie nicht!*) Das ist ja leider Ihre Verblendung, Sie stürzen sich selbst ins Unglück mit Ihrem Bemühen ... (*Heftige Rufe und Gegenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen die lange Liste der gesäuberten Kommunisten ersparen. Ich will es Ihnen auch nicht schildern, wie die österreichischen Kommu-

nisten ihren Kotau vor den Spionen gemacht haben. Und das ist die größte Gefahr für sie! Denn ihre Partei hat gar so feierliche Erklärungen für den „Volkshelden Tito“ abgegeben. Es haben manche von ihnen einfach alles das getan, wofür der ehemalige Außenminister der ungarischen Volksdemokratie Rajk hingerichtet worden ist; denn mit Tito zusammenzuarbeiten, das ist tödlich. Und es wird heute als erschwerend angenommen, daß manche der Angeklagten im Jahre 1945 zu dem Zweck aus Jugoslawien nach Ungarn gebracht wurden, um das amerikanische Spionagenetz auszubauen. Meine Herren! Der Honner ist, glaube ich, damals auch aus Jugoslawien gekommen. Was da alles noch passieren kann! (*Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*) Aber Honner hat damals schon den Lehrling Scharf aus Jugoslawien mitgebracht.

Jedenfalls, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen sagen: Die Herren von der Kommunistischen Partei sollen vorsichtiger sein! Über Spionage, über Titoismus und Trotzkiismus redet man nicht! (*Abg. Koplenig: Er redet nicht gerne von Spionage! Er will nicht an seinen Beruf erinnern werden!*) Mir macht das ja nichts, Herr Abg. Koplenig. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß Abgeordnete des österreichischen Parlaments, Staatsbürger dieser Republik, die auf ihre Souveränität Wert legt, die heute in Wahrheit nur auf nackte Gewalt gegründete Besetzung dieses Staates nicht als etwas anerkennen können, vor dem man den Kotau macht. Wir stecken unsere Nase nicht in die Rüstungen Ihrer Auftraggeber, wir stecken unsere Nase nicht in Kriegsvorbereitungen der anderen Seite, das geht uns nichts an. Aber wenn wir uns um Dinge kümmern, die hier bei uns vorgehen, dann sind nicht wir die Spione, sondern Sie, die zur Besatzungsmacht ins Hotel Imperial laufen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Zwischenrufe des Abg. Koplenig.*)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, was wir wollen ... (*neuerlicher Zwischenruf des Abg. Koplenig — der Präsident gibt das Glockenzeichen*), was wir in Österreich wollen, das ist die Freiheit dieses Landes, die Räumung Österreichs von allen Besatzungstruppen. (*Abg. Scharf: Soeben sabotieren Sie es! — Abg. Koplenig: Diese Regierung ist schuld, daß sie noch da sind!*) Und, meine Damen und Herren, weil die Besatzungsmacht unser Recht nicht respektiert, versteht man das Gerede des Ernst Fischer vom Volkswiderstand überall richtig, nämlich anders als er. Wir wollen alle Besatzungsmächte weg haben und weigern uns, vor ihnen auf dem Boden zu kriechen und ihre Stiefel zu lecken. (*Abg. Koplenig: Diese Regierung ist schuld, daß wir keinen*

Staatsvertrag haben!) Darf ich die Mitglieder des Hauses bitten ... (*Abg. Koplenig: Mit dieser Regierung entfernen wir uns jedes Jahr mehr von einem unabhängigen Österreich! — Anhaltende Unruhe.*) Nehmen Sie zur Kenntnis: Auf Ihrem Weg, auf dem Bauch rutschend, können wir nicht zum Staatsvertrag kommen, und wir lehnen es ab, vor den Besatzungsmächten unseren Kotau zu machen. Was wir wollen, ist unser Recht und unsere Freiheit!

Ich wollte die ganze Zeit schon sagen ... (*Abg. Koplenig: Sie schwätzen ja schon so viele Jahre!*) Das Schwätzen ist Ihre Spezialität, Herr Koplenig! (*Abg. Koplenig: Schwätzer seid ihr, sonst nichts! — Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, meine Herren, doch ein bißchen auf die Würde des Hauses zu achten!

Abg. Czernetz (*fortsetzend*): Ich wollte die ganze Zeit schon der Befriedigung des Hauses — ich glaube es sagen zu dürfen — über die heutige Erklärung der kommunistischen Abgeordneten Ausdruck geben, die sagten, sie seien ebenfalls dafür, daß Österreich jede Zensur ablehnt. Das ist ein seltenes Ereignis; ich will darüber nicht höhnen, sondern nur sagen: Wir freuen uns und nehmen das mit Genugtuung zur Kenntnis. Wir sagen: Gegen alle und jede Zensur! Es gibt keine österreichische, weder eine österreichische Presse- noch eine österreichische Radiozensur. Es sind ausschließlich die Besatzungsmächte, die ihre Pressezensur, ihre Radiozensur, ihre Brief- und Telephonzensur haben. Wir freuen uns, daß das Haus in der Ablehnung dieser Methoden und in der Forderung nach Beseitigung jeder Zensur einig ist.

Ich möchte ein zweites sagen: Wenn der Herr Abg. Honner davon gesprochen hat, daß auch beim Radio die Zensur aufhören soll, dann muß ich feststellen: Es gibt gegenwärtig keine souveräne österreichische Radiostation. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Die westlichen Besatzungsmächte haben ihre Radiostationen, in die wir nichts dreinreden können, und die sowjetische Besatzungsmacht hat ihre Hand auf den angeblich österreichischen, den nur mehr fiktiven österreichischen Sender der RAVAG gelegt. Es gibt keine österreichische Station, und wir hoffen, daß die Kommunisten soviel Einsicht haben werden, uns in der Forderung zuzustimmen, daß man uns alle Sendestationen auf diesem Boden und in diesem Lande zurückgibt oder übergibt, soweit sie nicht den militärischen Zwecken der Besatzungsmächte dienen; denn das geht uns nichts an, das liegt auf einer anderen Ebene, das ist die Frage der Räumung.

2538 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Wir fordern also in bezug auf die zivilen Sender die Rückgabe oder Übergabe aller Sendestationen in diesem Lande, und wir hoffen, daß die Kommunisten diese Forderung unterstützen werden. *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Meine Damen und Herren! Die außenpolitische Debatte von gestern hat sich sehr ausführlich mit einer Sache beschäftigt, die, wie jede Frage der Außenpolitik, auf das Leben unseres Landes starken Einfluß hat. Wir können über keine Frage in Österreich reden, ohne auf das Gebiet der Außenpolitik zu geraten. Nun hat der Herr Abg. Ernst Fischer gestern auf eine amerikanische Zeitschrift aufmerksam gemacht, die in den Debatten eine Rolle gespielt hat. Die angebliche Aufrüstung Österreichs, der Aufbau unserer Exekutive ist von den Abg. Fischer und Honner als Maßnahme zur Eingliederung Österreichs in den Westblock dargestellt worden. Gestatten Sie darum, daß ich mich ein wenig mit dieser Affäre, mit der amerikanischen Zeitschrift befasse.

Es gibt im Kalten Krieg eine Reihe von sehr ernstesten und gefährvollen Erscheinungen. Es gibt eine vehemente Kriegsangst, unter der alle Menschen heute leiden. Wer es leugnet, ist ein Verbrecher oder ein Narr. Die meisten Menschen leiden darunter. Es gibt nun eine Spekulation auf die Sensationslust, eine Spekulation, die diese Angst der Menschen ausnützt, um dabei zu verdienen. Und es gibt schließlich eine Kriegshetze der übelsten, verbrecherischsten Art.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, der Herr Abg. Ernst Fischer hat gestern hier dieses amerikanische Magazin „Collier's“ *(zeigt es)* vom 27. Oktober 1951 gezeigt. Ich stehe nicht an, ohne jede Einschränkung das zu sagen, was vernünftige und anständige Menschen in Europa und in Amerika eindeutig erklären: Wir können uns von dieser Methode einer gewissenlosen Sensationsmacherei nur mit dem Ausdruck des tiefsten Abscheus abwenden. So auf die Kriegsangst zu spekulieren, um ein Blatt in einigen Millionen Exemplaren verkaufen zu können, und in diesem Blatt die Bilder von den gebombten und blutenden Städten zu bringen, das ist eine Art von Werbung, für die wir nichts übrig haben! *(Abg. Scharf: Das ist die amerikanische Demokratie!)* Herr Scharf! Warten Sie ein bisserl, Sie kommen noch dran! Wenn ich nämlich darüber rede, so muß ich sagen, daß ich das gleiche auch in Amerika sagen kann. Ich glaube aber nicht, daß ich über den deutsch-russischen Pakt zwischen Hitler und Stalin in Rußland reden kann. Das ist der Unterschied. In der Demokratie kann man Dinge, die einem nicht passen, sagen. In der

Diktatur darf man nicht sagen, was einem nicht paßt, weil man sonst den Kopf riskiert. Das ist der Unterschied, den Sie noch nicht begriffen haben! *(Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialisten. — Zwischenruf des Abg. Scharf.)* Aber wir wollen uns nicht ablenken lassen.

Ich wünschte, daß jeder Abgeordnete dieses Hauses dieses wichtige Dokument unserer Zeit sieht und kennt, und ich glaube, wir werden es alle mit Abscheu ablehnen. Aber sehen Sie, meine Damen und Herren! *(Abg. Koplénig: Da sollte der Innenminister eine Maßnahme treffen, daß dieser Vertrieb in Österreich verboten wird!)* Man kann das Blatt ohnehin nicht mehr kaufen, da schon alle Nummern von Ihnen aufgekauft worden sind. *(Abg. Koplénig: Aber das Parlament kann einen Protest dagegen erheben!)* Schreien Sie nicht so, Herr Koplénig! Melden Sie sich zum Wort! Lassen Sie mich jetzt sprechen. Es ist nicht möglich, die Organe der westlichen Besatzungsmächte zu beschlagnahmen, und genau so wenig ist es möglich ... *(Abg. Koplénig: Aber das Parlament kann einen Protest zum Ausdruck bringen!)* Herr Koplénig, lassen Sie sich doch schon den Fischer holen, damit er Sie beruhigt! Vielleicht lassen Sie doch eine andere Meinung zum Wort kommen. Sie sind zwar nur eine Minderheit, dürfen aber trotzdem demokratisch handeln. *(Heiterkeit.)* Ich möchte Ihnen raten, Herr Koplénig, daß Sie den zweiten Teil auch anhören.

Ich sage also — unterbrechen Sie mich bitte nicht —: ich spreche meinen Protest und den Ausdruck meines Abscheues vor dieser privatkapitalistischen Sensationsmacherei in der eindeutigsten Weise aus. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Scharf: Warum haben Sie dann keinen Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ darüber geschrieben?)* Warten Sie, Herr Scharf, drängen Sie nicht! Merken Sie sich: Sie haben einen reservierten Platz an der Mauer, an der Sie alle von den Kommunisten liquidiert werden, aber stören Sie nicht unsere Beratungen! *(Heiterkeit und Zustimmung bei den Regierungsparteien.)* Wir tun Ihnen nichts, Ihre Freunde werden es Ihnen antun.

Ich habe hier das Blatt Ernst Fischers, das „Tagebuch“ *(zeigt es)*, eine Wochenzeitschrift, und ich sehe hier abgedruckt: „Trumans ‚Mein Kampf‘“ und hier die Reproduktion aus „Collier's“, das Bild, das Sie vorhin gesehen haben. Es ist richtig wiedergegeben.

Nun gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich eine ganz kleine Abschweifung mache und Ihnen aus dem Weißbuch einige Sätze vorlese. Im Weißbuch heißt es: „In dieser Resolution“ — der Vereinten Nationen — „verurteilen die Mitglieder der UNO jede Propaganda, die bestimmt ist, eine Bedrohung

des Friedens zu fördern oder hervorzurufen sowie den Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung zu fördern oder hervorzurufen.“ Das Zitat aus der Resolution der UNO ist zu Ende. Dann schreibt das Weißbuch wörtlich: „Sie verurteilen ferner jede Fälschung, jede Veränderung von Nachrichten.“ Das ist eine Wiedergabe des Gedankens der Vereinten Nationen.

Wenn Sie sich das anschauen, dann steht hier im „Tagebuch“ oben: „Von Hitler ... zu Truman“. Nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen zeige, was hier in „Collier's“ steht — Sie können es sich dann selber anschauen —: „Vorschau auf den Krieg, den wir nicht wünschen.“ Ich blättere das Heft auf und finde auf einer ganzen Reihe von Seiten, gerade dort, wo der ekelhafte Inseratenteil endet und die wirklichen Artikel beginnen, oben eine Leiste, durchgehend über alle Seiten: „Vorschau auf den Krieg, den wir nicht wünschen“. Auf jeder Seite steht das oben. (Abg. Scharf: *Irgendwie muß man es ja tarnen!*) Und es ist interessant, daß gerade das im „Tagebuch“ des Herrn Fischer weggeschnitten ist. Hier steht: „Von Hitler ... zu Truman“. Ist es nicht außerordentlich interessant, wie man auch durch Weglassungen fälschen kann? (Abg. Koplénig: *Das ist eine amerikanische Friedensheuchelei!*)

Wir haben gestern von Herrn Fischer gehört, daß man auch andere Meinungen anhören soll. Ihr brillanter Sprecher, der Herr Fischer, hat uns geraten: Hören Sie doch auch andere Meinungen an! Ich bin überzeugt davon, daß er auch Sie schon erzogen hat. Melden Sie sich zum Wort und seien Sie ruhiger!

Da ist aber nicht nur eine Leiste, sondern auch der Leitartikel, der als redaktionell bezeichnet ist, mit dem Titel: „Der unerwünschte Krieg“. Das ist der Leitartikel!

Meine Damen und Herren! In dieser üblen Sensationsmache, die ich ablehne, sind trotzdem Artikel, die zeigen, daß die Rede Ernst Fischers und seine Zeitung eine nackte Fälschung bringen. Auch so, wie „Collier's“ erschienen ist, bin ich dagegen. Aber er hat es noch gefälscht. (Abg. Koplénig: *Auch in dieser Frage ist der Czernetz amerikanisch!* — Abg. Weikhart: *Also nicht nur Denunzianten, sondern auch Fälscher!*)

Meine Damen und Herren! Im Sinne des Weißbuches sind die Kommunisten Kriegshetzer, denn diese Verfälschung von Nachrichten ist Kriegshetze. Es hätte genügt, so wie wir es hier tun, zu sagen: Wir verabscheuen diese Art Sensationsmacherei.

Aber man muß bei der Wahrheit bleiben. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten

ein paar Sätze aus der Zeitschrift „Collier's“ übersetzen. Hier heißt es: „In den letzten fünf Jahren hat die Welt im Schatten eines anderen globalen Krieges gelebt. Dieser Schatten ist durch die Tatsache der russischen Aggression geworfen worden, und solange diese Aggression bleibt, droht ein nutzloser, unerwünschter, selbstmörderischer Krieg. Wir halten dennoch den Krieg nicht für unvermeidbar. Wir erklären leidenschaftlich, daß wir gegen den Gedanken eines Präventivkrieges sind.“ Das steht hier in dieser Schrift drinnen. (Abg. Scharf: *So macht man es! Das ist Demagogie!* — Abg. Koplénig: *Haben Sie das gesagt, um „Collier's“ zu verachten oder zu verteidigen?*) Das ist die Wahrheit, Herr Scharf, aber Sie können nur Blätter „Wahrheit“, „Prawda“, nennen, ansonsten lügen und fälschen Sie! (Lebhafte Zwischenrufe.) Ich bin da, um die Wahrheit zu sagen. (Abg. Koplénig: *Sie verteidigen die Kriegshetze!*) Der Kriegshetzer sind Sie, Herr Koplénig, denn Sie lügen und fälschen. Ich sage die Wahrheit und wehre mich gegen die Kriegssensation der einen Seite und gegen die Kriegshetze und die Lügen von Ihrer Seite. (Stürmische Zwischenrufe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Nun sehen Sie, meine Damen und Herren, in diesem Blatt ist von dem sicheren Sieg des Westens die Rede. Der Herr Ernst Fischer hat gestern erklärt: In einem dritten Weltkrieg ist der Sieg des Kommunismus sicher, aber es wäre ein Sieg auf verbrannter Erde, ein Sieg, den Sie nicht wünschen! Genau dasselbe sagen auf der anderen Seite diese amerikanischen Journalisten, Privatleute, und nicht die Regierung. Man kann gegen das eine oder das andere, man kann gegen beides sein, aber ich glaube, daß man die Wahrheit sagen soll und daß man nicht die Stirn haben darf, hier in dieses Haus zu kommen und die Menschen wissentlich zu belügen. Und das hat Ernst Fischer gestern getan! (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Ein paar Worte, meine Damen und Herren, über das politische Konzept der österreichischen Demokratie, in deren Rahmen unsere innere Verwaltung ihre große Aufgabe zu erfüllen hat. In der Kriegsangst, im Schatten eines dritten Weltkrieges haben wir Österreicher allen Grund, die Nerven zu behalten, die Realität zu sehen, ob sie einem paßt oder nicht. Ich glaube, die Mehrheit der Menschen in unserem Lande, die Mehrheit der Abgeordneten in diesem Haus ist wahrscheinlich mit mir einer Meinung, wenn ich sage: Wenn das Übergewicht der militärischen Kraft heute so eindeutig wäre, wie Ernst Fischer gestern gemeint hat, dann säßen wir nicht da! Wir

sind der Meinung, daß in der Welt im großen und ganzen ein Gleichgewicht der Kräfte besteht. Es kann weder der Westen den Osten noch der Osten den Westen niederwerfen und diesen Krieg überleben. Dies ist meine persönliche Überzeugung, für die ich einstehe. Aber das spielt keine Rolle. Ich persönlich meine, daß der Westen militärisch siegen, aber an seinem Sieg verbluten würde.

Wenn ich nun die Worte Ernst Fischers nehme, der sagte: Wir würden auf verbrannter Erde siegen!, so klingt das so ähnlich; das Ergebnis ist dasselbe.

Nicht die von Ihnen erdichteten Kriegshetzer, sondern verantwortungsvolle Männer, wie etwa der ehemalige Leiter des Planungsamtes im amerikanischen Außenministerium, der zukünftige Botschafter in Moskau, George F. Kennan, vertreten die Meinung, daß die beiden Welthälften heute einander nicht überwinden und die Weltzivilisation erhalten können. Man muß mit den Tatsachen rechnen, die von den vernünftigen Menschen in der Welt heute erkannt werden. Bei dieser Balance der gespaltenen und geteilten Welt würde ein totaler Krieg zu einem totalen Untergang werden. Daher muß mit der Waffe der Wahrheit um Recht, Freiheit und Frieden gekämpft werden. Es ist alles darauf anzulegen, daß man einen Modus vivendi, irgendeine Form einer Zusammenarbeit, eines Miteinanderlebens findet, auch wenn es jetzt nicht so bald eine glühende Liebe zwischen Ost und West geben kann.

Nun spricht man über Abrüstung. Wir haben gestern den Herrn Außenminister und Herrn Abg. Fischer darüber reden gehört. Wir verfolgen als Österreicher diese Verhandlungen mit gespanntester Aufmerksamkeit. Unser Lebensinteresse hängt daran.

Aber jeder Versuch, Abrüstungsgespräche zu führen, ohne die Bereitschaft, daß man nicht nur die von den einzelnen Staaten angegebenen Waffenbestände und Waffenfabriken kontrolliert, sondern alles in allen Ländern kontrollieren kann, ist zum Scheitern verurteilt. Ohne diese Kontrolle und Fahndung nach nicht deklarierten Waffen und nicht deklarierten Kriegsproduktionsstätten gibt es keine Abrüstung! *(Zustimmung bei den Parteigenossen.)*

Hohes Haus! Das ist eine sehr ernste Frage in diesen Beratungen. Wyschinski sagt, die Russen seien bereit, einer Kontrolle zuzustimmen, den Gedanken an ein Veto in einer Kontrollinstanz aufzugeben. Das ist ein ermutigender Schritt. Wir hoffen, daß die Sowjets tun werden, was sie als einen ersten leisen Gedanken in der Friedensresolution des Weltfriedensrates im August

ausgesprochen haben, daß die Kontrolle und Fahndung nach nicht deklarierten Waffen und Kriegsproduktionsstätten unerlässlich ist. Denn das war bisher der große Block, über den man gestolpert ist.

Wir meinen also, daß ein Konflikt zwischen Ost und West, ein Krieg vermieden werden kann, und ich stehe nicht an, als Sozialist zu sagen: Wir hassen den Krieg, wir verabscheuen den Militarismus, aber wir sind nicht bereit, einer Schimäre des Friedens in Sklaverei nachzujagen! Wir kämpfen um den Frieden! Aber weil wir erkannt haben, daß es nutzlos wäre, wollen wir nicht einmal den Versuch machen, den Frieden zu erkaufen durch die Preisgabe der Freiheit! *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)*

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch eine einzige Bemerkung zu dem allgemein Politischen machen, in dem unsere Bestrebungen in Österreich stehen. Herr Ernst Fischer hat gestern gemeint, der Konflikt zwischen Ost und West sei der Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Ich bedauere feststellen zu müssen, daß das einer der Punkte ist, bei dem Ernst Fischer und die Kommunisten auch bei manchen Herren der Volkspartei eine gewisse Unterstützung finden.

Nun sind das alles Fragen der Definition. Was versteht man darunter? Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, daß darüber, was als Sozialismus zu betrachten ist, nicht die Bürgerlichen und nicht Kommunisten, sondern wir entscheiden werden, wir, die wir uns zum Sozialismus bekennen und um den Sozialismus kämpfen. Seit Jahrzehnten ringt die sozialistische Arbeiterschaft in allen Ländern um eine neue Gesellschaftsform, in der Gemeinwirtschaft und Planung mit Freiheit und Demokratie verbunden sind, und nur das ist Sozialismus, um den wir kämpfen und ringen! Sie mögen das für falsch halten, Sie mögen es ablehnen.

In der Sowjetunion gibt es aus Gründen, die wir hier nicht zu untersuchen haben — wir sind kein historisches und soziologisches Seminar —, keinen Sozialismus. Aus besonderen Gründen hat sich dort ein diktatorisches Regime, eine Gesellschaftsordnung mit Zwangsarbeit und Staatssklaverei entwickelt. Dieses System kann von uns nicht als Sozialismus oder Demokratie angesehen werden! *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Wir sind der Meinung, daß es möglich ist, einen Weltkonflikt, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Wir sind davon überzeugt, daß es zu dieser Weltkatastrophe nicht kommen kann, weil die Herrschenden an beiden Polen, weil die Männer im Kreml wie die im Weißen Haus

wissen, daß in einem dritten Weltkrieg am Ende auch der Sieger besiegt sein wird. Aber das gibt uns die Chance, unseren Freiheitskampf als kleines österreichisches Volk zu führen. Das gibt uns Sozialisten im besonderen die Möglichkeit, in diesen schweren Zeiten auch an der Umwandlung der Gesellschaft zu arbeiten. Aus den Notzeiten von heute wollen wir zu einer besseren, höheren und lichterem Entwicklung gelangen, eine sozialistische Entfaltung unserer Demokratie erleben.

Wir meinen, das Innenministerium habe dafür zu sorgen, daß unsere demokratische Republik unparteiisch, demokratisch, sauber und freiheitlich geführt wird. Sie wollen eine konservative Entwicklung, wir wollen eine sozialistische Entwicklung. Wir werden in Freiheit und Demokratie um die Herzen und Hirne des Volkes zu ringen haben. Es wird sich die Minderheit der Mehrheit unterwerfen, oder es wird in Notzeiten Formen der Zusammenarbeit geben. Aber was wir über Parteien und über Weltanschauungen stellen, ist die Heiligkeit des Menschenlebens, das ist die Heiligkeit der Menschlichkeit, das ist die Freiheit! In unserer Republik hat das Innenministerium, dessen Mittel wir jetzt zu bewilligen haben, die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Freiheit und Demokratie gesichert sind, damit sich das Volk über den weiteren Weg, den es zu gehen hat, in Freiheit entscheiden kann. *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Abg. Dr. Pfeifer: Hohes Haus! Ich möchte zur Abwechslung von anderen Dingen und Problemen sprechen. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Innenministeriums ist die Preisregelung. Wir haben derzeit in Österreich das Preisregelungsgesetz vom Jahre 1950, ein wirtschaftliches Ausnahmegesetz, schon dadurch gekennzeichnet, daß es zeitlich befristet ist. Es ist aber andererseits ein Gesetz, das außerordentlich weitgehende Ermächtigungen dem Innenministerium und den anderen beteiligten Ministerien erteilt hat. Die Preisregelung, die wir hier in diesem Gesetze finden, hat zwei Seiten: erstens die Preisbestimmung und zweitens die Preisüberwachung.

Diese zweite von mir genannte Tätigkeit, die Preisüberwachung, ist eigentlich das Ursprüngliche, was schon vor Jahrzehnten, auch in der Ersten Republik, bestanden hat und was auch mich, als ich als junger Beamter bei der politischen Behörde meine Tätigkeit begann, schon beschäftigt hat. Auch damals haben wir die Preise überwacht. Es war in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als der Geldwert auch ins Schwanken geraten war, die Preise unregelmäßig waren und in die Höhe getrieben wurden. Auch damals hatten wir ein Preistreibergesetz, und man hat damals schon

darauf geachtet, daß nicht übermäßige Preise verlangt wurden, und wer es getan hat, wurde bestraft.

Die andere Sache, nämlich die Preisbestimmung, ist viel später hinzugekommen. Die Preisbestimmung ist eigentlich — das muß man feststellen — ein Kind des Dritten Reiches; denn vorher hat es das in Österreich in dieser Art nicht gegeben, wenn wir von Kleinigkeiten in der Gewerbeordnung absehen, wonach man etwa einem konzessionierten Rauchfangkehrer die Rauchfangkehrertarife genehmigt oder einzelnen sonstigen Gewerben die Tarife vorgeschrieben hat. Aber in dem großen Ausmaß einer allgemeinen Preisbestimmung und -regelung ist die Sache erst im Dritten Reich aufgekommen. Es gab ja dort einen eigenen Reichskommissar für die Preisbildung mit ungeheuer weitgehenden Vollmachten, die er dann auf seine untergeordneten Behörden übertragen hat. Das ist also das Neue. Und dieses Neue haben wir gewissermaßen als Erbschaft vom Dritten Reich im Jahre 1945 übernommen, als man ein erstes österreichisches Preisregelungsgesetz geschaffen hat.

Dieses Gebiet ist neu und zweifellos ein außergewöhnlicher Eingriff in die Wirtschaft, und ich möchte sagen, nicht ohne Gefahren; denn der Erfolg hängt einmal davon ab, ob die Behörden, die damit betraut sind, immer das Richtige treffen, ob sie immer die Preise richtig bestimmen; und das ist ja eine schwierige Angelegenheit. Außerdem ist es überhaupt ein überaus weitgehender Eingriff und eine Reglementierung, die nicht unbedingt sein müßte.

Nun haben wir sie aber einmal, und ich glaube, daß, vielleicht zum Teil ohne böse Absicht, doch auch bei der Preisbestimmung fortgesetzt Fehler vorkommen, Fehler, die da unterlaufen und vielleicht auch manchmal auf Einseitigkeiten zurückzuführen sind, sodaß wir von dem einen Lohn- und Preisabkommen in das andere kommen, weil eben die Fehler, die bei einem gemacht werden, dann als so groß und so schwer empfunden werden, daß sie in einem nächsten Abkommen wieder korrigiert werden müssen.

Wenn wir uns diese kurze Entwicklungsgeschichte vor Augen halten, so ist als Ausgangspunkt noch festzuhalten, daß das erste österreichische Preisregelungsgesetz vom Jahre 1945 insofern richtig war, als es dort ausdrücklich geheißen hat, daß es Aufgabe des Staatsamtes für Inneres ist, „die zur Sicherung volkswirtschaftlich richtiger Preise und Entgelte erforderlichen Maßnahmen im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern allenfalls durch Verordnung zu treffen“. Das wichtigste ist hier, daß es geheißen hat: für

die „Sicherung volkswirtschaftlich richtiger Preise und Entgelte“ Maßnahmen zu treffen.

Hier hat also das Gesetz bei aller Freiheit der Ermächtigung — die damals im Zeichen der Vorläufigen Verfassung noch geherrscht hat und die es erlaubt hat, daß die einzelne Verwaltungsbehörde nicht nur Durchführungsverordnungen, sondern selbständige Verordnungen erlassen konnte — doch eine allgemein bindende Richtlinie aufgestellt, nämlich volkswirtschaftlich richtige Preise und Entgelte festzustellen. Und diese Richtlinie für das Tun und Handeln der Behörden hat es auch gestattet, daß dieses Handeln, sofern diese Richtlinie verlassen worden wäre, bei Einzelentscheidungen durch den Verwaltungsgerichtshof und bei Verordnungen durch den Verfassungsgerichtshof überprüft wird.

Diese entscheidende Richtlinie ist eigentlich bei dem neuen Preisregelungsgesetz vom Jahre 1949 — jetzt heißt es Preisregelungsgesetz 1950, weil es 1950 novelliert und neu verlautbart wurde — nun nicht mehr in der maßgeblichen Gesetzesstelle enthalten; denn jetzt heißt es hier: „Das Bundesministerium für Inneres kann im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereich vornehmlich berührten Bundesministerien Preise für Sachgüter oder Entgelte für Leistungen auch von Amts wegen ... im Einzelfalle durch Bescheid oder generell durch Kundmachung bestimmen“. Die entscheidenden Worte „volkswirtschaftlich richtige oder angemessene Preise“ finden sich hier nicht. Wohl kommen sie in einem späteren Absatz vor, der von sonstigen Maßnahmen spricht, die noch getroffen werden können — dort ist noch einmal auf diesen entscheidenden Punkt hingewiesen —, aber da kann man, wenn man engherzig ist, schon sagen, daß das nur mehr die sonstigen Maßnahmen betrifft.

Das ist meiner Ansicht nach ein Fehler des Preisregelungsgesetzes, denn so, wie es jetzt lautet, gibt es der Behörde eine unumschränkte Vollmacht, eine fast diktatorische Vollmacht, eine Blankovollmacht, nach freiem Ermessen Preise und Entgelte — auch generell — festzusetzen. Das geht nach unserer Verfassung in Wirklichkeit nicht; denn die heute geltende Verfassung von 1920/1929 läßt eben nur die Durchführungsverordnung zu. Selbständige Verordnungen darf die Behörde ohne verfassungsgesetzliche Ermächtigung nicht erlassen. Es ist daher notwendig, daß die maßgeblichen Gesichtspunkte, die Richtlinien, nach denen eine Behörde eine Durchführungsverordnung erlassen kann, im Gesetz enthalten sein müssen. Das möchte ich immerhin feststellen, weil bei der etwaigen Verlängerung der Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes zu berücksichtigen sein wird, daß hier ein Fehler im Gesetz zu beseitigen ist.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich diese allgemein umrissene Tätigkeit des Innenministeriums auf einem engeren Sektor, den ich in der letzten Zeit verfolgt habe und der auch in den Zeitungen besprochen wurde, näher betrachte. Das ist die Preisregelung auf dem Gebiete der Mieten. Es ist Ihnen ja allen wohlbekannt, daß wir nun eine Zweigeleisigkeit auf dem Gebiete des Mietenrechtes haben. Wir haben einerseits die Mehrzahl der Wohnungen, die unter das Mietengesetz fallen und für die der Mietzins gesetzlich festgelegt ist; wir haben in dieser Beziehung erst in der letzten Zeit, im Herbst, eine längst fällig gewesene Novellierung erlebt. Auf der anderen Seite sind aber gewisse Wohnungen und Geschäftsräume vom Geltungsbereich des Mietengesetzes ausgenommen, das heißt, es hat ursprünglich nach der Absicht des Gesetzgebers hier volle Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit bestanden. Das sind, wie Sie ja alle wissen werden, verschiedene Gruppen von Wohnungen, etwa Wohnungen in Neubauten, wobei man hier nicht an allzu neue Bauten denken darf, weil der Stichtag der 27. Jänner 1917 ist; dann Wohnungen, die durch Um-, Auf-, Ein- oder Zubauten geschaffen wurden, oder Hausherrnwohnungen, die mindestens bis zum 31. Juli 1925 vom Hausherrn selbst bewohnt wurden und dann erst erstmalig vermietet wurden. Diese und andere Gruppen von Wohnungen sind vom Mietengesetz ausgenommen und unterliegen heute infolge der Regelung, die zunächst im Dritten Reich Platz griff, auch einer Regelung, obwohl ursprünglich hier Freiheit bestand. Einerseits ist nämlich der Kündigungsschutz ausgedehnt worden, und andererseits, was die Zinsfrage anlangt, sind sie einer Preisregelung unterworfen worden, und zwar zunächst in der Art, wie sie im Dritten Reich überhaupt geschah, dem Preisstopp, hier also dem Mietenstopp. Es war also die Höhe der damals geltenden Zinse grundsätzlich beizubehalten, und es konnte nur, wenn es sich im Einzelfall zeigte, daß sie volkswirtschaftlich nicht richtig waren, die Preisbehörde über eine Änderung, insbesondere über eine Erhöhung, entscheiden und diese bewilligen. So ist die Lage auf dem Gebiete der Bestandverhältnisse, die nicht unter das Mietengesetz fallen.

Hier hat nun in allerletzter Zeit eine Neuentwicklung und Neuregelung begonnen, die wohl durch die Novellierung ausgelöst wurde, die auf dem Gebiete des Mietengesetzes hinsichtlich der Altwohnungen, die dem Mietengesetz unterlagen, stattfand. Denn da hat man einmal den Hauptmietzins um durchschnittlich das Fünffache erhöht, und das hat natürlich den Anlaß gegeben, auf anderen Gebieten Ähnliches zu tun. Zunächst einmal hat sich diese

Erhöhung der Hauptmieten auf die Untermietzinse ausgewirkt.

Hier beginnt nun das Tätigkeitsgebiet, das ich etwas näher betrachten will. Auf dem Gebiete der Untermieten hat jüngst eine Regelung stattgefunden, aber sie hat sich etwas verschieden abgespielt. Am 20. Oktober 1951 hat der Landeshauptmann von Salzburg in einer Kundmachung eine Regelung getroffen, die mir sehr vernünftig schien. Er hat den Grundsatz aufgestellt, der übrigens im wesentlichen schon im § 14 des Mietengesetzes enthalten ist, daß der Untermieter den seiner Wohnungsfläche entsprechenden verhältnismäßigen Anteil des Hauptmietzinses, den der Hauptmieter trägt, zu zahlen hat. Wenn er überdies Einrichtungsgegenstände beigestellt bekommt, dann hat er auch ein entsprechendes Entgelt dafür zu leisten. Dieses richtet sich nach dem Verkehrswert der Einrichtungsgegenstände; jedes Jahr sind 10 Prozent dieses Verkehrswertes für die Abnutzung zu bezahlen.

Und nun kommt etwas, was ich für sehr vernünftig gehalten habe. Am Schluß dieser Salzburger Kundmachung heißt es nämlich über die Untermietzinsbildung: Sofern die Parteien innerhalb dieser Richtlinien, die ganz natürliche Grundsätze enthalten, neue Vereinbarungen schließen, die ja durch die Neuregelung der Mietzinse der Hauptmieter notwendig geworden sind, hat es damit sein Bewenden. Nur wenn sich die Parteien nicht einigen können, dann ist die Entscheidung der Behörde anzurufen.

Anders entschied das Innenministerium, das am 29. Oktober für das ganze Bundesgebiet eine Kundmachung auf dem gleichen Gebiete erließ. Es ging von einem anderen Grundsatz aus und hat überhaupt jede Erhöhung der Untermietzinse bei Strafe verboten, und wenn sie doch stattfinden soll, dann muß in jedem einzelnen Fall die Preisbehörde darüber entscheiden. Also auch dann, wenn es sich bloß um die selbstverständliche Sache handelt, die schon im Mietengesetz geregelt ist und die auch der Salzburger Landeshauptmann so geregelt hat, daß einfach der erhöhte Mietzins des Hauptmieters anteilmäßig auf den Untermieter aufgeteilt wird, ist zu jeder solchen Selbstverständlichkeit eine Entscheidung, eine Genehmigung der Preisbehörde notwendig. Das ist, ich kann mich nicht anders ausdrücken, erstens verwaltungsmäßig ganz unrichtig, denn man will einen Abbau der Verwaltungsaufgaben, und mit solch einer Maßnahme schafft man eine ungeheuerliche Verwaltungsarbeit, wenn jeder einzelne wegen einer Selbstverständlichkeit zur Preisbehörde gehen muß; zweitens ist es auch volkswirtschaftlich falsch, denn wenn die Kosten des Hauptmieters steigen, dann ist

es sehr natürlich, daß sich auch die Untermiete erhöht.

Wenn man damit — und das war ja wohl der Gedanke, der Grundgedanke, der im Hintergrund steht — die vielen übermäßigen Untermieten treffen wollte, dann ist diese Absicht gut, aber ich glaube, das Mittel hier ist doch nicht richtig; man kann doch deswegen nicht alle Untermietverhältnisse unter den Verdacht stellen, daß sie auf falschen Grundlagen aufgebaut sind, und damit die vielen anständigen Vermieter mit unnötigen behördlichen Bewilligungen belasten.

Dieser ersten Kundmachung auf diesem Gebiete ist in jüngster Zeit eine zweite nachgefolgt, nämlich eine Kundmachung, die die Mietzinsregelung für die Hauptmieter in Altbauten zum Gegenstand hat. Und hier ist etwas geschehen, was ebenfalls zur Kritik Anlaß gibt. Hier ist es ja, wie ich schon einleitend gesagt habe, so, daß diese Hauptmietzinse für solche nicht dem Mietengesetz unterliegende Wohnungen seit 1938 der Preisregelung unterliegen, also dem Preisstopp, daß aber auf der ursprünglichen Grundlage der freien Vereinbarungen Erhöhungen durch die Preisbehörden ausdrücklich zugelassen sind. Nun wird hier für diese dem Mietengesetz nicht unterliegenden Wohnungen ein neues Schema aufgestellt, das praktisch darauf hinausläuft, sie völlig und in jeder Hinsicht — das kann man schon sagen — den Bestimmungen des Mietengesetzes zu unterwerfen. Es wird erstens gesagt: Der Mietzins für solche Wohnräume besteht aus a) Hauptmietzins, b) einem Zuschlag von $13\frac{1}{3}$ Groschen, c) Betriebskostenanteil und d) öffentlichen Abgaben. Das klingt wie ein Gesetz: „Er besteht aus“, ohne Rücksicht darauf, daß alle die Verträge, die da vorliegen, ja meistens ganz anderes zum Inhalt haben, daß meistens ein Pauschalzins vereinbart ist und die Lasten ganz verschieden verteilt sind. Also hier schon besteht ein starker Eingriff in die ursprüngliche Vertragsfreiheit, wie sie in den Verträgen noch niedergelegt ist.

Dann aber wird hier ein weiteres Prinzip des Mietengesetzes übertragen. Es wird gesagt: Der Hauptmietzins ist derart zu bestimmen, daß für eine Friedenskrone ein Schilling zu rechnen ist. Während man aber im Mietengesetz auf die tatsächlichen Mietzinse vom Jahre 1914 zurückgreift, weil ja diese unter das Mietengesetz fallenden Häuser schon älteren Datums sind und in der Regel auch schon damals vermietet waren, was hier aber meist nicht der Fall ist, hat man hier zwar auch den Maßstab „eine Krone ist ein Schilling“ angewendet, aber zurückgegriffen auf den der Steuerberechnung zugrundeliegenden Friedensmietwert.

Und hier ist — das kann man in Schriften von Fachleuten lesen; es ist mir auch selbst bekannt — dieser der Steuerberechnung zugrundeliegende Friedensmietzins oder Nettfriedensmietzins, wie er auch genannt wird, vielfach weit niedriger als das, was wirklich an Mieten für solche Wohnungen bezahlt wurde, sodaß diese nach der ursprünglichen Absicht des Gesetzgebers doch überhaupt dem Mietengesetz und der Regelung nicht unterworfenen Wohnungen jetzt sogar in dieser Beziehung schlechter als die dem Mietengesetz unterliegenden behandelt werden, während der eigentliche Gedanke, wie auch wir ihn bei der Novellierung des Mietengesetzes beantragt hatten, der war: die Mieter sollen wenigstens das an Miete bezahlen, was in allen mietergeschützten oder dem Mietengesetz unterliegenden Wohnungen der Fall ist. Es würde also vielfach zu einer Senkung der ohnedies im allgemeinen niedrigen Mietzinse in diesen Wohnungen kommen, statt zu einer Erhöhung, wenn diese sehr knappe Kundmachung nicht noch irgendwelche Ergänzungen erfährt, was ich ja fast hoffen möchte. Selbst dann müßte — nach dem Wörtlaut der Kundmachung — eine solche Senkung stattfinden, wenn die Preisbehörde vielleicht erst vor kurzem auf Grund der Untersuchung der näheren Verhältnisse im Einzelfalle selbst eine Erhöhung des Mietzinses genehmigt hat. Auf all das wird nicht Rücksicht genommen.

Es wird auf einmal das Schema des Mietengesetzes linear auf alle diese Verhältnisse übertragen. Das bedeutet aber, daß man sich hier über den Grundsatz der Rechtskraft einer Entscheidung der Preisbehörde hinwegsetzt, damit auch über den Grundsatz der Rechtssicherheit und auch über den Grundsatz von Treu und Glauben.

Die Absicht des Gesetzgebers der Ersten Republik war ja, durch die Ausnehmung gewisser Wohnungen aus dem Mietengesetz Anreiz dafür zu schaffen, daß neue Wohnungen gebaut und noch mehr Räume vermietet werden. Das geschah auch in der sicheren Annahme, daß das, was im Gesetz steht, eingehalten wird; aber gerade das Gegenteil von dem geschieht. Es ist schließlich auch nicht richtig, wenn man entgegen dem Grundsatz der volkswirtschaftlich richtigen Preise für diese Wohnungen in Altbauten Mietzinse mit einem fiktiven Steuer-Mietwert festsetzt, der weit darunter liegt.

Was hier noch hinzuzufügen ist und besonders hervorgehoben werden muß, ist, daß man sich etwa nicht nur darauf beschränkt hat, eine Neuregelung und Begrenzung der Höhe der Mietzinse vorzunehmen, sondern daß es in der Kundmachung vom 17. November überdies heißt, daß auch die sonstigen

Bestimmungen des Mietengesetzes, von denen diese Wohnungen bisher ausgenommen waren, wie insbesondere die über die Verwendung des Mietzinses, anzuwenden sind. Was heißt das? Im Mietengesetz ist zweierlei gesagt. Erstens, daß der Vermieter das Bestandsobjekt aus den Erträgen der Mieten in ordnungsmäßigem Zustand zu erhalten hat. Das ist in Ordnung, darüber ist gar nichts zu sagen, das entspricht auch dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Aber die jüngste Novelle des Mietengesetzes geht darüber hinaus und hat festgelegt, daß, wenn darüber noch etwas bleibt, dies ausschließlich und allein für Verbesserungen im Haus zu verwenden ist und nicht etwa vom Hausherrn für seine eigenen Zwecke, wenn sie auch noch so dringend sind, verwendet werden darf. Diese Bestimmung greift zweifellos tief in den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums, der im Art. 5 des Staatsgrundgesetzes festgelegt ist, wo es heißt: „Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung gegen den Willen des Eigentümers kann nur in den Fällen und in der Art eintreten, welche das Gesetz bestimmt.“ Ich stelle fest: „welche das Gesetz bestimmt“.

Nach der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes ist unter „Eigentum“ jedes Privatrecht zu verstehen und unter „Enteignung“ jede Entziehung oder Schmälerung des Privatrechtes. Man muß daher hier wohl sagen, daß eine strikte Vorschreibung, wofür die Erträge des Hauses allein verwendet werden dürfen, zweifellos eine Schmälerung der aus dem Eigentumsrecht fließenden Rechte ist. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Und wenn es der Gesetzgeber im September dieses Jahres getan hat — die Meinungen darüber waren sehr verschieden —, so hat es noch immer der ordentliche Gesetzgeber gemacht. Wenn aber die Preisbehörde das mit einer gewöhnlichen Kundmachung auch auf jene Wohnungen und Häuser ausdehnt, die überhaupt nicht dem Mietengesetz unterliegen, so ist das zweifellos eine Überschreitung der Kompetenz und ein Eingriff in das verfassungsmäßig gewährleistete Eigentumsrecht. Ich muß schon sagen: Wenn diese Bestimmungen wirklich so gehandhabt würden, so bin ich nicht im Zweifel, Herr Minister, daß diese Kundmachung alsbald eine Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof finden wird.

Als drittes noch, um das Bild auf diesem Gebiet zu vervollständigen, möchte ich die Regelung der Mietzinse in den Häusern der gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen und in den Bauten der Gemeinde Wien gegenüberstellen. Sehen Sie, da hat man ganz andere Maßstäbe und auch ein anderes Grundschema aufgestellt. Da gibt

es Richtlinien aus dem Jahre 1949, die vor kurzem für die Bauten der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften und für ihre Mietzinse geändert wurden. Dazu ist ein Schema aufgestellt, nach dem sich diese Mietzinse zusammensetzen: a) aus einem Grundzins, der ein Prozent der Baukosten beträgt, b) aus einem Verzinsungszuschlag, der ein Prozent des aufgewendeten Kapitals für Grund und Bau beträgt, c) aus einem Instandhaltungszuschlag, der erst vor kurzem auf 4 S pro Quadratmeter erhöht wurde; dann gibt es noch d) einen Verwaltungskostenzuschlag, e) die Betriebskosten und f) die öffentlichen Abgaben.

Hier sehen Sie das, was uns richtig erscheint, verwirklicht, daß man nämlich volkswirtschaftlich angemessene Preise schafft und eben das berücksichtigt, was für das Haus angewendet wurde, und hier wird auch ein Verzinsungszuschlag zugelassen. Die Richtlinien, die hier für die gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften aufgestellt sind, sind durch eine Kundmachung vom gleichen Tag wie die früher erwähnte, die sich auf Wohnungen in Privathäusern bezieht und vom 17. November datiert ist, auch auf die Wohnungen in Neubauten der Gemeinde Wien ausgedehnt worden, obwohl die Gemeinde Wien durch ihr Steueraufkommen zweifellos viel leichter als der einzelne in der Lage ist, die Baukosten aufzubringen.

Damit möchte ich die Ausführungen über dieses Kapitel, über das man noch viel sagen könnte, schließen und folgendes betonen:

Wir müssen doch verlangen, daß hier ein gleicher Maßstab angewendet wird; denn wenn man — das war ja der Ausgangspunkt der ganzen Preisgesetzgebung — als Leitmotiv die Aufstellung und Sicherung volkswirtschaftlich angemessener Preise gewählt hat, so glaube ich, daß die volkswirtschaftlich richtigen Preise für alle gelten sollen, weil man volkswirtschaftliche Grundsätze nicht nur bei den einen anwenden kann und bei den anderen nicht, nach dem verfassungsrechtlichen Grundsatz: Gleiches Recht für alle! Von diesem Gesichtspunkt aus und auch von einem anderen, daß nämlich alle diese Werte, die tatsächlichen Mietzinse von 1914 und erst recht die fiktiven Steuer-Mietwerte von 1914 nicht mehr überprüft werden können — bei den meisten kann man gar nicht mehr kontrollieren, ob der Steuer-Friedenszins auch richtig berechnet wurde, weil die Akten gar nicht mehr bestehen, sodaß man also zum Beispiel gar nicht prüfen kann, ob auch spätere Auf- und Zubauten usw. berücksichtigt wurden —, wäre es wichtig, zu einer neuen Bewertung zu kommen. Jedenfalls darf man aber nicht gegen verfassungsgemäß gewährleistete Grundrechte verstoßen. Soviel

zu dem Kapitel der Preisbildung auf dem Gebiete des Mietrechtes.

Nun zu einem anderen Tätigkeitsgebiet des Innenministeriums, nämlich zum Staatsbürgerschaftsrecht, insbesondere zur Einbürgerung und der Praxis, die dabei herrscht. Die Einbürgerungen spielen deswegen eine so große Rolle, weil wir Hunderttausende von Volksdeutschen innerhalb unserer Grenzen beherbergen, die aus der Heimat vertrieben wurden und nun bei uns Zuflucht gesucht haben. Diese Menschen hoffen von Tag zu Tag, daß endlich auch sie österreichische Staatsbürger werden, nachdem sie schon so viele Jahre hier fleißig gearbeitet und unserem Staat treu gedient haben.

Hier wäre ja unserer Auffassung nach überhaupt anders vorzugehen gewesen, nämlich so, wie man es nach dem Ende des ersten Weltkrieges gemacht hat. Als das große Gebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie zerfallen war, hat man damals allen Angehörigen der österreichischen Reichshälfte, die ihren ordentlichen Wohnsitz nach Deutsch-Österreich verlegt haben, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch die bloße Abgabe einer Staatsbürgerschaftserklärung ermöglicht. (*Bundesminister Helmer: Die Besatzung war dagegen!*) Ich weiß, der Herr Minister ist kein Freund dieses Gesetzes. (*Bundesminister Helmer: Damals war keine Besatzung da!*) Sie haben da eine andere Auffassung, ich aber sage: Dies soll ja nur für jene gelten, die im früheren Staat eben unsere Mitbürger waren, die jetzt aus ihrer alten Heimat vertrieben wurden und nun zu uns gekommen sind. Man verlangt nun auch von ihnen, daß sie den normalen Weg, den jeder Ausländer gehen muß, gehen, also daß sie ein Gesuch um die Verleihung der Staatsbürgerschaft einbringen, und das kostet bekanntlich ziemlich viel Geld. Wenn es aber schon so ist, dann kann man bei diesen Einbürgerungen von diesen Leuten nicht auch noch eine Verzichtserklärung verlangen, wonach sie erklären, daß sie keine vermögensrechtlichen Ansprüche gegenüber der Republik und sonstigen Gebietskörperschaften aus dem Titel ihrer Einbürgerung stellen werden.

Der Herr Kollege Machunze hat mich im Ausschuß apostrophiert und hat gemeint, ich hätte noch nie eine solche Erklärung gelesen; diese sei ganz anders zu verstehen. Der Herr Kollege Machunze hat gemeint, die Leute müßten nur auf die Ansprüche gegen ihr Herkunftsland, aus dem sie vertrieben wurden, verzichten, und hat gemeint, ich hätte offenbar noch nie eine solche Erklärung gesehen oder sie nicht verstanden. Ich wollte Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege, am Nachmittag des Ausschußtages die Ant-

2546 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

wort geben, Sie waren aber leider nicht dort, und so habe ich es mir für heute aufgespart, Ihnen diese Antwort zu geben. Sie können überzeugt sein, ich bin gewissenhaft und hatte schon vorher solche Erklärungen gelesen, und zwar in einer sehr authentischen Quelle, nämlich in der Sammlung der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, der sich ja schon mit solchen Fällen befaßt hat.

Wenn Sie das 13. Heft der Sammlung der Erkenntnisse, Jahrgang 1948, aufschlagen und das Erkenntnis Nr. 1693 nachlesen, dann finden Sie dort einen solchen Fall, und in der Schilderung des Tatbestandes ist auch der Wortlaut dieser Erklärung enthalten, die ich längst vorher gelesen hatte. Es handelt sich dort um eine Frau, die von Geburt aus Österreicherin war, dann einen tschechoslowakischen Staatsbürger geheiratet hatte und dadurch die österreichische Staatsbürgerschaft verlor. Der Mann fiel im Krieg, und sie suchte dann als ehemalige Österreicherin um Wiedereinbürgerung für sich und als Vormund für ihre Kinder an. Wie gesagt, der Mann war gefallen, und nun mußte sie zum Zweck dieser Einbürgerung eben eine solche Erklärung abgeben. Darin heißt es: „Anläßlich der Wiederverleihung hat sie für sich und als Vormund für ihre Kinder nachstehenden Revers unterfertigen müssen.“ Und jetzt kommt der Wortlaut: „Ich nehme zur Kenntnis, daß die etwaige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft weder mich noch die mir in die Staatsbürgerschaft folgenden Personen berechtigt, aus dem Titel dieser Verleihung irgendwelche Gehalts-, Pensions-, Renten- oder sonstige öffentlich-rechtliche Ansprüche an den österreichischen Staat, Länder, Bezirke, Gemeinden, öffentlich-rechtliche Körperschaften usw. jemals zu stellen.“

In dem konkreten Fall hat es sich darum gehandelt, daß diese Frau die Kriegsopferversorgung erhalten wollte, und diese hat sie eben nicht bekommen, denn das Kriegsopferversorgungsgesetz hat ja diese Reverspraxis sogar noch dadurch bestätigt, daß es in § 3 ausdrücklich sagt: „Versorgungsberechtigt sind nur österreichische Staatsbürger. Ein vor der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft abgegebener Verzicht auf vermögensrechtliche Ansprüche gegenüber der Republik Österreich umfaßt auch die Versorgungsansprüche nach diesem Bundesgesetz“.

Das ist also ganz klar der gesetzliche Segen für diese Verzichtserklärung. Nun, ich bitte, man kann dies ja auch tun, aber wir halten es nicht für richtig, Herr Minister, und zwar aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus. Erstens sind wir der Meinung, daß es den

guten Sitten widerspricht, von den Leuten diese Erklärung zu verlangen, weil ja an die Verleihung der Staatsbürgerschaft ohnedies hohe Gebühren geknüpft sind und das Gebührengesetz bei der Regelung der Gebühren für die Einbürgerung — die Gebühr hat ursprünglich 1000 S betragen und wurde dann auf 2000 S erhöht — zur Begründung ausdrücklich sagt, daß dem österreichischen Staat durch die Verleihung der Staatsbürgerschaft unter Umständen besondere Verpflichtungen erwachsen. Wegen der allfälligen finanziellen Belastungen für den Staat hat man die Einbürgerungsgebühren so hoch festgesetzt, und nicht nur der Staat hebt sie ein, die Länder heben sie noch einmal in gleicher Höhe als Verwaltungsabgabe ein, sodaß die ganze Sache mindestens 4000 S kostet, wenn diese Gebühren nicht etwa ermäßigt werden. Schon aus diesem Gesichtspunkt, weil unter diesem Titel so hohe Gebühren verlangt werden, sollte man es unterlassen, von den Leuten eine Erklärung zu verlangen, derzufolge sie keine vermögensrechtlichen Ansprüche stellen, aber noch weniger dann, wenn es sich um Heimatvertriebene handelt, die nichts mitgebracht haben als ihr nacktes Leben und die Kleider am Leibe, die also in einer gewissen Not- und Zwangslage waren, insbesondere in der ersten Zeit, als sie nicht einmal sicher waren, ob sie als Staatenlose überhaupt hier bleiben und einer Berufsarbeit nachgehen können. Natürlich hat da jeder getrachtet, möglichst rasch Staatsbürger zu werden, und natürlich sah er sich in einer solchen Zwangslage, weil es gar nicht anders ging, genötigt, auch eine solche Erklärung zu unterschreiben. Aber es ist nicht recht, daß man gerade von diesen Leuten das Geld und außerdem eine Verzichtserklärung verlangt, wenn man ihnen die Staatsbürgerschaft verleiht.

Ich bin weiter der Meinung, daß dies dem Sinn unserer Verfassung zum mindesten nicht entspricht. Denn was ist dann das Ergebnis? Der Betreffende ist im Augenblick des Ansuchens noch Ausländer, denn er wird ja erst nachher österreichischer Staatsbürger, er wird aber Staatsbürger minderen Rechts, weil er eben selbst auf seine Ansprüche gesetzlicher Natur verzichtet hat, was in dem Kriegsopferversorgungsgesetz auch noch ausdrücklich festgelegt wird. Damit wird neuerlich eine Gruppe minderberechtigter Staatsbürger geschaffen, und es kann doch nicht der Sinn der Demokratie und unserer Verfassung sein, Staatsbürger verschiedenen Rechtes zu schaffen und zu haben.

Aus diesen Gründen, Herr Minister, möchte ich Sie sehr bitten, Sie mögen diese Praxis beseitigen — sie geht meines Wissens auf einen

Erlaß des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Juli 1946, Zahl 110.867/8, zurück —, wenn nicht überhaupt, so zum mindesten für alle heimatvertriebenen Volksdeutschen, selbstverständlich die Südtiroler mit eingeschlossen, von denen man nach meinen Informationen auch solche Verzichtserklärungen verlangt. Ich stehe auf dem Standpunkt, auch die Südtiroler sind als Volksdeutsche zu bezeichnen, wenn man schon überhaupt den Begriff der Volksdeutschen geschaffen hat. Bei ihnen kommt noch etwas Besonderes hinzu: der Pariser Vertrag. Wenn sie bei uns bleiben oder ihre Option für Italien nicht anerkannt wurde, dann ist Österreich umso mehr verpflichtet, ihnen den Erwerb der Staatsbürgerschaft so leicht wie möglich zu machen. Wir aber gehen darüber hinaus und sagen: Auch die anderen, ob sie nun in Böhmen oder Mähren oder Ungarn gewohnt haben, die genau so vor 1918 unserem Staat angehört haben und genau so unsere Volksgenossen sind, möge man ebenso günstig behandeln und gleichfalls keine solchen Erklärungen von ihnen verlangen.

Damit komme ich von dem Kapitel der Einbürgerungen noch zu dem Kapitel der Volksdeutschen. Ich kann mich hier kurz fassen, weil mein Klubkollege Dr. Stüber noch einiges darüber bringen wird. Ich möchte mich darauf beschränken, zu erklären, daß wir auf den vier Punkten unseres Entschließungsantrages, den ich voriges Jahr überreicht habe, nach wie vor unverrückbar bestehen. Diese vier Punkte waren: Solange die Volksdeutschen nicht eingebürgert sind, sind sie praktisch in jeder Hinsicht schon so wie Österreicher zu behandeln, was man gerechterweise im Jahre 1945 den Südtirolern und Canaletalern durch Ministerratsbeschluß zugebilligt hat. Wir wollen das selbe auch für alle anderen haben, weil sie ebenso unsere Brüder sind wie jene. Zweitens, daß der einmal vorhandene und sicher dem Gedanken nach sehr richtige Beirat für die Volksdeutschenfragen in überparteilicher Weise gebildet wird und nicht bloß einseitig parteipolitisch. Drittens, daß den Volksdeutschen die Ausübung des erlernten Berufes möglichst erleichtert wird, und, wie ich gesagt habe, ebenso auch die Einbürgerung. Ein kleiner Schritt zur Besserstellung ist heute auf dem Gebiete der Ermäßigung der Einbürgerungsgebühr gelungen, die sehr entscheidend für den Haushalt dieser armen Leute ist. Viertens, daß man irgendwie vorsorgt, etwa durch Schaffung eines Fonds, daß sie in den vorschußweisen Bezug von Pensionen und Renten kommen können.

Ich kann es mir nicht versagen, bei dieser Gelegenheit auf die Regelung und überhaupt auf die Behandlung der ganzen Frage der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen hin-

zuweisen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist. Man kann schon sagen, daß dort die Behandlung der heimatvertriebenen Volksdeutschen beispielhaft war. Man hat sie von Anfang an praktisch so wie deutsche Staatsangehörige behandelt: rechtlich völlig gleich. Man ist sogar so weit gegangen, daß man ihnen auch das aktive und passive Wahlrecht von vornherein zugebilligt hat, ohne daß sie schon formell eingebürgert waren. Man ging schrittweise weiter. Man hat im Jahre 1950 in der Deutschen Bundesrepublik die deutschen Umsiedler, und solche gab es in großer Zahl, ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz als deutsche Staatsangehörige anerkannt. Eine gleiche Behandlung soll demnächst den Sudeten- und den Protektoratsdeutschen zuteil werden, soweit sie nicht eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben. Es würde das zu der Groteske führen, daß diese Sudeten- und Protektoratsdeutschen, die hier in Österreich leben, aber nicht österreichische Staatsbürger geworden sind, zum Schluß deutsche Staatsangehörige würden, obwohl sie hier in Österreich bei den nächsten Verwandten Zuflucht gesucht und gefunden haben.

Endlich hat man, soweit diese Volksdeutschen heimatvertriebene Beamte waren, sie wieder, so wie jeden anderen Deutschen, in den öffentlichen Dienst eingestellt. Man hat sie einbezogen in dieses Gesetz, von dem ich gestern beim Kapitel Bundeskanzleramt sprach. Man hat hier keinen Unterschied gemacht, ob der Mann deutscher Staatsangehöriger oder Volksdeutscher aus einem Gebiet war, das nie zum Deutschen Reich gehörte. Auch für sie gilt das Gesetz, wonach sie in einem bestimmten Prozentsatz wieder einzustellen sind, widrigenfalls die betreffende Körperschaft einen Ausgleichsbetrag an die Bundeskasse zahlen muß.

Man kann nur sagen, daß dies eine großzügige und soziale Lösung dieser wichtigen Frage ist, und fast muß man sich schämen, daß wir hier, die wir ihnen noch viel näher stehen, noch so weit zurück sind. Ich möchte daher hoffen und wünschen, daß auch wir bald in der Lage sind, eine gleiche Regelung hierzulande zu bekommen. *(Lebhafter Beifall beim KdU.)*

Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.

Abg. Machunze: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wäre zweifellos jetzt sehr reizvoll, auf die langen Ausführungen des Herrn Honner zu antworten. Aber ich glaube, damit würden wir ihm zuviel der Ehre antun. *(Abg. Ernst Fischer: Es haben schon zwei Minister geantwortet!)* Daher will ich es mir ersparen. Ich muß nur eines richtigstellen, weil ich vor einer falschen Legendenbildung warnen möchte.

Herr Abg. Honner hat von dieser Stelle aus behauptet, der Herr Außenminister Gruber habe die Arbeitnehmer, die Arbeiter als Horden bezeichnet. Ich habe hier das stenographische Protokoll. (*Zwischenrufe. — Abg. Honner: Das steht auch in der Volksparteipresse!*) Der Herr Außenminister hat hier von dieser Stelle aus folgendes gesagt: „In jener Nacht, in der wir beim Innenminister versammelt waren und in der die Nachrichten aus Wiener Neustadt eingetroffen sind, wo Sie die Bezirkshauptmannschaft und das Postgebäude besetzt hielten und wo Sie sich anmaßten,“ — also die Kommunisten, nicht die österreichischen Arbeiter — „in Wiener Neustadt Regierung zu spielen, wo Sie dann, als die 120 österreichischen Gendarmen in der Nacht hinausgefahren sind, nur zu dem Zweck, um die österreichischen Staatsgebäude zu schützen, die russischen Besatzungstruppen mobilisierten und viele von den Gendarmen blutig geschlagen zurückkehrten, da ist der Entschluß geboren worden, daß diese Gendarmerie in Österreich so ausgebaut werden muß, daß sie solchen Akten in der Zukunft gewachsen sein wird.“ Nicht die Arbeiter von Wiener Neustadt, möchte ich hier bemerken, haben das Postgebäude und die Bezirkshauptmannschaft besetzt, sondern die Kommunisten waren es, und die österreichischen Gendarmen hatten die Pflicht, die Autorität des Staates durchzusetzen. Niemals hat also der Herr Außenminister Gruber die österreichischen Arbeiter als Horden bezeichnet. (*Abg. Altenburger: Die Arbeiter haben euch zum Teufel gejagt! — Abg. Ernst Fischer: Altenburger, ihr habt nicht einen einzigen Betriebsrat dort, ihr seid hinausgeflogen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Der Abg. Honner hat in seinen weiteren Ausführungen sehr viel von der angeblichen Aufrüstung Österreichs gesprochen. Ein paar Kilometer von hier weg, im Norden Österreichs, in der Tschechoslowakei, müssen die Frauen Militärdienst leisten. (*Abg. Honner: Das macht man auch in Amerika und ebenso in England!*) Am 28. Oktober 1951, also vor sechs Wochen, hat das tschechoslowakische Parlament ein Gesetz über die vormilitärische Jugenderziehung beschlossen. Die vormilitärische Ausbildung erfolgt unter Aufsicht der Armeeeoffiziere. (*Abg. Dr. Scheff: Die jungen Friedenstauben! — Heiterkeit.*) Wenn Sie heute den Bahnhof von Lundenburg betreten, dürfen Sie nicht vom Bahnhof aus in die Stadt, weil zwischen dem Bahnhof und der Stadt eine Absperrung errichtet ist, weil man die Stadt Lundenburg nur mit einer Sondergenehmigung betreten darf, so wie man überhaupt in der Tschechoslowakei die Grenzgebiete nur mit einer Sondergenehmigung

betreten kann. Welches Grenzgebiet in Österreich darf zum Beispiel nur mit einer Sondergenehmigung betreten werden? Sie können in jede einzelne Ortschaft reisen, und niemand wird Sie daran hindern, es sei denn, die Befreundeten des Herrn Abg. Honner hindern Österreicher oder auch ausländische Besucher am Betreten gewisser Gebiete. Aber eine österreichische Stelle gibt es nicht, die man um eine Sondergenehmigung fragen müßte.

Wenn der Herr Abg. Honner hier von Bilddokumenten gesprochen hat, möchte ich sagen: er hat ein wesentliches Bilddokument vergessen, nämlich die Beschießung der burgenländischen Ortschaft Breitenbrunn durch seine Freunde. Das hat er hier nicht aufgezeigt, und auf dieses Bilddokument warten wir noch. (*Abg. Honner: Das ist längst als Lüge entlarvt!*) Man soll also nicht von anderen reden, sondern immer vor seiner eigenen Tür kehren.

Wenn der Herr Abg. Honner unseren Parteibeamten Raab zitiert, daß er sich zu den Grundsätzen von Kameradschaft, Treue und Pflichterfüllung bekannt hat, so möchte ich hier antworten: Wir werden uns immer zu dem Grundsatz der Kameradschaft, zu dem Grundsatz der Treue und zu dem Grundsatz der Pflichterfüllung für dieses Land bekennen.

Das Innenministerium, meine Damen und Herren, ist das politische Herz des Landes, Gendarmerie und Polizei sind die ersten Waffenträger in diesem Land. Sie sind damit aber auch die einzigen Repräsentanten der Souveränität. Der Geifer, die Verleumdungen und die Märchen der Kommunistischen Partei zeigen uns, daß die Anordnungen des Innenministeriums über den Ausbau der Sicherheitsorgane richtig waren.

Wir müssen uns allerdings dagegen verwahren, daß man dieses Land fortgesetzt denunziert, und wir möchten der Besatzungsmacht sagen, sie möge weniger auf die Naderer von hier hören, sondern sie möge sich einmal die Meinung der österreichischen Arbeiter und der österreichischen Bevölkerung überhaupt über diese fünf Männer in diesem Hause offen und objektiv anhören. Es wäre besser, wenn man in diesem Lande weniger auf Denunzianten hören, sondern der wahren Stimmung in Österreich Gehör schenken würde.

Hohes Haus! Der Haß des Herrn Abg. Honner mag zwei Ursachen haben. Die erste Ursache kann darin zu suchen sein: Es gab einmal einen Staatssekretär im Innenministerium, der hieß Franz Honner. Ihn hat nicht irgendeine Besatzungsmacht aus dem Innenministerium herausgeholt, sondern das österreichische Volk hat ihn im Jahre 1945 mit dem Stimmzettel von diesem Sessel entfernt. (*Beifall bei den Regierungsparteien.*) Der Herr Abg. Honner hat keine Aussicht,

jemals wieder mit Hilfe des Stimmzettels auf diesen Sessel gesetzt zu werden. Daher muß man begreifen, daß er gerade auf dieses Innenministerium schlecht zu sprechen ist.

Dies kann die erste Ursache sein, die zweite kann aber auch tiefer liegen. Wir wissen, daß in den nächsten Wochen die Gespräche über den Staatsvertrag wieder beginnen sollen. Und wir erinnern uns, daß man bei allen Staatsvertragsverhandlungen immer wieder einen anderen Vorwand hatte, um gegebenenfalls „njet“ sagen zu können. Einmal war es Südtirol, dann war es der Faschismus, der sich in Österreich angeblich wieder breitmachte, dann wieder war es das Deutsche Eigentum, und vielleicht, wir wissen es nicht, soll jetzt dieses sagenhafte Weißbuch den Vorwand liefern, damit man bei kommenden Verhandlungen wiederum „njet“ sagen kann. *(Zwischenrufe.)*

Die internen Fragen, soweit sie das Innenministerium betreffen, wurden im Finanz- und Budgetausschuß von den verschiedenen Rednern sehr sachlich besprochen. Wir brauchen auf die einzelnen Dinge nicht näher einzugehen, aber wir müssen einzelne Fragen ansprechen, die die ganze österreichische Bevölkerung und die ganze Welt immer wieder hören müssen. Wir haben das Recht, zu fordern, daß sich die sowjetische Besatzungsmacht nicht andauernd in Personalfragen der Exekutive einmischet. In den letzten Wochen und Monaten ist das immer wieder geschehen, und es geschieht am laufenden Band. In den westlichen Zonen Österreichs sind Polizei- und Gendarmeriefragen wirklich rein österreichische Angelegenheiten *(Abg. Ernst Fischer: Das glaubt ihr selber nicht!)*, nur in der Sowjetzone kümmert sich die Besatzungsmacht darum, wer in dem einen oder in dem anderen Dorf als Gendarm oder Polizist Dienst tun darf.

Wir haben noch zwei Zeitungen, die von Besatzungsmächten herausgegeben werden: den „Wiener Kurier“, herausgegeben von den Amerikanern, und die „Österreichische Zeitung“, herausgegeben von der sowjetischen Besatzungsmacht. Wir haben noch nichts darüber gehört, daß der „Wiener Kurier“ Firmen oder Einzelpersonen, Ämter oder Behörden unter Druck gesetzt hat, das Blatt zu bestellen oder fette Anzeigenaufträge zu erteilen. Aber wir haben sehr wohl gehört, daß für die „Österreichische Zeitung“ unter dem Schutz und unter dem Deckmantel der Besatzungsmacht geworben wird. Wir lehnen solche Werbemethoden ab, aber sie sind immerhin auch bezeichnend für die Qualität einer Zeitung; denn eine Zeitung, die Qualität hat, die den Leser anspricht, die wirbt für sich selber, für eine Zeitung jedoch, die eben

nichts wert ist, muß man den Kommissar werben schicken. Wir verwahren uns gegen diese Art der Werbung.

Wir verwahren uns aber auch gegen die Eingriffe in das Kinowesen. In der sowjetischen Besatzungszone muß ein Kino 33 Prozent Filme russischer Herkunft aufführen. *(Abg. Dengler: Propagandafilme!)* Wenn ein russischer Film gespielt wird, sind die Kinos in der Regel mit einigen Liebespaaren besetzt, die sich nicht dafür interessieren, was auf der Leinwand vor sich geht, sondern die in Ruhe irgendwo sitzen wollen, oder von einigen Unentwegten, die damit dokumentieren wollen, daß sie eben dorthin gehören. Die Gesamtkosten aber gehen zu Lasten des Kinos, und die Besatzungsmacht, die die Aufführung eines Films erzwingt, nimmt keine Rücksicht darauf, welche Kosten einem solchen Kino entstehen. Der Kinobesitzer ist verpflichtet, über den Bürgermeister und die Bezirkshauptmannschaft der Kommandantur monatliche Meldungen über den Kinobesuch zu erstatten. Die Bezirkshauptmannschaften müssen diese Meldungen an die zuständige Kommandantur weiterleiten.

Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Was kann es die Besatzungsmacht interessieren, wieviel Menschen in diesem Lande ins Kino gehen und wieviel daheim bleiben? Das geht die Besatzungsmacht überhaupt nichts an! Man schreibt aber auch den Kinos vor, welche Filme sie nicht aufführen dürfen. Haben Sie etwa schon einmal aus den westlichen Zonen gehört, daß ein Film russischer Herkunft nicht aufgeführt werden darf? *(Abg. Ernst Fischer: O ja, sehr häufig! — Gegenrufe bei den Sozialisten. — Abg. Ernst Fischer: Es sind in der amerikanischen Zone Filme verboten worden! Ich kann euch die Liste geben!)* Meine Damen und Herren! Wir haben aber gehört, daß die sowjetische Besatzungsmacht vor dem Film „Der scheinheilige Florian“ Angst hatte, denn seine Aufführung wurde in Himberg verboten. *(Abg. Dr. Bock: Gegen den „scheinheiligen Fischer“ hätte sie wahrscheinlich nichts gehabt! — Abg. Ernst Fischer: Das müßt ihr erst filmen! Das ist noch nicht gefilmt! — Abg. Dr. Bock: Das wird das größte Lustspiel des Jahrhunderts!)*

In der sowjetischen Besatzungszone ist es heute noch üblich, daß der Herr Kommandant, wenn er am Sonntag ins Jagdgebiet oder zum Fischen fahren will, einfach anordnet, daß ihm zu dieser oder zu jener Stunde ein PKW zur Verfügung zu stellen ist. *(Rufe bei der Volkspartei: Jawohl! Gezahlt wird nichts dafür!)* In den Westzonen wäre so etwas undenkbar. Wir sind der bescheidenen

2550 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Meinung: Wenn ein untergeordneter Kommandant jagen oder fischen will, dann soll er sich den PKW gefälligst selber bezahlen. (*Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Appel: Darum wohnt der Koplenig in der amerikanischen Zone, damit er den Russen seinen Wagen nicht zur Verfügung stellen muß! — Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier feststellen, daß der Schritt der Bundesregierung bezüglich Aufhebung der Zensur die einhellige Zustimmung dieses Hauses und darüber hinaus die einhellige Zustimmung des ganzen österreichischen Volkes finden wird. Es ist eine Schande, wenn man einem kleinen Volk, das so hohe Werte der Kultur geschaffen hat, sechs Jahre nach Kriegsende noch eine vormittelalterliche Zensur aufzwingt. Man behandelt dieses Volk schlechter als ein Volk irgendwo im Urwald. (*Zustimmung bei ÖVP und SPÖ.*)

Ich muß noch eines feststellen. Für uns als Demokraten ist es sehr bedauerlich, daß sich die sowjetische Besatzungsmacht bisher nicht zum politischen Asylrecht bekannt hat. Das politische Asylrecht, Hohes Haus, ist ein so hohes Gut, daß wir uns als Österreicher zu diesem Asylrecht bekennen. Ich möchte den Herren von der äußersten Linken sagen: Sie könnten heute wahrscheinlich nicht von Leninismus und nicht von Lenin reden, wenn die Schweiz während des ersten Weltkrieges das politische Asylrecht nicht hochgehalten hätte (*Zustimmung*), wenn die Schweizer damals Ihren heutigen großen Helden Lenin den zaristischen Behörden ausgeliefert hätten, so wie das heute von uns verlangt und erzwungen wird, daß wir es mit jenen Menschen tun, die den Stacheldraht der „volksdemokratischen Freiheit“ hinter sich gebracht haben. Wir werden dieses Asylrecht immer hochhalten, und wir bekennen uns dazu als demokratische Österreicher!

Es ist meine Aufgabe und meine Pflicht, Hohes Haus, einen besonderen Dank der österreichischen Exekutive zu sagen. Der Herr Minister hat uns Zahlen genannt, wieviel Männer der Exekutive seit 1945 ihr Leben lassen mußten. Ob auf den Bergen oder in den Städten, ob in den Dörfern oder an den Grenzen oder im Inneren des Landes — immer erfüllen die Exekutivorgane ihre Pflicht! Wer ein sauberes Gewissen hat, wer die Gesetze des Staates achtet, der braucht die Exekutive nicht zu fürchten, sondern der weiß, daß die Exekutive ein Garant dafür ist, daß er in der Nacht ruhig schlafen kann, der weiß, daß die Exekutive ein Garant dafür ist, daß in diesem Lande Ruhe und Ordnung herrschen.

Mit dem Dank an die Exekutivorgane möchte ich die Bitte an den Herrn Finanz-

minister verbinden: Die Exekutivorgane haben bescheidene Wünsche angemeldet; es wäre erwünscht, und wir würden großen Wert darauf legen, daß der Herr Finanzminister diesen bescheidenen Wünschen der Exekutive weitestgehendes Verständnis entgegenbringt.

Das Innenministerium ist eine Stelle, der die Durchführung sehr vieler Gesetze übertragen ist. In den Debatten der letzten Tage haben wir immer wieder die Klage gehört, daß wir zu viele Gesetze haben, und wir hören auch immer wieder, daß da und dort ein neues Gesetz erlassen werden muß. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen nicht mehr Gesetze, wir brauchen in erster Linie die wirkliche Einhaltung der bestehenden Gesetze. Die Aufgabe des Parlaments besteht darin, Gesetze zu schaffen. Aufgabe der Regierung ist es, diese Gesetze durchzuführen, und die Aufgabe der Volksvertretung müßte es sein, die Bevölkerung über die Gesetze entsprechend aufzuklären. Wir haben manchmal den Eindruck, daß man die Gesetze dieses Landes — auch von seiten der Behörden — nicht immer sehr genau nimmt.

Lassen Sie mich ein einziges Beispiel dafür anführen: Am 19. November kam ein Wiener Straßenbahner nachmittag um 2 Uhr von seinem Dienst nach Hause. Als er vor der Haustüre eintraf, wurden gerade die letzten Möbelstücke aus seiner Wohnung hinausgetragen und aufgeladen. Er hatte keine Ahnung davon, daß er delogiert wurde, im Gegenteil, das Wiener Wohnungsamt hat einen Wohnungstausch des Hauptmieters mit der ausdrücklichen Verpflichtung genehmigt, daß der Untermieter in seiner Wohnung zu bleiben habe. Als der Untermieter nun sah, daß er delogiert werde, ging er zur Polizei und ersuchte um Hilfe. Die Polizei erklärte: Für Wohnungssachen sind wir nicht zuständig. Das mag dem Buchstaben des Gesetzes Rechnung tragen, aber, meine Damen und Herren, ich möchte warnen davor, daß wir Delogierungen zulassen und einführen, ohne daß der zu Delogierende Kenntnis davon erhält. So kann man das Recht nicht schützen. Wenn ein Gericht die Delogierung anordnet, dann muß man zumindest den zu Delogierenden davon verständigen.

Ich könnte Ihnen zwei ganz konkrete Fälle anführen, wo Familienväter nach Hause kamen, ihre Wohnung ausgeräumt vorfanden und dann zwei Tage suchen mußten, um ihre Möbel überhaupt wiederzufinden.

Hohes Haus! Das ist eines Rechtsstaates unwürdig, und ich richte hier an den Herrn Innenminister die Bitte, er möge dafür sorgen, daß die Polizei dann, wenn sie um Hilfe angerufen wird, auch bereit ist, den hilfe-

suchenden Staatsbürger in Schutz zu nehmen. Ich richte aber zugleich an den Herrn Justizminister die Bitte, er möge doch dafür sorgen, daß die Gerichte seine Anordnung, daß im Winter keine Delogierungen durchgeführt werden, auch tatsächlich beachten. Wenn der Untermieter schutzlos und rechtlos ist, dann sage ich nur eines: Her mit einem Untermieterschutzgesetz! Es ist keine Freude für einen Untermieter, ein solches Los tragen zu müssen; aber wenn er es tragen muß, dann muß ihm auch ein gewisser Schutz gewährt werden.

Die Herren Abg. Fischer und Pfeifer haben vom Flüchtlingsproblem gesprochen. Herr Abg. Fischer von den armen Flüchtlingen, wobei er sicher „arm“ unter Anführungszeichen gemeint hat. Von denen spreche ich nicht, weil sich die selber kümmern und weil sich auch andere um sie kümmern. Dieser braucht sich weder der österreichische Staat anzunehmen, noch brauchen wir uns hier um ihr Schicksal Sorgen zu machen. Ich spreche von den anderen, die nichts mehr hatten, als sie ins Land kamen, als ihr nacktes Leben. Ich muß doch sehr davor warnen, daß man immer wieder falsche und unerfüllbare Hoffnungen in den Opfern von Potsdam weckt. Man kann nicht auf der einen Seite die hohen Ausgaben kritisieren und auf der anderen Seite immer höhere Ausgaben fordern. Ich werde Ihnen dann noch einige Zahlen nennen.

Ich möchte aber von dieser Stelle aus einmal ganz deutlich sagen: Wir klagen die Männer von Potsdam immer wieder an, denn ohne ihre Kurzsichtigkeit gäbe es heute überhaupt kein Flüchtlingsproblem in Europa. Wir klagen die Alliierten an, die verhindert haben und heute noch verhindern, daß jene, die nach Deutschland wollen, nicht nach Deutschland können. Und wir klagen im Namen der Menschlichkeit jene an, die heute noch Volksdeutsche, die heute noch Menschen wegen ihrer sprachlichen Abstammung deportieren, wie das jüngst mit den Donauschwaben im Banat in Rumänien geschehen ist. Wir klagen an im Namen der Menschlichkeit!

In Österreich haben wir heute noch 380.000 Flüchtlinge, davon sind 274.009 Reichs- und Volksdeutsche, 46.494 Südtiroler und 56.157 fremdsprachige DP. Von diesen rund 380.000 Menschen befinden sich 61.959 in Flüchtlingslagern. 320.000 Vertriebene konnten wenigstens recht und schlecht in Wohnungen untergebracht werden. Ich möchte anerkennen, daß das eine beachtenswerte Leistung ist.

Das Flüchtlingsproblem hat zwei Seiten, eine menschliche und eine finanzielle. Nicht jeder hat ein offenes Herz, und allzu viele sind

verschlossen gegenüber der Not der Mitmenschen. Am schwierigsten ist zweifellos die finanzielle Situation. 60.000 in Lagern! Diese 60.000 haben gewiß ein Recht darauf, in anständige, menschenwürdige Wohnungen zu kommen. Aber was kostet eine Wohnung? Ich frage zuerst offen: Sind wir heute in der Lage, das natürliche Recht dieser 60.000 auf eine menschenwürdige Wohnung zu erfüllen?

Ich möchte hier aber auch noch etwas anderes sagen: Die 15 Millionen Heimatlosen waren einst die große Hoffnung des Weltbolschewismus. Er hat geglaubt, mit diesen 15 Millionen werde er einmal Europa aus den Angeln heben können. Man muß sagen: Diese Millionen Proleten haben allen Versuchungen tapfer widerstanden. Aber nun gibt es auch eine Verantwortung für den Westen. Wenn der Westen die europäische Kultur verteidigen will, dann muß dieser Westen dafür sorgen, daß auch die Millionen Heimatloser einen Anteil an dieser europäischen Kultur haben.

Und nun sagt man — ich weiß, es kommt dann noch ein Redner von der rechten Opposition —, es sei nichts geschehen oder es sei zu wenig geschehen. Selbstverständlich gibt es gerade in der Flüchtlingsfrage noch viele unerfüllte Forderungen. Aber wir haben das Jahr 1951 damit begonnen, daß wir hier in diesem Haus am 31. Jänner die Gleichstellung der Volksdeutschen in der Notstandshilfe beschlossen haben. Im Februar wurden die Befreiungsscheine gegeben. Im Juli erfolgte die erste Einbeziehung der Kriegsoffer in die Kriegsopferversorgung. Auf dem Gebiet der Schule gibt es keinen Unterschied mehr. Auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens wollen wir anerkennen, daß manches geschehen ist. In Lainz draußen entstehen sieben große Siedlungshäuser für Siebenbürger Sachsen. 77 Familien werden dort ein dauerndes, festes Heim finden. Für diese Siedlungshäuser für diese 77 Familien hat das Handelsministerium 1,6 Millionen Schilling und die Gemeinde Wien 2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, daß Österreich zur Lösung des Flüchtlingsproblems bisher keinen Groschen aus der ERP-Hilfe erhalten hat. Trotzdem sind die Gablonzer in Enns mit ERP-Krediten bedacht worden. Wenn sie heute in der Lage sind, für 100 Millionen Schilling im Jahr zu exportieren, so wäre dies ohne die ERP-Hilfe nicht möglich gewesen.

Eine große Sorge ist das Schicksal der Rentner und Pensionisten. Der Abg. Pfeifer hat hier Forderungen erhoben. Darf ich Ihnen nur ein paar Zahlen nennen. Wir haben rund 7000 heimatvertriebene Rentner und Pensionisten in Österreich. Wenn wir jedem

2552 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

einen Rentenvorschuß von nur 500 S im Monat geben würden, so kostet das im Jahr 42 Millionen Schilling. Wir sind dafür, daß man einen Weg sucht, wir sind dafür, daß man hilft, aber, Herr Abg. Pfeifer, bitte zeigen Sie uns jenen Posten im Budget, wo wir heute diese 42 Millionen Schilling wegnehmen können. Ich möchte ausdrücklich betonen: Die beiden Regierungsparteien haben auf die alten Leute nicht vergessen; wir werden uns bemühen, einen Weg zu finden.

Wenn der Herr Abg. Pfeifer vom Revers gesprochen hat, so möchte ich mich mit dieser Frage nicht mehr auseinandersetzen, sondern nur den Herrn Innenminister zum Zeugen dafür anrufen, daß wir in einer der letzten Beiratssitzungen sehr ernsthaft über den Revers gesprochen haben. Wir werden den Revers entweder zur Gänze abschaffen oder so klar formulieren, daß falsche Entscheidungen, auch des Verwaltungsgerichtshofes, nicht mehr möglich sind. Im übrigen aber bleibe ich dabei, daß das richtig ist, was ich im Finanz- und Budgetausschuß zum Revers gesagt habe.

Auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens sind zwei Dinge notwendig. Einmal eine Bestandsaufnahme, die wir aus zwei Gründen brauchen: Wir müssen die berufliche Leistungsfähigkeit feststellen und wir müssen erheben, was wirklich da ist. Wir brauchen diese Bestandsaufnahme auch im Interesse Österreichs. Als im Februar 1951 der Herr Finanzminister das Zugeständnis machte, daß die erste Gruppe der Kriegsoffer in das Kriegsofferversorgungsgesetz einbezogen werde, hat man von seiten des Sozial- und des Finanzministeriums erklärt, das werde 4 Millionen Schilling kosten. Wir haben dann das Gesetz geändert, und heute darf ich Ihnen sagen, daß es in ganz Österreich kaum zwanzig Kriegsoffer gibt, die unter diese Begünstigung fallen. Die Zahlen des Sozialministeriums waren also unrichtig. Wir möchten, daß gerade in bezug auf das Flüchtlingswesen klare und eindeutige Zahlen vorliegen.

Wir brauchen einen Generalplan, nach dem wir fahren. Ich möchte dem kommenden Redner schon eines vorwegnehmen. Er wird sicher die arbeitsrechtliche Gleichstellung fordern. Wir werden — der Herr Präsident Böhm hat es mir gestern zugesagt — schon in absehbarer Zeit in diesem Haus ein Gesetz über die arbeitsrechtliche Gleichstellung beschließen. Ich möchte hier dem Herrn Präsidenten Böhm für seine Zusage den Dank der Vertriebenen sagen.

Den Herrn Innenminister bitte ich, er möge dafür sorgen, daß die Auswanderungsagenturen, die in Österreich wie Pilze aus dem Boden schießen, genau unter die Lupe genommen

werden und daß man ihnen das Handwerk legt.

Und nun, Hohes Haus, zum Abschluß eine Feststellung: Wenn auch die politischen Parteien, die in diesem Lande die schwere Verantwortung tragen, in vielen Fragen verschiedener Meinung sind, in einer Frage gibt es zwischen den beiden Regierungsparteien keine Meinungsverschiedenheiten. Sie werden nämlich alle Bestrebungen des Innenministeriums und alle Bestrebungen des Staates und der Staatsautorität unterstützen, wenn es gilt, den Kommunismus abzuwehren. Darüber gibt es zwischen den beiden Parteien keine Meinungsverschiedenheiten. Wir wissen, daß, solange die beiden politischen Parteien in diesem Lande die Verantwortung gemeinsam tragen, die Kommunisten hier mitreden können, wir wissen aber ebenso genau, wenn die verantwortlichen Parteien dieses Landes sich auseinanderreißen lassen würden, die Nutznießer die fünf Männer hier auf dieser Seite wären.

In der Verteidigung der Freiheit dieses Landes gibt es keine Gegensätze zwischen aufrechten Österreichern. Wir von der Österreichischen Volkspartei bekennen uns zu einer ehrlichen und sachlichen Zusammenarbeit in allen wichtigen Ressorts unter Ausschaltung parteipolitischer Gegensätze. Gerade das Innenministerium ist ein sichtbarer Beweis dafür, daß sich diese Zusammenarbeit bewährt hat. Und wir wollen an dieser Stelle dem Herrn Innenminister und dem Herrn Staatssekretär Graf für ihre tapfere Haltung in den letzten Jahren unseren aufrichtigen Dank sagen. Das Innenministerium hat seine Pflicht erfüllt, und wir werden selbstverständlich für das Budget des Innenministeriums stimmen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Im Prozeß gegen den ehemaligen Bezirkshauptmann von Tulln, Dr. Sykora, hat dieser bei verschiedenen Punkten seiner Vernehmung erklärt: Ich kann nicht aussagen, ich bin vom Amtsgeheimnis nicht entbunden. Er hat dabei dem Gericht eine Bescheinigung produziert, die, ausgestellt vom Landesamtsdirektor der niederösterreichischen Landesregierung, Dr. Hans Vanura, gleichfalls bestätigt hat, daß er, der Angeklagte Dr. Sykora, über gewisse Dinge nicht aussagen dürfe, da er vom Amtsgeheimnis nicht entbunden sei. Der Richter mußte den Angeklagten belehren, daß es eine Entbindung vom Amtsgeheimnis zwar wohl für Zeugen, aber nicht für Beschuldigte und für Angeklagte gibt.

Der Zeuge Dr. Vanura, der die Bestätigung von der Entbindung vom Amtsgeheimnis für den Angeklagten Dr. Sykora ausgestellt

hat, hat, seinerseits als Zeuge befragt, ein Papierchen vorgewiesen, unterschrieben von Landeshauptmann Steinböck, auf welchem Papierchen zu lesen stand, daß er, der Zeuge Dr. Vanura, über gewisse Dinge nicht aussagen dürfe, wenn sie dem Lande Niederösterreich Schaden bringen könnten; daß er also ebenfalls nicht entbunden sei von seiner Amtsverschwiegenheitspflicht. Der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich ist ein Organ auch der mittelbaren Bundesverwaltung, und ich frage den Herrn Innenminister, ob er bereit ist, dafür Sorge zu tragen, daß Organe seiner Verwaltung nicht durch derartige Bescheinigungen der Nichtentbindung vom Amtsgeheimnis die Strafrechtspflege behindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist nur ein Fall von vielen, die wir in der letzten Zeit besonders häufig immer wieder in den Zeitungen gelesen haben, daß Prozesse, bei denen es um sehr viel geht und bei denen große Anschuldigungen vorliegen und viel auf dem Spiele steht, einfach nicht zur befriedigenden Klärung geführt werden können, weil sich im gegebenen Augenblick der eine oder andere Beamte auf die Amtsverschwiegenheit ausredet.

Wenn ich hier ein Beispiel von der niederösterreichischen Landesregierung angezogen habe, dann will ich beim Gegenstande bleiben und etwas Weiteres zur niederösterreichischen Landesregierung sagen. Ich möchte den Herrn Innenminister bitten, daß er mit besonderem Augenmerk auf Niederösterreich dafür sorgt, daß die Bezirkshauptmannschaften die Rechtsmittel rechtzeitig erledigen, beziehungsweise daß die Landesregierungen und die Landeshauptleute die Berufungen rechtzeitig erledigen.

Ein kleines Beispiel: Die Stadtgemeinde Baden hat im Jahre 1949 auf Grund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses eine Berufung an die niederösterreichische Landesregierung erhoben, und sie hat, da über diese Berufung keine Entscheidung erließ, diese Entscheidung urgiert, und zwar am 1. Februar 1951. Sie hat eine Entscheidung über diese Berufung bis zum heutigen Tage nicht erhalten. Es handelt sich um eine Parzellierungssache, um eine Sache des Wasserrechtes im Zusammenhang mit dem Helenental, eine Sache, bei der das Recht der Partei von Haus aus dadurch verkürzt worden ist, daß bei den Parzellierungsverhandlungen, Begehungen und Kommissionierungen weder die Stadtgemeinde Baden selbst als Hauptbeteiligte noch die Anrainer als ebensolche Interessenten überhaupt nur zugezogen worden sind.

Ich möchte aber dabei auch noch auf etwas Gefährliches verweisen, auf etwas, was das

Gefühl der Rechtsunsicherheit noch in weit größerem Maße hervorzurufen geeignet ist, auf die Praxis, mit der heute in Österreich oft von völlig untergeordneten Organen Leumundsnoten ausgestellt werden. Meine Damen und Herren! Da kommt folgendes vor: Da ist ein Gendarm in Salzburg, und der Vater dieses Gendarmen bewirbt sich um eine Gewerbe-konzession. Er ist natürlich nicht der einzige bei dieser Bewerbung. Um nun den Konkurrenten seines Vaters aus dem Felde zu schlagen, stellt der Gendarm diesem Konkurrenten seines Vaters eine entsprechend schlechte Leumundsnote aus. Das hat auch die Wirkung, daß der Konkurrent besiegt ist und der Vater die Gewerbe-konzession bekommt. Es ist unerträglich, daß die Sicherheitsdirektion Salzburg über eine Berufung in einem solchen Falle dem Geschädigten erklärt: Ja, in dem Verfahren um Ausstellung von Leumundsnoten hat ein Staatsbürger, wenn er sich um eine Leumundsnote bewirbt, keine Parteistellung. Er kann daher auch kein Beschwerderecht haben, er muß gewissermaßen als gefügiges Objekt das entgegennehmen, was ihm als Leumundsnote von den Staatsbehörden in sein Sittenzeugnis geschrieben wird.

Wenn man nun weiß, wie die Erhebung über den Leumund hier zustandekommt, wie oft Leute befragt werden, die sich so ungefähr im Hausmeisterrang befinden und nicht immer das größte Interesse haben, objektiv zu sein und die Wahrheit zu sagen, ist die Schlußfolgerung wohl nicht zu kühn, wenn man behauptet, daß hier auf solch einem wichtigen Gebiete nahezu jeder Staatsbürger der Gefahr ausgesetzt ist, von untergeordneten Staatsorganen absolut willkürlich behandelt zu werden. Es kann sein, daß man eine Leumundsnote, eine schlechte Sittennote von seiten der Behörde erhält, ohne daß es den geringsten sachlichen Grund hat und ohne daß man es auch selbst weiß.

Ein Beispiel anderer Art dazu: Da stellt — wieder einmal bei der Bezirkshauptmannschaft Baden — ein Referent einem Beamten folgendes Leumundszeugnis aus: „Gehörte nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen an.“ Das mag, sagen wir, nach den geltenden Gesetzen in Ordnung sein, daß die Behörden dies an die Spitze ihrer Leumundsnoten setzen müssen, obwohl ich glaube, es sollte doch längst schon an der Zeit sein, daß man unter derart unmittelbare Nachkriegsreminiszenzen einen kategorischen und endgültigen Schlußstrich zieht. Aber dem Mann, von dem also feststeht, daß er nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörte, schreibt der betreffende Beamte dann weiter in seinen Sittenzettel hinein: „Welcher politischen

2554 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Richtung er derzeit angehört, konnte hierorts nicht in Erfahrung gebracht werden.“

Ich frage Sie, Herr Innenminister: Ist es in Ordnung, daß sich in Leumundsnoten die Behörde überhaupt damit beschäftigt, welche politische Gesinnung der Betreffende besitzt? Wenn das so wäre, dann, das muß ich schon sagen, sind wir auf dem besten Weg zu den lettres de cachet Ludwigs XIV., wo irgendwelche geheime Notizen dazu führen können, daß über den Betreffenden moralisch und auch wirtschaftlich der Stab gebrochen oder er zumindest in seiner Existenz so schwer gefährdet wird, daß dies einfach unverantwortlich erscheint.

Etwas anderes. Der Staatsanwalt Doktor Schmidt hat, wie bekannt, ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst angestrengt. Er hat es angestrengt wegen der außerordentlich heftigen Reminiszenz, die sein Plädoyer gefunden hat, ein Plädoyer, in dem er festgestellt hat, daß die politischen Parteien — er meinte die beiden politischen Großparteien, die Koalitionsparteien dieses Hauses — eine Vereinbarung besitzen, daß bei Einbürgerungen, bei Staatsbürgerschaftsverleihungen für die Parteien Geld, Wahlfondsspenden oder andere Erkenntlichkeiten verlangt werden. Ich frage Sie, Herr Minister, ob es wahr ist, daß sich auch bei Einbürgerungen, bei Staatsbürgerschaftsverleihungen die beiden großen Parteien ein Kontingent zurechtgelegt haben, wonach eine gewisse Summe von Einbürgerungen der ÖVP zur Erledigung zugewiesen ist und ein gewisser anderer Teil der SPÖ, und daß nur dann, wenn noch etwas übrig bleibt, eventuell noch ein anderer, der sich zu keiner dieser beiden Parteien bekennt, darankommt.

Ich habe nur gefragt, aber die Frage scheint doch nicht so ganz unberechtigt zu sein; ich darf hier wieder als kleines Beispiel dafür anführen, daß die sozialistische Lokalorganisation Baden an einen eben Eingebürgerten, für den sich der Landesrat Stika eingesetzt hatte, ein Schreiben gerichtet hat, ein Formular, das wohl nicht allein bei diesem einen Eingebürgerten zur Anwendung gekommen sein wird, das folgenden Inhalt hat: „Durch unseren Landesrat hast Du Deine Staatsbürgerschaft bekommen. Erweise Dich dankbar und werde Mitglied unserer Partei.“

Meine Damen und Herren! Gerade zuvor hat mein Vorredner, der Herr Abg. Machunze, auf die großen Schwierigkeiten finanzieller Natur hingewiesen, die der Regelung gewisser Wünsche und an sich berechtigter Forderungen in der Volksdeutschenfrage entgegenstehen. Ich gebe selbstverständlich zu, daß es solche finanziellen Schwierigkeiten im hohen Ausmaße gibt. Obwohl wir der Ansicht sind,

wie sie mein Kollege Dr. Pfeifer bereits zum Ausdruck gebracht hat, daß eine generelle Einbürgerung aller Staatsbürger wenigstens jetzt, im siebenten Jahre nach Abschluß des Krieges, endlich am Platz wäre, erkennen wir doch die schwierige Finanzlage des österreichischen Staates hinsichtlich gewisser Forderungen der Volksdeutschen an. Aber worauf es uns ankommt, das ist, daß die Methode der individuellen Einbürgerung, wie sie namentlich gegenüber den Volksdeutschen heute angewendet wird, von vornherein in jedem Einbürgerungswerber das Gefühl erzeugen muß: Wenn ich es mir nicht richte und wenn ich nicht bei der einen oder bei der anderen Partei unterkrieche und dort die Protektion erreiche, dann komme ich eben nicht oder nur sehr spät daran! Damit zertrümmern Sie das Gefühl der Rechtssicherheit selber.

Ich habe das Beispiel von der Sozialistischen Partei angeführt. Ich bin überzeugt, daß es bei der Österreichischen Volkspartei nicht anders ist, denn wir wissen, vor einiger Zeit führte ja bei ihr in der Bundesleitung ein eigenes Referat für solche Einbürgerungen ein Mann namens Dr. Ernst Beer. (Abg. Dengler: *Hätten wir die Leute hinauswerfen sollen, wenn sie um Hilfe kommen? Werfen Sie die Volksdeutschen hinaus?*) Nein, aber wir verlangen nie, daß sie sich nachher oder vorher erkenntlich zeigen. Das ist der Unterschied zwischen uns. (Abg. Hartleb: *Wir haben auch keine solchen Formulare! Bezeichnend ist ja das Formular!*) Solche Formulare haben wir nicht, Herr Abg. Dengler! (Abg. Dengler: *Ich habe in meinem Sekretariat noch kein Formular gehabt, wenn ich Volksdeutsche vertreten habe!*)

Nun noch ganz kurz zur Frage der Volksdeutschen. In dieser Frage hat sowohl mein unmittelbarer Vorredner, Herr Machunze, wie mein Klubkollege Prof. Pfeifer zum Unterschied von einer früheren Volksdeutschen-Debatte mit Leidenschaftslosigkeit und strenger Sachlichkeit gesprochen. Nichts läge mir ferner, als daß ich gerade diese Frage, bei der es sich ja wahrhaft meistens um die Ärmsten der Armen unseres Landes handelt, jetzt zum Schluß selber noch mit Leidenschaft würzen wollte.

Ich erkenne daher an, daß sich in der Frage der Behandlung der Volksdeutschen in diesen Jahren seit dem Krieg immerhin schon gar manches zum Besseren gewendet hat. Ich erkenne an, daß sich gerade in jüngster Zeit, wie in der heute ausgegebenen Nummer „Der zivile Heimkehrer“ zu lesen ist, durch die Bemühungen des Herrn Bundeskanzlers wie von seiten des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau durch jenen Erlaß, durch den Erleichterungen bei Gewerbe-

ansuchen für zivile Heimkehrer in Kraft gesetzt worden sind, ein erfreulicher Fortschritt eingestellt hat. Ich erkenne dies alles an, aber ich sage doch, und ich sage es in der vollen Verantwortung des Wortes, das hier im Hohen Haus gesprochen wird: Soviel, als selbst bei Anerkennung der finanziellen Schwierigkeiten Österreichs für die Volksdeutschen, für unsere heimatvertriebenen Brüder und Schwestern, bei gutem Willen schon hätte geschehen können, soviel ist immer noch nicht geschehen! Es ist noch lange nicht das Geschehen, was den österreichischen Staat jedenfalls nichts kosten würde, nämlich den Volksdeutschen freien Zutritt zu jedem entlohnten Beruf in Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Industrie zu eröffnen, sei es als Arbeiter, sei es als Angestellte, damit diese Menschen endlich das Gefühl haben, daß sie nicht zweit- oder gar dritt-rangige Österreicher sind, sondern wenigstens auf arbeitsrechtlichem Gebiet gleichberechtigt mit uns, den österreichischen Staatsbürgern, sind. Es ist daher meines Erachtens hoch an der Zeit, die Befreiungsscheine in ihrer gegenwärtigen Form — sie mögen bei ihrer Einführung immerhin einen gewissen Fortschritt dargestellt haben — heute zur Gänze aufzulassen und diesen Menschen endlich dieses Grundrecht, das soziale Grundrecht des freien Zutritts zu allen entlohnten Berufen zuzugestehen.

Es ist auch hoch an der Zeit, daß wir den Volksdeutschen eine wenigstens menschenwürdige Wohnung verschaffen. Ich gebe zu, es ist schwer, aber wenn man auf den verschiedenen Fahrten durch Österreich, besonders in den großen Landeshauptstädten am Stadtrand an diesen Barackenlagern vorbeifährt, in denen zu hausen für Familien das Todesurteil bedeutet, in denen wohnen zu müssen eine tuberkulöse Nachkommenschaft aufzuziehen bedeutet, dann fragt man sich wirklich, ob es nicht doch besser wäre, manchen Prunk- und Paradebau in Österreich — ich darf hier auf die Worte, die mein Kollege Neuwirth gestern gesprochen hat, zurückkommen — lieber einstweilen etwas zurückzustellen und statt dessen einfache, gesunde Wohnungen für die Volksdeutschen und für die anderen Brüder und Schwestern in unserem Land, für unsere Staatsbürger zu schaffen.

Es kommt nicht sosehr darauf an, meine Damen und Herren — und dies möchte ich hier mit aller Unmißverständlichkeit feststellen —, daß diese Forderungen immer wieder groß aufgestellt werden und daß sich das Haus darüber unterhält und daß schließlich wir alle warme Worte für die Volksdeutschen finden, sondern es kommt auf den Beweis des guten Willens an. Und diesen Beweis des guten

Willens wenigstens auf jenen Gebieten zu geben, wo es nichts kostet, darum bitten wir Sie.

Österreich bleibt, wenn es das tut, noch immer weit hinter Deutschland zurück, wie dies heute schon festgestellt worden ist, obwohl — wenn auch der Herr Minister hier die Hände ringt — Deutschland bei der Bereinigung der Volksdeutschenfragen und der Frage der vielen, vielen Flüchtlinge, die es sonst aufnehmen mußte, in einer ungleich schwierigeren Situation war als Österreich. Hohes Haus! Es kommt darauf an, den Beweis des guten Willens zu geben, den die Volksdeutschen noch lange nicht erhalten haben, nämlich zu beweisen, daß man endlich entschlossen ist, in diesem Österreich, in diesem demokratischen Land Österreich die Teilung der Staatsbürger in zwei Gruppen auf jedem Gebiet zu beseitigen.

Werfen Sie die seit 1945 reichlich genug gepflegte und überlebte Methode der Fortsetzung der Haßpolitik, der Diffamierung, der Zerteilung unserer Staatsbürger endlich dorthin, wohin sie gehört, auf den Misthaufen, oder, wenn Sie wollen, in den Coloniakübel, in jenen Coloniakübel vielleicht, Herr Minister — und damit kann ich mit einer letzten Frage schließen —, in dem vor einiger Zeit in einem Haus im dritten Wiener Gemeindebezirk ein Akt des Vermögenssicherungsministeriums gefunden wurde, der dann dem Sicherheitsbüro übergeben worden ist, der Akt mit der Geschäftszahl II/9438/St/50, im dritten Bezirk, in dem Krauland, Hintze, Steinhausen und Schloissnigg wohnen. Es würde mich, Herr Minister, außerordentlich interessieren, ob Sie uns die Frage beantworten könnten, was mit diesem Akt geschehen ist und ob er einer weiteren, nutzbringenden Verwendung zugeführt werden wird. Damit schließe ich. *(Beifall bei den Unabhängigen.)*

Abg. **Frühwirth**: Hohes Haus! Im Verlauf der außen- und innerpolitischen Debatte ist sehr viel von den Besatzungsmächten die Rede gewesen; ich möchte daher im Zusammenhang damit die Feststellung machen, daß wir Sozialisten, wenn unser Land und unser Volk im Zusammenhang mit fremden Ländern und fremden Nationen zur Diskussion steht, es mit dem englischen Sprichwort halten: Recht oder Unrecht — mein Vaterland!

Im Sinne dieser Einstellung möchte ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen an den Herrn Innenminister das eindringliche Ersuchen richten, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß jene armen Teufel von Kriegsgefangenen, die heute, fast sieben Jahre nach dem Kriegsende, immer noch voller Sehnsucht im Herzen in der Fremde sitzen und auf ihre Heimkehr warten, die noch immer nicht in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren

konnten, weil das bis jetzt durch irgendwelche Umstände noch immer nicht möglich war, endlich heimkehren können.

Vergleichen wir zwischen jetzt und nach 1918. Das gilt ja nicht nur für den Staatsvertrag. Ich erinnere nur daran, daß wir nach 1918 ein besiegter Staat gewesen sind und schon nach zehn Monaten unseren Friedensvertrag von Saint Germain hatten. Heute aber sind wir besiegt, besetzt und befreit und haben immer noch keinen Staatsvertrag. Mit den Kriegsgefangenen verhält es sich genau so. Obwohl es damals eine ganze Reihe von Fronten gegeben hat, die von der Heimat ebenso weit entfernt gewesen sind wie im letzten Krieg, waren die Kriegsgefangenen — abgesehen von einzelnen Ausnahmen — innerhalb eines Jahres wieder in ihrer Heimat. Ich möchte den Herrn Innenminister also nochmals bitten, alles zu tun, um das Schicksal dieser unglücklichen Menschen endlich zum Günstigen zu wenden und ihnen die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Ich hätte aber noch eine zweite Bitte. Vielleicht wird der Linksblock wieder sagen, das sei Russenhetze, aber ich bin weit davon entfernt, Russenhetze zu betreiben. Dieses Österreich ist ja ein so kleines Land, daß es auf die Entwicklung der Verhältnisse in der großen Welt gewiß keinen Einfluß hat. Ich möchte bitten, beim russischen Hochkommissar dahin zu intervenieren, daß endlich die Einmengen seiner untergeordneten Kommandostellen in die niederösterreichischen Betriebe, die nicht der USIA gehören, aufhören. Nun, Hohes Haus, es ist so: Erst in der letzten Zeit werden uns wieder Fälle gemeldet, daß da ein Offizier in einem Privatbetrieb erscheint und verlangt, irgendein kommunistischer Aktivist möge in den Betrieb eingestellt werden, wenn dort auch gar kein Arbeitsplatz offensteht. Das wollte ich vorausschicken. Und nun möchte ich folgendes ausführen:

Die Innenpolitik hat nicht nur die Aufgabe, zu überlegen, wie man die Polizei oder die Gendarmerie ausrüstet, in welcher Stärke man sie aufstellt und wie man sie schult, die Innenpolitik hat gerade in der heutigen und in der letzten Zeit zum großen Teil — das ist meine Auffassung — eine eminent wichtige wirtschaftliche Aufgabe. Und weil es so ist, müssen wir, soweit dies im Rahmen einer halben Stunde geschehen kann, also sozusagen im Telegrammstil, untersuchen und prüfen, ob die beiden Koalitionsparteien, die Sozialistische Partei und die Volkspartei, die seit 1947 für die Geschicke unseres Landes allein verantwortlich zeichnen, auf diesem Gebiet ihre Pflicht erfüllt haben.

Hohes Haus! Dazu ist es aber notwendig, sich in erster Linie mit den wichtigsten

Argumenten unserer politischen Gegner zu befassen, die sie auf der linken und auf der rechten Seite dieses Hauses uns gegenüber gebrauchen. Eines ihrer wichtigsten Argumente ist, wenn sie in ihren Versammlungen sagen oder in ihrer Presse schreiben, wir hätten bei der Währungsreform, die zur Schaffung von festen Grundlagen für unsere Wirtschaft unerlässlich gewesen ist, dem österreichischen Volk, den Rentnern, Sparern usw. das Geld aus der Tasche gestohlen.

Dazu ist zu sagen, daß ja dieser österreichische Staat gar kein Geld übernommen hat. Wie war es denn, bevor das „Tausendjährige Reich“ zusammengebrochen ist? Da mußten wir alle fleißig Steuern zahlen. Die Arbeiter und Angestellten zahlten allein 360 Millionen Mark an DAF-Beiträgen. Jeden Sonntag wurde überdies gesammelt, einmal für den Eintopf und dann wieder für etwas anderes. Diese Milliardenbeträge, die durch Sammlungen, Steuern und DAF-Beiträge nach dem nazistischen Grundatz „Spare für den Sieg, kaufen kannst du nach dem Krieg!“ eingegangen sind, die hat man nach Berlin hinausgeschickt. In Berlin sind die Hohe Reichsregierung und die hohen Militärkommandos gesessen, und die haben dieses Geld dazu verwendet, um einen Ostwall, einen Südostwall, einen Westwall und einen Atlantikwall zu bauen. Die haben mit diesem Geld Kriegsschiffe, Flugzeuge, Tanks, Kanonen, und wie alle diese Mordwerkzeuge und Ausrüstungsgegenstände eines Krieges noch alle heißen mögen, herstellen lassen.

Dann ist das eingetreten, was wir Sozialisten immer prophezeit haben: Sie werden den Krieg verlieren, das „Tausendjährige Reich“ wird höchstens zehn oder zwölf Jahre dauern! Sie haben den Krieg verloren. Der West- und der Atlantikwall, der Ost- und der Südostwall wurden zerstört, die Flugzeuge abgeschossen, die Kriegsschiffe versenkt, die Kanonen und die Tanks zusammengeschoßen, und alles, was von dem Kriegsmaterial übriggeblieben ist, haben sich die Sieger als Beute genommen. Und sehen Sie, Hohes Haus, dort ist unser Geld! Was der österreichische Staat übernommen hat, waren nichts als Schulden, Schulden und wieder Schulden. Ich will zum Beweis dafür folgendes anführen:

Die östliche Besatzungsmacht, die Russen haben, weil eben kein Geld dagewesen ist, weil alle Beträge, die in den Banken, Sparkassen und sonstigen Kassen vorhanden gewesen sind, beschlagnahmt worden waren, der österreichischen Regierung, in der bekanntermaßen damals auch der Herr Kopenig mit dem Böhm-Schani und dem Raab „auf einem Ast gesessen ist“, einmal 400 Millionen

Mark und ein zweitesmal 200 Millionen Mark vorgestreckt. Mit diesen 600 Millionen Mark — das war der ganze Betrag, über den unser Staatswesen damals verfügte — hat unsere Regierung die notwendigsten Ausgaben bestritten, hat sie den öffentlich Angestellten jeden Monat einen Gehaltsvorschuß von 150 Mark ausbezahlt. Wir haben uns, wie ich schon erwähnte, entschließen müssen, unsere Währung durch eine Reform auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Aber, Hohes Haus, das ist auch nicht allein eine österreichische Erfindung. Vom hochkapitalistischen Amerika angefangen herüber über die demokratischen Staaten des Westens und Mitteleuropas, über die Volksdemokratien bis zum bolschewistischen Rußland hat man sich in der Zeit, die seit der Beendigung des Krieges verflossen ist, mit ähnlichen Mitteln geholfen. Man hat nicht nur die Währung so wie bei uns — 3 alte Mark = 1 neuer Schilling — reformiert, sondern auch in Rußland hat man eine Währungsreform fast in der gleichen Zeit wie in Österreich durchgeführt, bei der man zehn alte Rubel hinlegen mußte, um einen neuen zu bekommen. In unserem Nachbarland Ungarn hat man sogar 40 Quadrillionen Pengö — ich habe in der Volksschule nicht soviel rechnen gelernt, daß ich mir darunter etwas vorstellen könnte — bringen müssen, um einen einzigen neuen Forint zu bekommen.

Die Lohn- und Preisübereinkommen sind nicht eine Erfindung der Koalitionsparteien, sondern das hat es auch anderswo gegeben. Wir haben erst vor ein paar Tagen in den Zeitungen gelesen und gehört, daß man auch in unserem Nachbarstaat Ungarn einen solchen „Preispacklerpakt“ abgeschlossen hat. Ich mache Ihnen daraus durchaus keinen Vorwurf. Ich bin zu sehr Gewerkschafter, um nicht zu wissen, daß Wirtschaftspolitik nur auf dem harten Boden der ökonomischen Tatsachen stehend gemacht werden kann.

Man kann zu den Lohn- und Preisübereinkommen, die wir in Österreich gezwungen waren, fünfmal abzuschließen, stehen, wie man will. Man kann sie verneinen, man kann sie bejahen, man kann sie als einen Vorteil oder einen Nachteil für die Arbeiter und Angestellten betrachten und beurteilen. Aber, Hohes Haus, bei aller verschiedenartigen Einstellung zu dieser Art von Wirtschafts- und Lohnpolitik bleibt die eine große Tatsache bestehen, daß in dieser Politik der große Gedanke der Arbeitersolidarität zum Ausdruck kommt, der Solidarität in der Form, daß der wirtschaftlich Starke, der Arbeiter und Angestellte in einem Betrieb, der eine Konjunktur hat, jene mitnimmt, die gewerkschaftlich schwach sind und in Betrieben

stehen, die einen schlechten Geschäftsgang haben.

Ich habe nur diese zwei Probleme in meine Ausführungen eingeflochten, um zu beweisen, daß die beiden Regierungsparteien, die die Politik unseres Landes machen und seine Wirtschaft führen, bisher alles getan haben, was unter den Verhältnissen, unter denen wir in Österreich leben, möglich war. Welcher Art diese Verhältnisse sind, haben wir ja heute aus der Diskussion gehört. Sie sind eben so, daß dieses Österreich immer noch kein freier, sondern ein von vier Besatzungsmächten abhängiger Staat ist. In einem solchen Lande, das immer noch die Ketten der Unfreiheit trägt, ist es sehr schwer, Wirtschaftspolitik oder überhaupt Politik zu machen.

Aber es gibt in unserem Lande Leute, die das Geleistete nicht anerkennen wollen. Es sind bisher wirklich außerordentliche Leistungen vollbracht worden. Denken Sie nur alle kurz daran — der Mensch vergißt sehr gerne das Schlechte —, wie es eigentlich vor ein paar Jahren in Österreich ausgesehen hat. Fast alle Bahnhöfe, von Innsbruck über Wörgl—Salzburg—Attnang-Puchheim—Linz—Amstetten—Sankt Pölten bis zum Wiener Westbahnhof, vom Westbahnhof dann hinüber zum Franz Josefs-Bahnhof, zum Nordbahnhof und Nordwestbahnhof und weiter zum Ost- und Südbahnhof, und dann wieder hinunter über Wiener Neustadt bis Graz, Villach und bis Klagenfurt, waren zerstört. Mehr als 300.000 Wohnungen, vor allem in den Industriestädten und -orten, waren ausgebrannt, ausgebombt, und auch sonst — was die Verkehrsmittel anbelangt — waren die ungeheuren, allen Abgeordneten ja bekannten Kriegsschäden zu verzeichnen.

Es ist vieles wiederaufgebaut worden, und wir müssen anerkennen, daß dieser Aufbau nicht nur mit österreichischen Steuergeldern, sondern vor allem durch die von mancher Seite verlästerte amerikanische Marshall-Hilfe erfolgt ist. Ohne diese Hilfe wäre Österreich nicht imstande gewesen, Werke wie Kaprun oder andere Dinge in unserem Lande herzustellen. Ich glaube, es ist grober Undank, gerade dieses Land, das uns mit seinen Lebensmittellieferungen geholfen hat, hier in diesem Hohen Hause und in einer gewissen Presse immer wieder zu verunglimpfen.

Es gibt bei uns eine Seite, und das ist die linke, die diesen Aufbau nicht gerne sieht, sondern fortwährend versucht, ihn irgendwie zu stören. So haben sie im vorigen Jahr einen regelrechten Putsch unternommen. Heute bestreiten sie es zwar. Wie jener Backfisch, der es mit der Übertretung des sechsten

2558 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951.

Gebotes nicht ganz genau genommen hat, seine Mutter fragt: Mama, was ist ein Leutnant?, so fragen unsere Kommunisten heute: Was ist ein Putsch? Ich meine, solche Ammenmärchen können Sie irgendeinem Bezirksrichter oder so einem Rückversicherer erzählen, der, als hier in Wien diese schicksalsschweren Ereignisse sich abspielten, im sicheren steirischen Hinterland gesessen ist, während unser jetziger Bundespräsident und damaliger Bürgermeister von Wien an der Spitze einer Schar tapferer städtischer Arbeiter ausgezogen ist, um mit ihrer Hilfe den Straßenverkehr, den kommunistische Partisanen behinderten, wieder freizumachen. Uns, die wir hier an Ort und Stelle waren und alle diese Dinge miterlebt haben, uns können Sie solche Dinge nicht vormachen.

Sie reden auch immer vom Frieden. Ich möchte namens meiner Partei erklären: Uns brauchen Sie nicht zum Frieden zu erziehen, uns brauchen Sie nicht über den Frieden zu belehren; denn mit diesen Belehrungen sind Sie reichlich spät gekommen! Schon vor mehr als 60 Jahren, als der große Einiger der österreichischen Arbeiterbewegung, der Genosse Adler, auf dem Hainfelder Parteitag die Arbeiter, die gemäßigten und die radikalen, zusammengeführt hat, und als im nächsten Jahr, im Jahre 1890, die Arbeiter des alten Österreich in Wien und in Lemberg, in Graz und in Triest, in Innsbruck und in Linz, und wie alle diese großen Orte und Städte noch geheißen haben, zum erstenmal auf die Straße gegangen sind, um den 1. Mai zu feiern, da haben sie nicht nur für den Achtstundentag, für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, sondern auch für den Völkerfrieden, für die Völkerverständigung, für die Völkerversöhnung und gegen den Krieg demonstriert.

Auch in den folgenden Jahren haben sie es so gehalten, und als sich in den Jahren 1908, 1912 und 1914 unten auf dem Balkan die drohenden Wolken eines Krieges zusammenzogen, waren es wieder die damaligen Sozialdemokraten und heutigen Sozialisten, die in ungezählten Zeitungsartikeln und in zahllosen Versammlungen auf die heraufsteigende Gefahr des Weltkrieges hingewiesen und versucht haben, die Massen des Volkes mit dem Geiste des Friedens zu erfüllen.

Als nach dem Jahre 1918 die ewig Gestrigen, die es nicht anerkennen wollten, daß nun auch die geknechteten und entrechteten Arbeiter und Angestellten politisch gleichberechtigt sind, soziale Einrichtungen haben und einen großen wirtschaftlichen Einfluß besitzen, das Rad der Geschichte zurück-

drehen wollten, auch da sind es wieder die Sozialisten gewesen, die hinausgegangen sind und gesagt haben: Glaubst nicht den faschistischen Rattenfängern, hörst nicht auf ihre Verheißungen, Verlockungen und Versprechen, denn Faschismus ist Krieg!

Und so, wie wir es damals gesagt haben, sagen wir es auch heute von der Tribüne dieses Hohen Hauses aus dem Volk von Österreich: Verteidigt eure demokratischen Freiheitsrechte, lehnt jedes diktatorische Regime ab! Denn jede Diktatur, ob sie schwarz oder grün, braun oder rot, nationalistischer, kapitalistischer oder kommunistischer Herkunft ist, bedeutet Krieg und bedeutet, daß die Menschen wieder zu willenlosen Werkzeugen einiger Machthaber werden!

Hohes Haus! Ich möchte nur noch sagen, daß uns gerade von der kommunistischen Seite hier in dieser Beziehung Vorwürfe gemacht werden. Ja sie tun so, als ob vor zirka eineinhalb Jahren nicht die nordkoreanischen Kommunisten den 38. Breitengrad überschritten hätten. Sie tun so — wenn man ihrer Propaganda Glauben schenken würde —, als ob es eine österreichische Armee, ausgerüstet mit den modernsten Atomwaffen, unter der Führung des Innenministers Helmer gewesen wäre, die in Südkorea einmarschiert und den Südkoreanern die Schrecknisse des Krieges gebracht hätte. So stellen unsere Freunde von der äußersten Linken die Dinge dar!

Hohes Haus! Ich habe das hier in skizzenhafter Form vorgebracht.

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Der Herr Abgeordnete hat die festgesetzte Redezeit um zwei Minuten überschritten. Ich bitte zum Schluß zu kommen!

Abg. Frühwirth (*fortsetzend*): Ich möchte zum Schluß sagen: Einer der größten Märtyrer unserer Arbeiterbewegung, der italienische Landarbeiterführer Matteotti, hat, kurz bevor ihn die italienischen Faschisten meuchlings ermordet haben, in einer großen Versammlung zutr. f. and gesagt: Mit der Freiheit verhält es sich so wie mit dem Licht und der Luft: Erst wenn man sie verloren hat, dann weiß man, daß man ohne sie nicht leben kann!

Ziehen wir aus diesem Ausspruch eines der größten Märtyrer der Arbeiterbewegung die richtigen Konsequenzen und die richtige Lehre. Zweimal hat das österreichische Volk seine politische Freiheit verloren.

Präsident Dr. Gorbach (*erneut das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen! Die Redezeit gilt für jeden Abgeordneten.

68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 7. Dezember 1951. 2559

Abg. **Frühwirth** (*fortsetzend*): Das habe ich heute nicht bemerkt, denn einer hat drei Stunden gesprochen.

Präsident Dr. **Gorbach**: Dann sind Sie vom Klub nicht richtig orientiert. Das sind die Klubredner; die haben unbeschränkte Redezeit.

Abg. **Frühwirth** (*fortsetzend*): Aber haben Sie doch ein wenig Geduld, lassen Sie mich noch fünf Worte sagen.

Präsident Dr. **Gorbach**: Dreimal habe ich Sie ermahnt! Ich muß auch von Ihnen Disziplin erwarten, genau so wie von den anderen.

Abg. **Frühwirth** (*fortsetzend*): Verlieren wir diese Freiheit nicht noch ein drittes Mal, sondern wirken wir, alle gutgesinnten Österreicher, zusammen, daß aus dieser eingeschränkten Freiheit, die wir heute haben, die volle und wirkliche Freiheit wird! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Gorbach**: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet. Der Herr Berichtserstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Gruppe IV beendet.

Wir gelangen zur Beratung der **Gruppe V** mit dem Kapitel 10: Justiz.

Spezialberichtserstatter **Mark**: Hohes Haus! Bei einer Studienreise österreichischer Parlamentarier haben wir in Bonn im Bundestag feststellen können, daß dort die Gepflogenheit besteht, schriftlich vorliegende Berichte nicht mehr im Hause zu wiederholen. Ich möchte mich dieser Gepflogenheit anschließen und nur in ein paar Worten zu dem schriftlich vorliegenden Bericht Stellung nehmen.

Aus den Berichten über das Kapitel Justiz, über das wir jetzt zu sprechen haben, ist vor allem festzuhalten, daß die Überlastung der Gerichte nicht zurückgegangen ist, obwohl eine ganze Reihe von Komplexen, die in früherer Zeit zu der Überlastung beigetragen haben, jetzt in starkem Rückgang begriffen, ja vielfach verschwunden sind. So ist die Zahl der Rückstellungsprozesse, der Rückgabeprozesse, aber auch die Zahl der Prozesse, die sich auf die Warenknappheit zurückführen lassen, außerordentlich gesunken. Dasselbe gilt aber auch für die sogenannten politischen und für die kriminellen Delikte. Sehr stark gestiegen sind aber all die Fälle, die sich aus dem normalen bürgerlichen Leben ergeben, also Zivilsachen, Außerstreitsachen und dergleichen. Auch auf dem Gebiete der Gnadensachen ist ein starker Rückgang zu verzeichnen, worin sich der

wohltätige Einfluß der vom Haus beschlossenen Amnestie- und Tilgungsgesetze äußert.

Ich möchte hier noch auf die im Bericht enthaltenen Angaben über den Strafvollzug und darauf verweisen, daß die Belagfähigkeit der Justizanstalten zwar gestiegen, der Belag selbst aber wesentlich zurückgegangen ist und daß uns im Justizausschuß versprochen wurde, daß den Abgeordneten ein im Justizministerium erliegender Bericht über den heutigen modernen Strafvollzug in unseren Strafanstalten zugänglich gemacht werden wird, in dem außerordentlich interessante Tatsachen enthalten sind, die ja meist unbekannt sind.

Ich möchte den Bericht nicht schließen, ohne den Dank an unsere Richter, an unsere Staatsanwälte und an unsere Justizbeamten, der im Justizausschuß von allen Seiten ausgedrückt wurde, auch hier im Hause zum Ausdruck zu bringen und den Wunsch auszusprechen, daß sich auch das Hohe Haus diesem Dank anschließen möge.

Ich habe Ihnen zum Schluß noch mitzuteilen, daß der Ausschuß auf Antrag der Abg. Czernetz und Dr. Bock dem Haus eine EntschlieÙung vorschlägt, die folgenden Wortlaut hat:

Der Bundesminister für Justiz wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Novellierung des § 192 der Strafprozeßordnung zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, durch die bei Wirtschaftsverbrechern die Entlassung aus der Untersuchungshaft gegen Zahlung einer Kaution in Zukunft verboten wird.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 10: Justiz, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1952 in der Fassung der Regierungsvorlage (445 d. B. unter Berücksichtigung der vorliegenden Druckfehlerberichtigungen), wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die begedruckte EntschlieÙung wird angenommen.

Präsident Dr. **Gorbach**: Ich unterbreche nunmehr die Verhandlungen.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Samstag, den 8. Dezember 1951, 11 Uhr vormittag ein. Tagesordnung: Spezialdebatte zu dem Kapitel 10: Justiz. Wenn noch Zeit dazu bleibt, Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, und Kapitel 28, Titel 8: Bundestheater.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 9812 51

